

9 Dringlichkeitsanträge

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wir sind somit mit der ordentlichen Tagesordnung fertig. Anmerken möchte ich nur, weil mich der Kollege Polz aufmerksam gemacht hat, normalerweise ist die ordentliche Tagesordnung mit vier Stunden begrenzt. Dann würden wir switchen in die dringlichen Anträge. Ich habe mir erlaubt, das jetzt zu überziehen, nachdem wir jetzt schon fertig sind. Und ich würde Sie jetzt bitten, dass wir vielleicht bis zur nächsten Gemeinderatssitzung klären, wie das künftig, wenn die Klubobleute einverstanden sind, dass wir versuchen, die Tagesordnung immer durchzuziehen und dann im Anschluss die Dringlichkeitsanträge. Ist nur ein Vorschlag, müssen aber die Klubobleute sich einigen. Wir kommen nun zu den dringlichen Anträgen.

9.1 Zuweisungsrecht für Gemeinden in geförderten Wohnungen, Überarbeitung der Geschosswohnbauförderung des Landes Steiermark (GR Thomas Horst Alic, KPÖ)

GR Alic:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben jetzt viel über Zahlen geredet und über andere Dinge. Ich will mit meinem dringlichen Antrag auf das zurückkommen, warum es uns hauptsächlich gehen soll, und das sind die Leute und ihre Bedürfnisse. Beim Wohnen ist mir aufgefallen, wenn es um Leute geht, dann wird ganz oft, gibt es viele verschiedene Namen oder gerade, was die Herkunft betrifft, da wird von Österreicher:innen gesprochen, EU-Bürgern, Drittstaatsangehörigen und was weiß ich was noch. Aber letztendlich ist es so, wenn dir Leute begegnen, begegnen sie dir als Erstes als Mensch. Und als Mensch hat man nicht nur das Bedürfnis zu wohnen, sondern auch das Recht zu wohnen. Und unsere Aufgabe als öffentliche Hand, als Stadt Graz ist, eine Situation anzustreben, wo das Wohnen für alle leistbar ist. Und da gibt es jetzt schon in Graz eine Reihe von Maßnahmen, die das erleichtern. Da sind eben in den

Gemeindewohnungen die Mieten nicht angehoben worden. Es sind gewisse Kommunalabgaben nicht angehoben worden und viele andere Maßnahmen sind schon gesetzt worden. In der Vergangenheit, in vergangenen Perioden sind eben im Flächenwidmungsplan Grundstücke bevorratet worden und es werden heuer so an die 200 Gemeindewohnungen wieder fertiggestellt werden. Das sind alles Maßnahmen, das sind kleine Rädchen, an denen wir drehen und drehen müssen. Aber das reicht nicht. Wir brauchen da, das wird die Stadt Graz alleine nicht stemmen können, das werden einzelne Gemeinde vermutlich nicht alleine stemmen können und in die Richtung zielt mein dringlicher Antrag. Ich werde meine Redezeit begrenzen und lese das einfach runter:

Ich stelle den

Antrag

namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs, das Land Steiermark wird auf dem Petitionswege ersucht, die Wohnbauförderung dahingehend zu novellieren, dass ein Zuweisungsrecht für Gemeinden in einem gewissen Anteil an denjenigen Wohnungen vorgesehen wird, die mit Landesförderungen errichtet werden, und ich bitte um Annahme.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In Graz wird seit vielen Jahren viel gebaut. Der geschaffene Wohnraum ist jedoch für immer mehr Menschen nicht leistbar. Auch der geförderte Wohnbau bietet langfristig leider nur sehr bedingt Abhilfe, denn nach Ablauf der Förderung steigen die Mieten sprunghaft an.

Um das Wohnen in Graz möglichst leistbar zu halten, setzt die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ deshalb kurzfristig auf ein Nicht-Anheben städtischer Gebühren wie etwa beim Kanal und bei Müll und langfristig auf die Errichtung neuer Gemeindewohnungen.

Schon in der letzten Periode wurde durch Grundstücksbevorratung für den kommunalen Wohnbau im Flächenwidmungsplan und dem Ankauf von Grundstücken sichergestellt, dass neue Gemeindewohnungen errichtet werden konnten. Allein in diesem Jahr sollen bis zu 200 neue Wohnungen hinzukommen.

Doch die Stadt Graz allein ist nicht in der Lage, den drastisch steigenden Mieten entgegenzuwirken. Dringend nötig wäre eine Überarbeitung der Geschosswohnbauförderung des Landes Steiermark. Wünschenswert wäre ein Zuweisungsrecht für die Gemeinden für einen Teil der geförderten Wohnungen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Das Land Steiermark wird auf dem Petitionswege ersucht, die Wohnbauförderung dahingehend zu novellieren, dass ein Zuweisungsrecht für Gemeinden in einem gewissen Anteil an denjenigen Wohnungen vorgesehen wird, die mit Landesförderungen errichtet werden.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich möchte hier darauf aufmerksam machen, dass wir so, wie wir derzeit hier sind, die Gemeinderäte:innen auch hereinkommen, weil es sozusagen keine Beschlussfähigkeit sonst da wäre. Herr Polz ist hier auch nicht da, möchte ich nur feststellen, dass das immer ordnungsgemäß überprüft. Aber jetzt, glaube ich, hat das etwas genützt, dass ich das alles gesagt habe. Auf jeden Fall würden wir gleich zur Abstimmung über die Dringlichkeit kommen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

GR Alic:

Dann schauen wir, dass wir weiterkommen. Dann sage ich danke für die Abstimmung und für das rege Interesse. Mir ist es wirklich angenehm, wenn nicht so viele da sind, dann bin ich nicht so aufgeregt. Danke vielmals.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

9.2 Verlotterung der Innenstadt (GRⁱⁿ Sabine Wagner, ÖVP)

GRⁱⁿ Sabine Wagner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin. Graz ist eine Stadt mit vielen Titeln und Auszeichnungen. Graz ist beispielsweise Stadt der Menschenrechte, sie ist UNESCO City of Design. Graz war in den letzten Jahren immer wieder Spitzenreiter bei der Bewertung der Lebensqualität von Städten in Europa. Wie wichtig dafür auch ein lebendiges Zentrum als kultureller Mittelpunkt, Wirtschaftsraum und Begegnungsort ist, wurde in den letzten Jahren klar erkannt. Deshalb hat man die Innenstadt als erstes Aushängeschild mit Visitenkarte von Graz durch langfristige kluge Entscheidungen nachhaltig gestärkt, für die Grazerinnen und Grazer, aber selbstverständlich auch für Besucherinnen und Besucher aus aller Welt zu einem attraktiven Anziehungspunkt gemacht. Neben ihrer historischen, wirtschaftlichen, administrativen und kulturellen Bedeutung ist die Innenstadt auch Wohnort. Wir haben hier in den letzten Jahren ein gelungenes Miteinander aus verschiedensten Bedürfnissen unterstützen können, das den Facettenreichtum und die Liebenswertigkeit dieser Stadt ausgemacht hat. Die Balance aus der Vielfalt der Funktionen der Stadt und den Ausgleich aller Interessen und Bedürfnisse zu wahren, ist nicht einfach und muss ständig neue Verhandlungen und intensive Arbeit bedeuten. Leider müssen wir beobachten, dass diese Balance und dieser Ausgleich nun in den letzten Monaten massiv aus dem Gleichgewicht

gekommen sind. Aus Sicht vieler Grazer und Grazerinnen, Besucher und Besucherinnen ist die Attraktivität der Innenstadt in nur kurzer Zeit massiv zurückgegangen. Uns erreichen unzählige Mails und Anrufe der Sorge und Beschwerde über die kippende Situation. Diese zusammengefasst muss man feststellen, dass die Menschen das Gefühl haben, die Stadt verwaehre zunehmend. Die Sauberkeit nehme massiv ab, die Brennpunkte werden immer mehr und wo es schon schlimm war, werde es noch schlimmer. Ein trauriges Beispiel dafür ist der Hauptplatz und hier leider wieder das zu ebenso trauriger Berühmtheit gelangte Billa-Eck. Hier zeigt sich exemplarisch, wie nun auch an weiteren Orten in der Stadt, wie etwa in der Hans-Sachs-Gasse, wie die Situation zunehmend eskaliert und unerträglich wird. Der sich dort aufhaltende Personenkreis wird täglich größer, der Konsum von Alkohol steigt ebenso wie die Aggression und der teils völlig ungenierte Handel mit Substanzen, die man jedenfalls nicht beim Billa erstehen kann. Wir stellen fest, dass unbeteiligte Schulkinder in Raufhändel verwickelt werden, die Stimmung vor Ort gereizter wird, wir wissen, dass es in den letzten Monaten vermehrt zu polizeilichen Interventionen gekommen ist. Wir konnten der Zeitung entnehmen, dass die Polizei der Szene erst kürzlich große Mengen an Suchtgiften abgenommen hat, wir stellen fest, dass aggressive Bettelei wieder zunimmt. Sozialstadtrat Krotzer gab bekannt, dass er in einem seiner nächsten Jour-fixe erörtern werde, ob es aus Expertensicht zusätzliche Maßnahmen bräuchte, während die Grazerinnen und Grazer immer lauter gegen die schleichende Verlotterung der Innenstadt im Allgemeinen protestieren und Lösungen sehen wollen. Dazu benötigte es aber politischen Willen, klare Prioritätensetzungen und Entscheidungen sowie eindeutige Zuständigkeiten für die Umsetzung. Also genau jene Punkte, deren Fehlen seitens der Stadtregierung erst zu dieser sich ständig potenzierenden Problematik geführt hat. So kann man sich eigentlich nur der Verwunderung des grünen Klubobmanns über das Tempo und Ausmaß der rasanten Veränderung nach nur fünf Monaten des Wirkens der neuen Koalition in Graz anschließen. Nachdem selbstverständlich ein Zusammenhang zwischen zunehmender sichtbarer Unordnung, Verwaehreung und Kriminalität besteht, muss schnell reagiert werden. Auch wenn noch nicht von grassierender Kriminalität gesprochen werden

kann, müssen wir diesen Tendenzen frühzeitig gegensteuern. Wenn eine Stadt oder einzelne Stadtviertel einen verkommenden Eindruck machen, indem die Sauberkeit abnimmt, einzelne Gebäude und Straßenzüge verlottern und Kriminalität und Drogenhandel im öffentlichen Raum als Normalität betrachtet werden, die eine Gesellschaft schon auszuhalten hätte, wird eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt, die nur zu weiterer und schwerer Kriminalität führen wird. Die Umgebung hat einen Einfluss auf das Verhalten der Menschen, Aggressivität erzeugt im Regelfall Gegenaggressivität, Gewalt erzeugt Angst und Gegengewalt, fortlaufende Regelverstöße anderer begünstigen eigene Regelverstöße. Diese Situation hinzunehmen, ist nicht nur eine politische Bankrotterklärung, es ist vor allem aber eine moralische Pflicht, den Menschen, die unter dieser Situation leiden, zu helfen. Und damit sind ausdrücklich und im Besonderen auch jene gemeint, die einer Sucht zum Opfer gefallen sind, die obdachlos sind, Menschen, die keinen weiteren Sinn in ihrem Leben finden können oder wollen, als stundenlang vor einem Lebensmittelgeschäft herumzustehen. Ganz offensichtlich kommt weder die Information über entsprechende soziale Einrichtungen an noch werden die Möglichkeiten der Streetworker (freie Entscheidungsmöglichkeit über finanzielle Unterstützung) bedarfsgerecht eingesetzt. Wie sonst ist es zu erklären, dass diese Menschen die öffentlichen Verkehrsflächen der Grazer Innenstadt zweckentfremden (inklusive Ausbreiten von Decken, Pölstern, Rucksäcken etc.) und im Zuge dessen Passanten um Geld „ansprechen“. Man muss den Menschen, gerade jenen rund um das Billa-Eck, auch Alternativen anbieten. So gab es in der Vergangenheit unter der Federführung von Stadtrat Hohensinner Kooperationen zwischen dem Sozialamt und Vereinen, die sinnstiftende Tätigkeiten mit genau dieser Klientel gefördert und umgesetzt haben. Zumindest tageweise konnten sich hier Menschen kreativen und fordernden Tätigkeiten wie der Malerei oder der Musik in betreuter und geschützter Umgebung widmen. Daraus resultierend gab es sogar Vernissagen im Sozialamt. Bei der Gelegenheit sei besonders das erst vergangenes Jahr ins Leben gerufene TZM4 in der Mesnergasse als Vorzeigeprojekt für die niederschwellige Betreuung dieser Community erwähnt. Ein weiterer Zugang wäre der Versuch, die Lage ganz

niederschwellig, etwa durch vermehrten Einsatz der mobilen Sozialarbeit bzw. Caritas Streetwork, zu beruhigen, indem den Personen um das Billa-Eck und an anderen betroffenen Stellen erklärt wird, dass ihr Handeln einen massiven Eingriff in die Lebensqualität und Sicherheit ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit sich bringt. Als zuständige Sozialstadträtin hätte Frau Bürgermeisterin schon längst einen Runden Tisch einberufen können, bestehend aus Expertinnen und Experten aus eben Sozialarbeit, Gesundheitsamt, Polizei, Ordnungswache, aber auch aus betroffenen Anrainerinnen und Anrainern und Wirtschaftstreibenden, damit ein gemeinsamer Weg aus dieser für alle unbefriedigenden Situation gefunden werden kann. Denn es sind die Menschen, die hier leben und arbeiten, denen die Innenstadt etwas bedeutet, die die Probleme hautnah erleben müssen. Da aber die Verlotterung und die diversen Häufungen an Störungen der Ordnung vom Billa-Eck aus auf die ganze Innenstadt übergeschwappt ist, braucht es ein ganzheitliches Konzept für die gesamte Innenstadt, bevor sie weiter voranschreitet.

Daher stelle ich im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgenden

dringlichen Antrag:

Die Bürgermeisterin der Stadt Graz wird aufgefordert,

1. einen Runden Tisch bestehend aus Experten und Expertinnen aus Sozialarbeit, Gesundheitsamt, Polizei, Ordnungswache, aber auch aus betroffenen Anrainerinnen und Anrainern und Wirtschaftstreibenden zeitnah einzuberufen, um diese Situation einer Lösung zuzuführen;
2. Stadtrat Eber wird aufgefordert, mit den zuständigen Stellen der Holding Graz in Kontakt zu treten, um wieder die Ergebnisse der Sauberkeitsmessung nach der 2017 ins Leben gerufenen Sauberkeitsoffensive zu erreichen, und
3. Bürgermeisterin und Stadtrat Robert Krotzer werden aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt zeitnah ein Gesamtkonzept für die Entspannung der sich verschärfenden Situation im öffentlichen Raum

vorzulegen, das die Bedürfnisse aller Betroffener berücksichtigt und nachhaltig für sozialen Frieden in der Innenstadt sorgen soll.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Graz ist eine Stadt mit vielen Titeln und Auszeichnungen. Graz ist beispielsweise Stadt der Menschenrechte, sie ist „UNESCO City of Design“, Graz war in den letzten Jahren immer wieder Spitzenreiter bei der Bewertung der Lebensqualität von Städten in Europa. Wie wichtig dafür auch ein lebendiges Zentrum als kultureller Mittelpunkt, Wirtschaftsraum oder Begegnungsort ist, wurde in den letzten Jahren klar erkannt. Deshalb hat man die Innenstadt als erstes Aushängeschild und Visitenkarte von Graz durch langfristig kluge Entscheidungen nachhaltig gestärkt, für die Grazerinnen und Grazer, aber selbstverständlich auch für Besucherinnen und Besucher aus aller Welt zu einem attraktiven Anziehungspunkt gemacht.

Neben ihrer historischen, wirtschaftlichen, administrativen und kulturellen Bedeutung ist die Innenstadt auch Wohnort. Wir haben hier in den letzten Jahren ein gelungenes Miteinander aus verschiedensten Bedürfnissen unterstützen können, das den Facettenreichtum und die Liebesswürdigkeit dieser Stadt ausgemacht hat. Die Balance aus der Vielfalt der Funktionen der Stadt und den Ausgleich aller Interessen und Bedürfnisse zu wahren, ist nicht einfach und bedarf ständig neuer Verhandlung und intensiver Arbeit.

Leider müssen wir beobachten, dass diese Balance und dieser Ausgleich nun in den letzten Monaten massiv aus dem Gleichgewicht gekommen sind.

Aus Sicht vieler Grazerinnen und Grazer und Besucherinnen und Besucher ist die Attraktivität der Innenstadt in nur kurzer Zeit massiv zurückgegangen. Uns erreichen unzählige Mails und Anrufe der Sorge und Beschwerde über die kippende Situation. Diese zusammengefasst muss man feststellen, dass die Menschen das Gefühl haben, die Stadt verwahrlose zunehmend, die Sauberkeit nehme massiv ab, die Brennpunkte werden immer mehr, und wo es schon schlimm war, werde es noch schlimmer. Ein

trauriges Beispiel dafür ist der Hauptplatz und hier leider wieder das zu ebenso trauriger Berühmtheit gelangte Billa-Eck. Hier zeigt sich exemplarisch, wie nun auch an weiteren Orten in der Stadt, wie etwa in der Hans-Sachs-Gasse, wie die Situation zunehmend eskaliert und unerträglich wird. Der sich dort aufhaltende Personenkreis wird täglich größer, der Konsum von Alkohol steigt ebenso wie die Aggression und der teils völlig ungenierte Handel mit Substanzen, die man jedenfalls nicht bei Billa erstehen kann.

Wir stellen fest, dass unbeteiligte Schulkinder in Raufhändel verwickelt werden, die Stimmung vor Ort gereizter wird, wir wissen, dass es in den letzten Monaten vermehrt zu polizeilichen Interventionen gekommen ist, wir konnten der Zeitung entnehmen, dass die Polizei der Szene erst kürzlich große Mengen an Suchtgift abgenommen hat, wir stellen fest, dass aggressive Bettelei wieder zunimmt. Sozialstadtrat Krotzer gab bekannt, dass er in einem seiner nächsten Jour fixe erörtern werde, ob es aus Expertensicht zusätzliche Maßnahmen bräuchte, während die Grazerinnen und Grazer immer lauter gegen die schleichende Verlotterung der Innenstadt im Allgemeinen protestieren und Lösungen sehen wollen.

Dazu benötigte es aber politischer Willen, klare Prioritätensetzungen und Entscheidungen sowie eindeutige Zuständigkeiten für die Umsetzung. Also genau jene Punkte, deren Fehlen seitens der Stadtregierung erst zu dieser sich ständig potenzierenden Problematik geführt hat.

So kann man sich eigentlich nur der Verwunderung des grünen Klubobmanns über das Tempo und Ausmaß der rasenden Veränderung nach nur 5 Monaten des Wirkens der neuen Koalition in Graz anschließen.

Nachdem selbstverständlich ein Zusammenhang zwischen zunehmender sichtbarer Unordnung, Verwahrlosung und Kriminalität besteht, muss schnell reagiert werden. Auch wenn noch nicht von grassierender Kriminalität gesprochen werden kann, müssen wir diesen Tendenzen frühzeitig gegensteuern. Wenn eine Stadt oder einzelne Stadtviertel einen verkommenden Eindruck machen indem die Sauberkeit abnimmt, einzelne Gebäude und Straßenzüge verlottern und Kleinkriminalität und Drogenhandel

im öffentliche Raum als Normalität betrachtet werden, die eine Gesellschaft schon auszuhalten hätte, wird eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt, die nur zu weiterer und schwerer Kriminalität führen wird.

Die Umgebung hat einen Einfluss auf das Verhalten der Menschen, Aggressivität erzeugt im Regelfall Gegenaggressivität, Gewalt erzeugt Angst und Gegengewalt, fortlaufende Regelverstöße anderer begünstigen eigene Regelverstöße.

Diese Situation hinzunehmen, ist nicht nur eine politische Bankrotterklärung, es ist vor allem aber moralische Pflicht, den Menschen, die unter dieser Situation leiden, zu helfen. Und damit sind ausdrücklich und im Besonderen auch jene gemeint, die einer Sucht zum Opfer gefallen sind, die obdachlos sind, Menschen, die keinen weiteren Sinn in ihrem Leben finden können oder wollen, als stundelang vor einem Lebensmittelgeschäft herumzustehen. Ganz offensichtlich kommt weder die Information über entsprechende soziale Einrichtungen an, noch werden die Möglichkeiten der Streetworker (freie Entscheidungsmöglichkeit über finanzielle Unterstützungen) bedarfsgerecht eingesetzt.

Wie sonst ist es zu erklären, dass diese Menschen die öffentlichen Verkehrsflächen der Grazer Innenstadt zweckentfremden (inkl. Ausbreiten von Decken, Pölstern, Rucksäcken, Taschen) und im Zuge dessen Passanten um Geld „ansprechen“.

Man muss den Menschen, gerade jenen rund um das Billa-Eck, auch Alternativen anbieten. So gab es in der Vergangenheit unter Federführung von Stadtrat Hohensinner Kooperationen zwischen dem Sozialamt und Vereinen, die sinnstiftende Tätigkeiten mit genau dieser Klientel gefördert und umgesetzt haben.

Zumindest tageweise konnten sich hier Menschen kreativen und fordernden Tätigkeiten, wie der Malerei oder Musik in betreuter und geschützter Umgebung widmen. Daraus resultierend gab es sogar Vernissagen im Sozialamt!

Bei der Gelegenheit sei besonders das erst vergangenes Jahr ins Leben gerufene TZM4 in der Mesnergasse als Vorzeigeprojekt für die niederschwellige Betreuung dieser Community erwähnt.

Ein weiterer Zugang wäre der Versuch, die Lage ganz niederschwellig, etwa durch vermehrten Einsatz der mobilen Sozialarbeit bzw. Caritas Streetwork zu beruhigen, indem den Personen um das Billa-Eck und an anderen betroffenen Stellen erklärt wird, dass ihr Handeln einen massiven Eingriff in die Lebensqualität und Sicherheit ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit sich bringt. Als zuständige Sozialstadträtin hätte Frau Bürgermeisterin schon längst einen Runden Tisch einberufen können, bestehend aus Expertinnen und Experten aus eben Sozialarbeit, Gesundheitsamt, Polizei, Ordnungswache, aber auch aus betroffenen Anrainerinnen und Anrainern und Wirtschaftstreibenden, damit ein gemeinsamer Weg aus dieser für alle unbefriedigenden Situation gefunden werden kann. Denn es sind die Menschen, die hier leben und arbeiten, denen die Innenstadt etwas bedeutet, die die Probleme hautnah erleben müssen.

Zudem wäre die Bürgermeisterin außerdem gefordert, Absprachen mit der Polizei zu treffen, hier vermehrt Präsenz zu zeigen. Davon würden zahlreiche Betriebe rund um das Billa-Eck profitieren.

Da aber die Verlotterung und die diversen Häufungen an Störungen der Ordnung vom Billa-Eck aus auf die ganze Innenstadt übergeschwappt ist, braucht es ein ganzheitliches Konzept für die ganze Innenstadt, bevor sie weiter voranschreitet.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

Die Bürgermeisterin der Stadt Graz wird aufgefordert,

- 1. einen Runden Tisch bestehend aus Expertinnen und Experten aus Sozialarbeit, Gesundheitsamt, Polizei, Ordnungswache, aber auch aus betroffenen Anrainerinnen und Anrainern und Wirtschaftstreibenden zeitnah einzuberufen, um diese Situation einer Lösung zuzuführen;*

2. *Stadtrat Eber wird aufgefordert, mit den zuständigen Stellen der Holding Graz in Kontakt zu treten, um wieder die Ergebnisse der Sauberkeitsmessung nach der 2017 ins Leben gerufenen Sauberkeitsoffensive zu erreichen, und*

3. *Bürgermeisterin Elke Kahr und Stadtrat Robert Krotzer werden aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt zeitnah ein Gesamtkonzept für die Entspannung der sich verschärfenden Situation im öffentlichen Raum vorzulegen, das die Bedürfnisse aller Betroffener berücksichtigt und nachhaltig für sozialen Frieden in der Innenstadt sorgen soll.*

GR Ammerer:

Werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr verehrte Frau Bürgermeisterin, wertetes Stadtsenatsmitglied, das alleine noch da ist und werte Zuseher:innen im Livestream. Danke für den Vortrag Ihres Motiventextes, Frau Kollegin. Ich habe mich auch mit dem beschäftigt. Es ist eine sehr dramatische Tonalität, die Sie an den Tag legen. Wenn man von Verlotterung, von Verwahrlosung spricht von der Innenstadt, die ja ein Juwel ist in Graz, da muss ich das schon alleine an dem Punkt zurückweisen. Aber fangen wir mit etwas anderem an, nämlich mit der Behauptung, die Sie aufstellen, dass kleine Vergehen, die nicht geahndet werden, zu einer Verwahrlosung eines gesamten Stadtteiles führen können. Das ist eine Theorie, die mir sehr wohl bekannt ist. Ich weiß Sie sind bei der Polizei und da gibt es viele Anhänger:innen von der Broken-Windows-Theorie nach Wilson und Kelling aus 1982, die eben genau das aussagt. Wenn man ein kleines Vergehen nicht ahndet, verwahrlost ein gesamter Stadtteil zwangsläufig weiter davon. Das Problem mit dieser Theorie ist eines, die ist vierzig Jahre alt und in vierzig Jahren ist es nicht gelungen, die empirisch zu belegen. Und aufgestellt wurde diese Theorie in einem 7.000-Worte-Aufsatz in einem Fachmagazin. Aber es ist niemals gelungen, sie zu belegen. Die Broken-Windows-Theorie ist nicht empirisch belegt und in Städten, wo man die z.B. in der Sicherheitspolitik ernsthaft verfolgt hat, in New York, wird das inzwischen als einer der größten Fehler angesehen. Die Stop-and-Frisk-

Taktiken der 1990er in New York, das wird heutzutage als Fehler angesehen, weil es schlicht nicht stimmt. Kommen wir nun aber zu einem anderen Teil meiner Replik auf Ihren Antrag, nämlich die Begrifflichkeiten, die Sie bemühen. Das sind Pejorativa, wenn man sagt, es ist verlottert und verwahrlost und dann noch die ganze Innenstadt von einem Eck ausgehend. Ich bitte Sie, bleiben wir ein bisschen seriöser. Weil das ist schlichtweg nicht der Fall. Und da möchte ich dann schon eine Sache klarstellen, die für mich eine sehr ungewohnte Rolle ist. Wie kommt eine selbsternannte Wirtschaftspartei dazu, in einem dreiseitigen Motivtext den Standort Innenstadt dermaßen schlechtzureden. Die Innenstadt von Graz ist wunderschön. Unsere Innenstadtunternehmer:innen stehen vor einer der ersten besseren Saisonen, seit Corona wieder gekommen ist und da kommt die ÖVP daher und sagt, in der Grazer Innenstadt herrscht Sodom und Gomorrha. Klar, wir haben eine Suchtszene so wie jede Stadt. Jede einzelne Stadt, in der ich je war, hat eine Suchtkrankenszene und die in Graz ist sogar relativ klein und da jetzt herzugehen und zu sagen, die gesamte Innenstadt verlottert, das ist standortschädigend. Das tut unserem Innenstadthandel nicht gut und fühle ich mich jetzt genötigt, hier heraufzugehen und eine Lanze für den zu brechen. Weil, wenn wir den Tourismus, dessen Saison jetzt beginnt, nicht schädigen wollen, dann wäre es zumindest gut, nicht zu sagen, dass in Graz schon kaum mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum herrscht. Weil das stimmt schlicht und ergreifend nicht. Darüber hinaus ist die Situation seit Jahren, seit Jahrzehnten dieselbe und mir will nicht einleuchten, was jetzt die plötzliche Dringlichkeit ausmacht. Danke.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kollegen und Kolleginnen. Ich muss mich jetzt auch noch einmal zu Wort melden. Sabine, liebe Sabine, wir zwei Namensgleichen, heute darf ich hier stehen. Nein, es ist keine Frage. Ein attraktives Stadtzentrum, das über einen kulturellen Mittelpunkt samt florierender Wirtschafts- und Begegnungsräume verfügt, das ist schon etwas Schönes. Das ist eine

sehr schöne Sache und ich glaube, Graz ist tatsächlich eine wunderschöne Stadt, besonders die Innenstadt und das wird auch von allen Grazer und Grazerinnen geschätzt. Aber natürlich auch von den Tausenden von Gästen, die wir hier begrüßen durften, zumindest ohne Corona. Deshalb, so Sabine Wagner, in ihrem Motiventext, habe man in der alten ÖVP-FPÖ-Koalition, die Innenstadt als erstes Aushängeschild und Visitenkarte von Graz durch langfristig kluge Entscheidungen nachhaltig gestärkt. Naja, das ist groß gesprochen, würde ich sagen. Den innerhalb kurzer Zeit zu verzeichnenden Rückgang im Attraktivitätsempfinden hinsichtlich der Innenstadt mit der Szene am Billa-Ecke begründen zu wollen, das ist doch ein bisschen zu kurz gegriffen. Vielmehr verursachten eine Reihe von anderen Gründen den Attraktivitätsrückgang in der Innenstadt, wie das Geschäftsterben während der Corona-Pandemie, das fehlende Grün überall, das eine Aufenthaltsqualität im Freien durch Hitzestaus vernichtet, die extrahohen Mietpreise etc., etc. Also nicht das Billa-Eck. Deshalb kann ich natürlich auch nicht bestätigen, dass man in der Innenstadt das Gefühl haben muss, die Stadt verwarlose zusehends. Nein, die Innenstadt verwarlost nicht. Aber die Annenstraße, genau. Wieder geschafft, die Annenstraße in das Gespräch zu bringen. Super, oder? Die Annenstraße verwarlost zusehends und da hat die alte Stadtregierung tatenlos zugesehen bei diesem Dahinsiechen, oder? Wissen Sie, dass das Aushängeschild und die Visitenkarte Innenstadt als das Herz von Graz schon in Wahrheit in ihren Blutbahnen beginnt, die ins Herz führen? Wie z.B. die Annenstraße, die allen Gästen vom Bahnhof kommend den allerersten Eindruck unserer Stadt vermittelt. Das müssen Sie schon auch einmal sehen. Ich wurde diesbezüglich auch schon angesprochen von einigen Tourist:innen, die gesagt haben: Ihr habt so eine schöne Stadt, Graz ist so schön, aber warum schaut es da in der Annenstraße so aus? Das ist ein Versagen der Regierung meiner Meinung nach in Graz. Zur mangelnden Sauberkeit am Hauptplatz darf ich zu einem Spaziergang in die Annenstraße einladen, da sieht man, was es heißt, wirklich eine dreckige Straße zu sein. Dazu hätte es schon viele Jahre den politischen Willen und die klare Prioritätensetzung der alten Stadtkoalition gebraucht und ich kann mich nur wundern, dass die ÖVP heute hier dasteht und einer Regierung, die seit fünf Monaten im Amt ist,

quasi den „schwarzen Peter“ zuschieben will. Geht gar nicht, Leute. Das geht so nicht. Also die Menschen am Billa-Eck sind es nicht. Es sind andere Gründe. Ich werde daher dieser Dringlichkeit nicht zustimmen. Sie ist auch nicht gegeben und ich glaube auch, dass in der Stadtregierung sowohl die Sauberkeitsmessung als auch eine Lösung zu finden, was die Menschen an der Billa-Ecke jetzt betrifft, dass das alles auf Schiene ist. Also, wie gesagt, kann ich nicht zustimmen. Dankeschön.

KO GR Mag. Pascuttini:

Hoher Gemeinderat, liebe Kollegen. Vorweg darf ich mich bei der Kollegin Wutte entschuldigen. Wir haben heute uns während einer Wortmeldung zur Budgetdiskussion habe ich Sie kurz angesehen und Ihre Körpersprache falsch interpretiert. Ich habe etwas zitiert und die Kollegin Wutte hat zustimmend mit ihrer Körpersprache agiert und ich habe das als Ablehnung interpretiert. Das tut mir leid, das möchte ich damit zurücknehmen. Dann noch kurz zur Kollegin Reininghaus zur Annenstraße tatsächlich. Ich kann mich erinnern, ich habe vor vielen, vielen Jahren ein Praktikum gemacht beim Land Steiermark und bin da auch immer durch diese Annenstraße gefahren. Das war vor zehn Jahren und damals hat die Annenstraße schon wirklich verwahrlost ausgesehen. Also da liegt die Schuld nicht bei der letzten Regierung. Frau Kollegin Wagner, zu Ihnen, die Dringlichkeit ja, die sehen wir als gegeben. Da bekommen Sie unsere Stimme natürlich und auch den Antragsinhalt, da können wir weit, weit, weit mitgehen. Aber nicht bei allem. Und ich muss Ihnen schon noch sagen, wenn ich mir die letzte Gemeinderatssitzung ansehe, da hat der Kollege Winter die Dringlichkeit eingefordert, mehr Polizei in Graz zu realisieren und da haben Sie damals durchaus mit einer Nuance an Überheblichkeit dem Kollegen Winter versucht, den Mund zu waschen. Es ist Ihnen eh nicht gelungen. Aber, Sie haben es versucht und heute lese ich dann, die Polizei muss mehr Streife fahren etc. Na, das wäre mit mehr Polizei auch gegangen. Dann muss ich Sie auch fragen, in diesem ganzen Antrag finden sich die temporären Schutzzonen nicht, die ihre Klubchefin Gmeinbauer gefordert hat am 11.3.2022. Also wird da nur medienwirksam etwas

verkauft und dann kommt es nicht in den Gemeinderat? Das verwundert mich ein bisschen. Wenn Sie dann davon sprechen, dass man mit den Betroffenen vom Billa-Eck sprechen sollte. Wen meinen Sie dann? Weil wenn Sie mit den Suchtkranken dort versuchen, dann Vernissagen abzuhalten oder die dann zum Malen einladen oder dergleichen, ich weiß nicht, ob es diesen Effekt bringen wird, den Sie sich erhoffen. Aber grundsätzlich ja, die Dringlichkeit ist gegeben. Wir haben das auch sehr, sehr oft thematisiert in den vergangenen Monaten, zum ersten Mal am 30.11., wo auch die Woche getitelt hat: „Grazer Hans-Sachs-Gasse wird zum sozialen Brennpunkt“. Das sagen sehr, sehr viele. Am 11.3. haben wir das auch in der Kleinen Zeitung gehabt. Am 5.4. neuer Wirbel, Geschäftsleute sorgen sich wegen Punks um das Geschäft. Ja, das ist alles in allem eine Problematik und da würde ich Sie wirklich um gehaltvollere Vorschläge bitten; auch vielleicht, natürlich, Sie haben die Möglichkeiten, unter Einbindung der Landes- und Bundesgesetzgebung, dass man sich da wirklich etwas überlegt, was langfristig dann auch hilft. Die Problematik mit den Forderungen, die Sie da in Ihrem Antragstext anführen, Wir werden das mittragen. Aber, ob das wirklich zur Lösung beiträgt, da habe ich wirklich meine Zweifel.

KO GR Ehmann:

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegin der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Damen und Herren Zuhörer:innen im Livestream, liebe Antragstellerin. Ja, das ist ein bisschen heute ein Beispiel von, man sagt eigentlich oftmals oder benutzt oft die Phrase, das Sein bestimmt das Bewusstsein. Heute ist es, glaube ich, ein bisschen der Schein bestimmt das Bewusstsein. Weil kaum hat Sigi Nagl seine schützende Hand von Graz weggezogen, ist die Innenstadt verlottert. Das ist, glaube ich, bei aller Ernsthaftigkeit zum Thema, aber lassen wir die Kirche im Dorf und das Billa-Eck, wo es ist. Nämlich, was du beschreibst in deinem Antrag, da kann ich dir inhaltlich bei vielem zustimmen, dass das problematisch ist, dass man sich nicht nur darum kümmern muss. Es wird sich darum schon lange Zeit gekümmert, das muss man auch sagen. Sozialarbeiterinnen und

Sozialarbeiter sind dort vor Ort. Es wird oder es gibt Interventionen, der Kollege Ammerer hat schon einige Beispiele auch angesprochen diesbezüglich. Also, da würde ich schon ein bisschen mich zurücknehmen in der Tonalität der Antragstellung, weil so, wie es da es jetzt dargestellt wird, würde ich noch rauchen, würde ich sagen, hoffentlich wird Graz nicht Chicago, aber das ist schon etwas überzogen und nur zur Erinnerung, die ÖVP ist in Graz, seit ich weiß, es sind viele neue Kollegen da, deswegen sage ich jetzt, ein bisschen Geschichtsunterricht auch für euch, 49 Jahre in der Regierung in Graz, davon 18 Jahre oder mehr als 18 Jahre in führender Rolle. Also, warum ist es bisher nicht gelungen, das zu lösen, wenn es jetzt auf einmal in dieser Form gelöst werden sollte? Also, dass das auch etwas schwierig ist und auch die Situation schwierig ist, das habt ihr ja selbst bemerkt und auch die FPÖ hat es bemerkt. Weil die FPÖ versucht ja auch hier schon lange, mit Lösungsansätzen zu kommen. Die mögen da oder dort durchaus kreativ sein. Ich erinnere an die Beschallung mit klassischer Musik. Hat mir schon gefallen, aber geholfen hat es halt auch nichts. Also, es hat ja viele Ansätze schon gegeben in alle möglichen Richtungen. Der Erfolg hat sich noch nicht eingestellt, den wir uns alle erwartet haben. Deswegen glaube ich auch, dass wir hier auf dieser Ebene weiterarbeiten müssen, uns bemühen müssen und hier auch weitere Interventionen folgen lassen müssen. Deswegen würden wir der Dringlichkeit zustimmen, weil es berechtigt ist, aber dem Inhalt, so wie es hier dargestellt wird, als würde noch nichts passieren, würde es diese Interventionen auch nicht geben usw. Also, dem Inhalt können wir in diesem Fall nicht folgen und wir werden hier weiter darauf setzen, dass im Hintergrund schon eine Konzeption im Sozialamt bzw. im Sozialbereich läuft. Aber ich nehme an, die Bürgermeisterin wird dazu noch etwas sagen und, wie gesagt, lassen wir die Kirche im Dorf und das Billa-Eck, wo es ist. Ich glaube, Graz hat eine wunderschöne Innenstadt. Natürlich gibt es Bereiche, die problematisch sind, wie in jedem urbanen Bereich. Das ist ja auch nicht jetzt wirklich eine Überraschung und deshalb sind wir stolz auf unsere Stadt und intervenieren wir dort, wo es wirklich notwendig ist. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Neos) angenommen.

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer:innen und Zuseher:innen, lieber Kollege Michi Ehmann. Wir lassen die Kirche im Dorf, und es kann sich von einer Woche auf die andere schon etwas ändern und dass diese angesprochenen Probleme vorher schon da waren und auch schon vor zehn Jahren schon da waren, dass wissen wir alle. Wir wissen aber auch, dass zuständige Stadtsenatsreferentinnen und -referenten und auch unser Stadtrat Kurt Hohensinner Programme ins Leben gerufen und Angebote geschaffen haben, um diesen Menschen Perspektiven zu geben bzw. sie vom genannten Hauseck wegzubringen und manchmal oder bedauerlicherweise diese Angebote ins Leere gegangen sind. Muss man auch sagen. Das heißt aber nicht, dass wir aufgeben sollen und deswegen ist auch unser dringlicher Antrag dahingehend verfasst, dass wir weiterarbeiten sollten, und das muss uns auch bewusst sein, dass diese Gruppen, die sich am Billa-Eck und auch in der Hans-Sachs-Gasse formieren, nicht noch größer werden, weil sie sind jetzt schon größer geworden. Und wenn ich daran denke, dass wir den Bischofplatz als Verweilzone anbieten wollen und dann vielleicht die Herrschaften von der Hans-Sachs-Gasse sich dort niederlassen, dann glaube ich nicht, dass unsere Besucherinnen und Besucher in der Stadt oder auch die Wirtschaftstreibenden rund um den Bischofplatz eine Freude haben, denn die Wirtschaftstreibenden in der Hans-Sachs-Gasse betteln um Hilfe und aufgrund unserer Gesetze und Verordnungen ist es aber nicht möglich, diese genannten Personen dort von der Straße wegzuholen. Und auch, wenn jetzt wieder jemand raufkommt und sagt, aber ihr wart vorher auch schon in der Situation, das vielleicht zu lösen. Wir haben, wie gesagt, Angebote gemacht und die Hände, wie ihr alle wisst, wenn man weiß, wie die Straßenverkehrsordnung ausschaut und wenn man an den Herrn beim H&M denkt, den man dort verweilen lassen kann und muss, wenn er es möchte, dann müssen wir bedauerlicherweise uns wirklich die Gesetze und die Verordnungen anschauen, die von Menschen gemacht sind, dann kann man es auch von Menschen wieder ändern lassen und vielleicht auch eine Änderung draußen herbeiführen. Und um nichts anderes geht es. Und wenn der Tourismus angesprochen wird, dass heuer keiner kommen wird, wir haben noch ein bisschen eine Zeit, um

vielleicht eine Änderung vorzunehmen. Dass es ist für unsere Touristen auch Spaß macht, sich bei uns in der Innenstadt aufzuhalten und dass wir einen guten Eindruck hinterlassen, wenn sie uns wieder verlassen. Dankeschön.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (17.53 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Zuerst möchte ich mich durchaus für den dringlichen Antrag bedanken bei der Kollegin Wagner. Das hat einen Grund, warum wir der Dringlichkeit zugestimmt haben, weil durchaus insgesamt es wichtig ist, dass wir uns zu diesem Thema austauschen, und zwar in qualifizierter Art und Weise. Das ist nämlich ganz wichtig, weil dieses Thema ist in dem Inhalt, da gebe ich dem Kollegen Pascuttini in der Hinsicht Recht, dass wenn man sagt, dass einem Zweifel kommen in dem, was beschrieben ist. Nicht, weil das eine oder andere nicht richtig ist in der Anführung. Aber die Wortwahl lasse ich immer weg, weil das ist nicht unwichtig, genauso wie vielleicht, wenn Sie sich erinnern, ich einmal gesagt habe, man sollte nicht davon reden von Brennpunktschulen und lauter diese Sachen. Wir wollen ja nicht nur in der Innenstadt, sondern generell in ganz Graz eine Stadt haben, wo sich die Leute überall wohl fühlen, wo man das, was hier genannt worden ist teilweise, ein bisschen komplett auch vermischt, überall man nicht vorfindet oder einfach Schritte setzt zur Verbesserung. Und wir dürfen bei aller Wertschätzung nicht nur die Innenstadt immer sehen, weil auch wenn es um das Thema geht Obdachlosigkeit, Aufhalten im öffentlichen Raum, das gilt erstens immer für ganz Graz. Im Speziellen sieht man es natürlich, weil da eine starke Frequenz, ich selbst gehe immer im Rathaus ein und aus, weil man dort am deutlichsten sieht. Aber es geht insgesamt um das Thema Auffälligkeiten und Sorgen und Probleme, die man haben muss als Stadtregierung, und auch der ganze Gemeinderat. Wenn wir Leute nicht mehr erreichen, wenn wir merken, sie driften weg und das aus unterschiedlichsten Gründen, weil es geht um den öffentlichen Raum, was wir sehen.

Aber auch um den privaten Raum. Es kann einem ja auch nicht egal sein, wenn jemand, und ich sage auffälliges Verhalten. Das kann eben, wie gesagt, unterschiedliche Ursachen haben. Es kann eine Suchterkrankung sein, es kann eine schwere psychische Erkrankung sein. Es kann auch noch andere Gründe haben. Und die findest du im öffentlichen Raum und das wirst du auch in privaten Wohnräumen, kann ich nicht sagen, da hätten wir eine Dauerbeschäftigung immer in Wohnhausanlagen. Nicht nur in den Gemeindewohnungsanlagen, das hat man genauso in privaten. Weil, was tust du, wenn ein Mieter oder eine Mieterin oder eine Eigentümerin, wo es noch einmal schwieriger ist, sich fehlverhält, wenn man das so sagen darf, auf Kosten vieler anderer? Wir werden ihn nicht gleich wegsperren, sondern du kannst die Regeln und Instrumente, die einem zur Verfügung stehen, mit Mediation, mit Reden, mit der Hausverwaltung, mit den anderen Eigentümern versuchen, einen Konsens zu finden. Da ist unser Dauergeschäft, wenn man so sagen darf, wenn es um Zusammenleben im Alltag geht. Und natürlich alle Instrumente der wohnortnahen Stadtteil- und Siedlungsbetreuung, die mithilft, Leuten aus der Isolation, Leute, wo Konfliktpotential aus unterschiedlichsten Gründen da ist, mitzuhelfen. Und das, was Sie hier in dem Antrag ansprechen, da möchte ich mich nicht wiederholen. All jene, die das schon angesprochen haben, dass man das nicht von heute auf morgen lösen kann, ist richtig. Aber, und da bin ich sehr dafür, niemals Dinge schleifen lassen und das möchte auch niemand und das hat auch in der Vergangenheit niemand gemacht. Dani hat es angesprochen und ich kann mich erinnern, ob es die Kollegin Kaltenbeck war, die damals eine spezielle Situation gehabt hat oder danach auch andere, immer wieder waren es unterschiedliche Formen, andere Orte auch nicht, weil man immer wieder sagt, das sind Punks, von dem muss man auch ein bisschen wegkommen. Die würden sich sehr wundern, wenn sie so genannt werden würden. Nicht verallgemeinern und immer das konkrete Feld selbst sehen und die Maßnahmen, sowie die Mesnergasse, ist gut gewesen. Merkt man aber, ist auch nur eingeschränkt tauglich. Soll das aber nicht schlechtmachen, ganz im Gegenteil. Und aber um es abzukürzen, weil ich das weiß, glauben Sie mir, da weiß ich wirklich, von was ich rede, und ich kenne teilweise die handelnden Akteure auch. Ich kenne aber auch, und das muss man hier an dieser

Stelle sagen und da werden mir alle in der Stadtregierung auch zustimmen, das Sozialamt und die Kollegen und Kolleginnen, die Streetworker und alle Leute, die auch täglich bemüht sind und die das sehr, sehr genau diese Befundung kennen. Aber es ist richtig, man muss auch mehr Leute einbeziehen und deshalb können wir dem Inhalt, was heißt können, brauchen wir dem Inhalt nicht zustimmen, weil dieser Arbeitskreis eingerichtet wird. Es gibt ja sowieso einen täglichen und wöchentlichen Austausch unter den Streetworkern mit dem Sozialamt. Aber darüber hinaus macht es durchaus Sinn, Polizei und andere Akteur:innen einzubeziehen, konkret die Leute in der Hans-Sachs-Gasse. Sie waren erstens einmal bei mir. Ich kenne den Herrn [REDACTED] und die Kollegen schon lange und wir haben auch nicht gesagt, dass das von heute auf morgen lösbar ist, aber dass man durchaus Verständnis hat für einzelne, konkrete Sachen, die dort passiert sind, die nicht in Ordnung sind. Nicht aber, dass sie dort sitzen. Sagen sie auch nicht, dass das für sie ein Problem ist, es geht nur eben um Bedrängnis an Leuten, die in ein Geschäft wollen und solche Sachen und natürlich auch um das Thema, kann man es auch beim Wort nennen, wie es ist: Betteln, das ist natürlich pandemiebedingt jetzt uns auch nicht so aufgefallen. Jetzt ist es natürlich so, dass viele, jetzt sind die Grenzen und jetzt ist wieder alles offener, die Leute sind schon angesprochen worden vom Tristan. Dadurch fällt es mehr auf und es fällt in Gegenden auf, mir zu mindestens, die gar nicht in der Innenstadt nur sind. Das ist auch in anderen Bereichen, und diese Bestätigung haben wir auch bekommen. Aber um es abzukürzen alle drei Punkte: Erster Punkt, Arbeitskreis, ist in Ordnung. Im Übrigen gibt es am Montag schon ein Treffen mit den Gewerbetreibenden, wollte ich nur sagen. Auch der Punkt 2, glaube ich, dem Manfred nicht vorzugreifen, dass du kein Problem hast, dass man das angehen würden, diese Sauberkeits... Ist sogar schon. Und der Punkt 3, das ist eigentlich das Wichtigste. Nämlich, wirklich größer zu denken und langfristig Überlegungen zu setzen. Da ist im Dezember letzten Jahren das Sozialamt von mir beauftragt worden, weil Dinge absehbar waren und wir auch sehen und gewusst haben, wenn jetzt alles wieder offener wird, dass es in die Richtung gehen wird. Das heißt, es ist notwendig, und die Kollegen im Sozialamt werden vorm Sommer diesbezüglich ein Konzept mit den Kollegen und Kolleginnen im Sozialausschuss und

alle, die es darüber hinaus auch interessiert, berichten, weil ich glaube, dass sie alle diese Befundung auch brauchen, um auch gut zu argumentieren und Lösungsansätze, wie wir es uns vorstellen, möchten wir da auch gerne präsentieren. Das ist ganz wichtig, weil man zum Schutz der Leute, durchaus aber auch, um keine Illusionen zu haben. Das ist auch wichtig, und eine Handlungsanleitung für uns in der Politik. In dem Sinne hoffe ich jetzt, keinen Gedanken vergessen zu haben, weil mir das nicht unwichtig ist das Thema. Auf jeden Fall ein Konzept wird es vor dem Sommer geben. Punkt 2 ist schon angegangen worden und der andere Punkt, den wird es in den kommenden Wochen geben, unabhängig von dem Treffen am Montag. Dankeschön.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (18.02 Uhr).

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream. Die Debatte läuft jetzt schon eine Zeit lang. Ich probiere, mich kurz zu fassen. Wir haben dem Antrag in der Dringlichkeit zugestimmt, weil die Nutzung des öffentlichen Raumes durch verschiedene Gruppen natürlich immer eine Herausforderung ist. Es ist in Graz eine Herausforderung an verschiedenen öffentlichen Plätzen. Es ist in jeder größeren Stadt eine Herausforderung. Das ist laufend so und die Elke hat das auch gerade sehr zutreffend ausgeführt, dass da auch laufend vom Sozialamt daran gearbeitet wird. Deswegen werden wir dem Inhalt des Antrages nicht zustimmen. Der eine Grund, weil eben laufend daran gearbeitet wird. Im Austausch mit allen Betroffenen vor Ort und einfach auch nach guten Lösungen gesucht wird. Der zweite Grund aber, warum wir nicht zustimmen wollen, das möchte ich an der Stelle schon noch einmal ausführen, ist der Motiventext. Es ist für mich schon ein wesentlicher Grund, weil der Motiventext am Anfang sich auf die Menschenrechtsstadt bezieht, dann aber im Motiventext immer wieder eine Sprache verwendet wird, Äußerungen verwendet werden, die ich eigentlich nicht passend finde

für die Vertreter:innen für eine Menschenrechtsstadt. Oder auch Dinge gesagt werden, die schlichtweg falsch sind. Allein das Wort „Verlotterung“ finde ich auch extrem abwertendes Wort und ich finde eigentlich auch nicht richtig, das im Zusammenhang mit Menschen zu verwenden. Menschen, die hier in Graz leben und Menschen, die Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt sind. Genau wie ich, genau wie du, Sabine. Und es ist einfach eigentlich ein unpassendes und extrem abwertendes Wort. Was mir außerdem an dem Antrag aufgefallen ist, dass eigentlich beständig zwei sehr unterschiedliche Dinge miteinander vermischt werden. Die eine Sache ist Kriminalität im öffentliche Raum, die natürlich geahndet werden muss, der man nachgehen muss. Das andere ist aber, dass sich verschiedene Personen im öffentlichen Raum aufhalten und das ist letztendlich auch das, was eine Stadt ausmacht. Dass in einer Stadt sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Biografien, mit unterschiedlichen Hintergründen, mit unterschiedlichen Lebenssituationen, vielleicht auch mit Problemen leben. Und ich habe doch in diesem Antrag sehr stark den Eindruck und auch vor allem der Wortmeldung von der Kollegin Dani Gmeinbauer, dass einfach bei bestimmten Menschen nicht gewünscht wird, dass sie sich im öffentlichen Raum aufhalten. Und dazu muss ich sagen, alle Menschen hier in Graz dürfen sich im öffentlichen Raum aufhalten. Das ist ihr gutes Recht und das ist das, wofür öffentlicher Raum da ist. Deswegen, das fand ich nämlich auch lustig an dem Antragstext, ist es auch keine Zweckentfremdung des öffentlichen Raumes, wenn dort jemand verweilt oder wenn dort jemand eine Decke ausbreitet. Es ist jetzt auch bei der Dani Gmeinbauer, also beim Bischofplatz, Thema. Also ich finde das irgendwie bemerkenswert, dass ihr anscheinend ein grundsätzliches Problem damit habt, wenn Menschen verweilen im öffentlichen Raum. Jetzt mag man darüber reden. Es gibt Menschen, die Lebenssituationen haben, die schwierig sind, die Unterstützung brauchen. Aber ich finde nicht, dass man diesen Menschen absprechen sollte, dass sie sichtbar sind und dass sie im öffentlichen Raum vorhanden sind. Gut, du kannst dich noch einmal zu Wort melden. Jedenfalls finde ich die Tonalität des Antrages nicht in der Form, wie sie sein sollte. Ich möchte aber damit abschließen, dass ich durchaus das Ansinnen sehen konnte, Menschen, die Unterstützung brauchen, auch diese

Unterstützung zu geben. Es ist gut, wenn wir in der Sache an einem Strang ziehen. Ich würde mir aber wünschen für alle Vertreter:innen parteiübergreifend, dass wir einfach eine Sprache finden, wenn wir über Grazerinnen und Grazer sprechen, die eben wertschätzend und nicht abwertend ist. Danke

StR Eber:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte zum Abschluss der Diskussion noch einmal kurz auf den Aspekt der Sauberkeit eingehen. Es hat jetzt nicht die dominante Rolle gespielt, aber im zweiten Punkt werde ich da ja auch doch angesprochen im Zusammenhang mit Holding und Sauberkeitsmessung. Zunächst einmal, die Holding Graz selbst hat eine sogenannte Kundenzufriedenheitsanalyse erstellt, woraus hervorgeht, dass 71 % der Befragten zufrieden sind mit der Leistung im Bereich Stadtraum, im Bereich der Grünanlagen sind es sogar 76 %, die zufrieden oder sehr zufrieden sind. Jetzt könnte man natürlich sagen, naja, ist eine eigene Umfrage, wer weiß, aber es gibt auch darüber hinausgehende Bewertungen. Es haben sich nämlich auch externe Experten und Expertinnen die Bemühungen der Stadt Graz angeschaut, hier eine saubere Stadt vorzufinden und Tatsache ist, erstmals wurde 2018 die Stadtreinigung zertifiziert mit einem internationalen Sauberkeitszertifikat. Dort gibt es eine Bewertungsskala von 1 bis 30, wobei 1 ist absolut sauber und 30 ist dann etwas weniger sauber, also ganz wenig sauber. Wir haben im Jahre 2018 immerhin 9,3 Punkte erzielt, also sind doch im vorderen Bereich eher gelegen. In der letzten Erhebung waren es dann sogar schon 8,6 Punkte und damit liegen wir in etwa im Bereich von Wien, Darmstadt und Düsseldorf, die ähnlich sauber sind. Und es gibt natürlich viele vergleichbare Städte von der Größe her, wo das deutlich geringer ist. Also, wo wir deutlich davorliegen. Klar ist jedenfalls auch, dass Sauberkeit immer ein bisschen ein subjektiver Eindruck ist und wenn man zwei, drei Mal irgendwie einen unordentlichen, unsauberen Fleck sieht, nachher bleibt es natürlich mehr hängen als dann, wenn man eh zufrieden ist. Den zweiten Punkt werde ich jedenfalls, sollte er angenommen werden, als Auftrag sehen, also da

gemeinsam mit der Holding Graz uns da weiter zu bemühen, entsprechend für Sauberkeit zu sorgen. Dankeschön.

GRⁱⁿ Sabine **Wagner**:

Konkret ein paar Kollegen, Kolleginnen ansprechen. Kollege Ammerer, weil du gesagt hast, dass es in anderen Städten dieses Problem auch gibt mit Suchtgift und so. Das ist natürlich klar, dass es das gibt. Aber ich sage auch, das muss nicht in der Stadt Graz sein. Wenn man versucht, gemeinsam als Stadt Graz Konflikte zu vermeiden, dann sollte man alles daransetzen, um das auch durchzusetzen. Und da muss ich mich nicht mit Städten vergleichen, wo das soziale Problem schlechter ist, sondern da sollte man vielleicht auf Städte schauen, wo das soziale Problem besser ist. Und ich möchte immer alles versuchen, um Konflikte zu vermeiden und auch im Vorfeld. Kollegin Reininghaus, es tut mir sehr leid, dass mir ein Fauxpas passiert ist, dass wir in unseren Antrag die Annenstraße nicht mithineingenommen haben. Da möchte ich mich gerne bei dir entschuldigen. Kollege Pascuttini, ich habe nirgends im Motivenbericht gelesen, dass mehr Streife gefahren werden muss oder dort mehr Polizei benötigt wird. Ich habe ausdrücklich im Motivenbericht stehen, dass die Kriminalität nicht grassierend ist, sondern sie ist existent, aber nicht in einem Bereich, wo man sagt, um Gottes Willen, da müssen jetzt sofort 100 Polizisten mehr in der Innenstadt patrouillieren. Und, Kollegin Wutte, wir haben eh gerade gesprochen, also das ist definitiv nicht meine Intention, dass ich sage, ich will die Menschen weg haben vom Platz. Um das geht es mir absolut gar nicht. Sondern, wenn ich das Leid dort sehe vor Ort, dann habe ich eher das Bedürfnis, den Menschen zu helfen, mit ihnen zu sprechen und wirklich alles zu versuchen, um die Menschen gut unterzubringen. Und das hat nichts damit zu tun, dass ich es einfach nicht sehen will an dieser Örtlichkeit, auf keinen Fall. Und das ist auch eine falsche Interpretation. Mein Ansatz war dieser, dass die Personen Verkehrsflächen zweckentfremden. Das bedeutet für mich nach der Straßenverkehrsordnung, dass ich in einer Fußgängerzone nicht am Boden sitzen darf mit Decken und etc. Ich darf auch auf keinem Gehsteig sitzen und ich darf auch auf

keiner Straße sitzen. Das heißt für mich Zweckentfremdung von Verkehrsflächen. Das möchte ich nur richtigstellen. Danke.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

Bgm.ⁱⁿ. **Kahr:**

Nein, meines Wissens ist dieser Abänderungsantrag nicht eingebracht worden. Ich habe eigentlich eine sehr gute Magistratsdirektion, die mir korrekt alles immer sagt. Danke, lieber Karl. Alles gut, und auch wenn es so wäre, hätten wir das natürlich im Nachhinein noch machen können.

9.3 Energiewende in Graz (GR Stefan Stücklschweiger, ÖVP)

GR Stücklschweiger:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe verbleibende Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Ich möchte eines vorwegschicken, ich bin kein Klimaexperte. Ich würde mir nicht einmal anmaßen, mir ein überbordendes Ausmaß an Mitsprachekompetenz in Themen, in denen die Kolleginnen und Kollegen der grünen Partei Experten sind, zu attestieren. Wo ich aber, glaube ich, wirklich gut bin, und das hefte ich mir an die Fahne, das ist die Neugierde, das ist der unbändige Wille zur Veränderung und das ist das Gehen, das dafür verantwortlich ist, Dinge anzupacken, zu machen und genau deswegen ist mir der Antrag so wichtig. Denn wir stehen im Moment in einer dezent paradox anmutenden Situation. Auf der einen Seite haben wir die energiepolitische Angst im Nacken sitzen. Was passiert, wenn uns Kriegsverbrecher von einem Tag auf den anderen den Gashahn zudrehen. Andererseits

ist es aber so, dass die Energiewende weltweit massiv an Tempo gewinnt. Global gesehen werden erneuerbare Energien und Dekarbonisierungs-Technologien laut der neuesten Global Energy Perspective Studie von McKinsey voraussichtlich fast das gesamte Investitionswachstum im Energiesektor ausmachen. Öl wird seinen Nachfragehöhepunkt bereits 2025 erreicht haben, die Kosten für Solaranlagen, Solarenergie haben sich seit 2017 halbiert und, was auch sehr beachtlich ist, bereits heute sind 61 % der neu installierten erneuerbaren Kapazitäten preiswerter als die fossilen Alternativen. Und dennoch, trotz der wirklich eindeutigen Anzeichen der Beschleunigung der Energiewende reicht das Tempo noch immer nicht aus, um das weltweit angestrebte 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Darüber hinaus hat die aktuelle Abhängigkeit von russischen Importen binnen kürzester Zeit weit verzweigt gewütet und trifft durch rapide Energiekostensteigerungen den Mittelstand und Unternehmen im alltäglich Leben mittlerweile ebenso. Wenn man genügend Realismus hat und genügend Selbstreflexionen und Ehrlichkeit, und zwar nicht nur unter uns Anwesenden selbst, sondern vor allem auch gegenüber den Grazerinnen und Grazern, dann werden wir festhalten müssen, dass man das russische Problem, das wir haben und die Gefahr eines kritischen Winters, eines vielleicht kalten Winters, zumindest kurzfristig nicht hier im Gemeinderat lösen werden können. Belassen wir also die Agenden der Bundespolitik auch tatsächlich beim Bund und kümmern uns um unsere Stadt. Es ist nämlich so, trotz der Vervierfachung des Anteils der Aufbringung aus erneuerbaren Quellen und Abwärme in den letzten fünf Jahren in Graz durch zahlreiche Maßnahmen, die dankenswerterweise auch noch einmal von Judith Schwentner und ihrem Team im ersten Teil des Klimaschutzplanes erwähnt wurden, und trotz der großartigen Arbeit der Arbeitsgruppe Wärmeversorgung Graz 2020/2030, bestehend aus der Energie Graz, der Energie Steiermark Wärme, der Holding Graz, dem Land Steiermark, der Grazer Energieagentur unter der Leitung des Grazer Umweltamtes, trotz dieser Vervierfachung gibt es wahnsinnig viel zu tun. Und Tun, das bedeutet machen und machen, das bedingt mehr, als lose Worte in Ankündigungen zu schreiben und Wahlprogramme. Machen, das bedeutet Ziele smart zu formulieren. Das kennen die Leute, die im Projektmanagement gearbeitet haben. Das bedeutet, sich mit

Menschen auszutauschen, und zwar nicht nur mit jenen, die sich selbst Experten nennen oder den Expertenstatus verliehen bekommen haben, sondern das bedeutet, sich mit der Masse der Bürgerinnen und Bürger auszutauschen und zwar deshalb, weil die langfristig unter bloßen Ankündigungen leiden werden. Und genau diese Einbindung der Menschen, die wird im Übrigen auch von der Mission klimaneutrale und intelligente Städte, der die Koalition ja bekanntlich beitreten möchte, gefordert. Und auf Nachfrage, also auf Nachfrage der Initiative und nicht bei der Koalition, hat man folgendes Statement zu hören bekommen: Die Stadtbewohner werden im Mittelpunkt dieser Mission stehen, dieser Mission klimaneutrale und intelligente Städte. Sie sind Produzenten und sie sind Verbraucher und sie haben einen enormen Einfluss auf die Umwelt und auf das Klima und können auch wahnsinnig viel für die Klimaneutralität tun. Und was ihr ja alle wahrscheinlich wisst, weil ihr es im 180-seitigen Klimaschutzplan gelesen habt und auswendig studiert habt, ihr wisst sicher, dass in Graz beispielsweise im Strom und im Wärmebedarf private Haushalte mit 28,2 % Emissions-Treiber Nr. 1 sind. Wir werden die Leute also brauchen. Was echtes Tun bedeutet, das zeigt im Übrigen auch wirklich vorbildlich die belgische Stadt Eeklo. Lustiger Name. Diese hat die Bevölkerung nicht nur innerhalb von Informationskampagnen eingebunden, sondern sie hat die Menschen auch direkt beteiligt, und zwar, und jetzt wird es spannend, auch wirtschaftlich, und zwar egal, welchen sozialen Status sie tragen. Sie haben sich an den Maßnahmen der Energiewende direkt beteiligt. Das nennt man dann Genossenschaft. Und ein wesentlicher Faktor in der positiven Transformation das wird auch die Aktivierung der GreenTech Szene, respektive Startups, sein. Da gibt es ein deutsches Vorzeigebispiel, das nennt sich Cloud&Heat, das ist ein Startup, das bis zu 90 % der Wärme von Serversystemen nutzt und wieder in den Heißwasserkreislauf von Gebäuden, die Rechenzentren betreiben, einführt. Da braucht man nicht einmal riesige Rechenzentren. Es gibt ein super Beispiel dafür, nämlich das Data Center in Frankfurt, das am ehemaligen Gelände der Europäischen Zentralbank platziert ist. Es geht ja schon mit ganz kleinen Serverräumen, die fast jedes mittelständische Unternehmen hat. Dann gibt es noch ein gutes Beispiel: das Jungunternehmen Backbone.one, das

sitzt in Wien. Das hat Solarenergie, macht Solarenergie für jeden zugänglich und macht Peer-to-peer-Handel und damit Energie auf unterschiedlichstem Skalierungsniveau zugänglich. Vielleicht kennen auch einige von euch, einige von den Anwesenden, das Konzept des Moonshot Thinkings. Das kommt von John F. Kennedy und hat dazu geführt, dass es die erste Mondlandung gegeben hat. Und dieses Moonshot Thinking das hat auch Eingang in die neumoderne Führungsintelligenz in Unternehmen gefunden, und Unternehmen ticken ja oftmals, und vice versa, wie Organisationen, politische Organisationen.

Ja, ihr habt ja vorher auch relativ lang geredet, ein paar Zeilen habe ich noch, dann bin ich fertig. Dankeschön für das Aufmerksam-Machen.

Beim Moonshot Thinking wird der Hauptaufwand in verhältnismäßig sicher zu erreichende Projekte investiert, aber, und das ist ganz wichtig, ein festdefinierter Teil der Zeit sollte in risikoreiche, echte Visionen und sogenannte Moonshots investiert werden. Und, Frau Bürgermeisterin, jetzt komme ich auch schon tatsächlich zu meinem Antrag. Weil ich der Meinung bin, dass wir in Graz hier so arbeiten sollten, stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

dringlichen Antrag:

1. Die Stadt Graz bekennt sich zur von der Arbeitsgruppe Wärmeversorgung Graz 2020/2030 erarbeiteten Dekarbonisierungsstrategie. Umweltstadträtin Judith Schwentner und Beteiligungsstadtrat Manfred Eber werden beauftragt, zusammen mit den zuständigen Stellen dem Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss und einen konkreten Umsetzungsplan und smart formulierten Zielen samt Finanzierbarkeitsprüfung bis zum Gemeinderat im September 2022 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
2. Umweltstadträtin Judith Schwentner wird bis zur Gemeinderatssitzung-Sitzung im September 2022 zur Ausarbeitung eines sozial gerechten Ansatzes der Energieautonomie mit Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung nach dem

Vorbild der belgischen Stadt Eeklo beauftragt. Und Frau Schwentner Sie kommen gleich noch einmal vor,

3. wir beauftragen Sie und wir sehen uns auch selbst in der Pflicht, gemeinsam mit Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler bis September 2022 eine Strategie zu entwickeln, wie GreenTech Startups nach dem Vorbild von Cloud&Heat und Backbone.one dabei nützen kann, eine raschere Energiewende in Graz herbeizuführen.

Vielen Dank.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Welt steht vor einer der herausforderndsten Zeiten des 21. Jahrhunderts. Einerseits sitzen Kriegsverbrecher an energiepolitischen Hebeln der Macht, den ersten Ländern wurde von Russland der Gashahn zugezogen, alltägliche Drohungen verbreiten in Europa die Angst vor einem kalten und dunklen Herbst. Andererseits gewinnt die Energiewende weltweit an Tempo. Global gesehen werden erneuerbare Energien und Dekarbonisierung-Technologien laut der neuesten Global Energy Perspective Studie von McKinsey voraussichtlich fast das gesamte Investitionswachstum im Energiesektor ausmachen. Öl wird seinen Nachfrage-Höhepunkt bereits 2025 erreicht haben, die Kosten für Solarenergie haben sich seit 2017 halbiert. Und bereits heute sind 61 % der neu installierten erneuerbaren Kapazitäten preiswerter als die fossilen Alternativen. Dennoch, in der prekärsten Energiemarkt-Krise seit Jahrzehnten und der Abhängigkeit von russischen Importen bei der Energieversorgung, steigen die Energiekosten rapide und sind längst beim Mittelstand sowie bei vielen Unternehmen zu einer enormen Herausforderung im alltäglichen Leben geworden. Was Lieferengpässe für die Grazer Bürger:innen und die regionale Wirtschaft zur Folge hätten, braucht keiner näheren Erläuterung zugeführt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtiger denn je, die Energiewende für unsere Stadt voran zu treiben. Dazu wird es notwendig sein, die vorhandene Fernwärmeversorgung noch weiter auszubauen und deren Erzeugung weiter auf erneuerbare Energieträger umzustellen. Trotz der Vervierfachung des Anteils der Aufbringung von Fernwärme aus erneuerbaren Quellen und Abwärme in den letzten fünf Jahren in Graz – z.B. Abwärmenutzung von Sappi und Marienhütte, Hackgut-Biomasseanlage in Hart, Power to Heat Anlage Thondorf, ... – ist Erdgas nach wie vor der wesentliche Energieprimärträger für die Fernwärmeversorgung in unserem städtischen Großraum. Eine Reduktion der Abhängigkeit ist zur Forcierung des Umweltschutzes und zur Gewährleistung einer krisenfesten Energieversorgung mit Preisstabilität unabdingbar und mit größtem Nachdruck anzustreben und zu verfolgen. Die von der Arbeitsgruppe Wärmeversorgung Graz 2020/2030, bestehend aus Energie Graz, Energie Steiermark Wärme, Holding Graz, Land Steiermark (Referat für Energietechnik und Klimaschutz) und der Grazer Energieagentur – unter der Leitung des Grazer Umweltamtes, auf ihre Realisierungsmöglichkeit nun fertig untersuchten Wärmeerzeugungsprojekte auf Basis erneuerbarer Energie bzw. Kraft-Wärme-Kopplung sind von Umweltstadträtin Judith Schwentner und Beteiligungsstadtrat Manfred Eber daher möglichst rasch einem konkreten Umsetzungsplan samt Finanzierbarkeitsprüfung zuzuführen.

In urbanen Räumen wird neben dem Ausbau der Fernwärme auch die aktive Integration der Bevölkerung einer der wesentlichsten Puzzleteile zur Veränderung sein. Genau diese Einbindung der Menschen wird im Übrigen auch von der Mission “Klimaneutrale und intelligente Städte” gefordert, der die Koalition beitreten möchte. Auf Nachfrage bekommt man nämlich folgendes Statement zu hören: “Die Stadtbewohner werden im Mittelpunkt dieser Mission stehen. Sie sind Produzenten und Verbraucher, politische Akteure oder Touristen. Sie haben enormen Einfluss auf Umwelt und Klima, können aber auch viel für die Klimaneutralität tun.” In Graz sind beispielsweise im Strom- und Wärmebedarf private Haushalte mit 28,2 % Emission -Treiber Nummer 1. Wie diese Einbindung funktionieren kann, zeigt die belgische Stadt Eeklo. Diese hat die Bevölkerung nicht nur durch Informations-

kampagnen eingebunden, sondern Menschen direkt, auch wirtschaftlich, an den Maßnahmen der Energiewende beteiligt.

Ein wesentlicher Faktor in der positiven Transformation wird auch die Aktivierung der GreenTech Szene, respektive relevanter Startups sein. Ein deutsches Vorzeigebispiel, das Unternehmen Cloud&Heat, nutzt bis zu 90 % der Wärme von Serversystemen, um diese in den Heißwasserkreislauf von Gebäuden, die Rechenzentren beherbergen, rückzuleiten – ein gutes Beispiel dafür: Das Data Center in Frankfurt, am ehemaligen europäischen Zentralbank-Gelände. Oder das Jungunternehmen Backbone.one, das Solarenergie für jeden zugänglich macht und Peer-to-peer-Handel der Energie auf unterschiedlichem Skalierungsniveau anbietet.

Möglichkeiten gibt es viele – rasches Handeln ist nicht nur auf Grund der aktuellen, sondern vor allem auch auf Grund der langfristigen, sehr großen und realistischen Gefahr, das 1,5-Grad-Ziel zu verfehlen, gefragt.

Genau deshalb stelle ich im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Die Stadt Graz bekennt sich zur von der Arbeitsgruppe Wärmeversorgung Graz 2020/2030 erarbeiteten Dekarbonisierungsstrategie. Umweltstadträtin Judith Schwentner und Beteiligungsstadtrat Manfred Eber werden beauftragt, zusammen mit den zuständigen Stellen dem Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss mit einem konkreten Umsetzungsplan und SMART formulierten Zielen, samt Prüfung der Finanzierbarkeit bis zum Gemeinderat im September 2022 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.*

2. *Umweltstadträtin Judith Schwentner und Finanzstadtrat Manfred Eber werden bis zur GR-Sitzung im September 2022 zur Ausarbeitung eines sozial gerechten Ansatzes der Energieautonomie mit Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung nach dem Vorbild der belgischen Stadt Eeklo beauftragt.*

3. *Umweltstadträtin Judith Schwentner wird beauftragt, gemeinsam mit Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler bis September 2022 eine Strategie zu entwickeln, wie GreenTech Startups nach dem Vorbild von Cloud&Heat und Backbone.one eine raschere Energiewende in Graz unterstützen können.*

GR DI Ram:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Grazerinnen und Grazer, lieber Stefan. Du weißt ja, wie du gerade vorher gesagt hast, du rennst bei uns offene Türen ein, natürlich. Das Thema ist natürlich dringend und drängend. Es ist natürlich schon so, und ihr wisst es natürlich, jetzt wo wir in diese Situation kommen, wo wir eigentlich kurz davor stehen, dass uns vielleicht sogar Russland das Gas abdreht. Jetzt kommen natürlich alle auf die Idee, jetzt brauchen wir schnell eine Energiewende. Ich will nicht auf das eingehen, wer das vielleicht schon seit vielen, vielen Jahren oder vielleicht Jahrzehnten fordert. Nichtsdestotrotz, das ist ein Thema, das ist wahnsinnig groß, es ist sehr wichtig und das ist eines, bei dem wir alle zusammen daran arbeiten sollten und da brauchen wir gute Ideen und ich greife das gleich auf. Da brauchen wir vor allem auch, dass wir ins Tun kommen, aber ins Tun. Dazu möchte ich vielleicht zu deinen Punkten was sagen. Ganz klar, der Punkt Nr. 1, es braucht ein Bekenntnis der Stadt Graz zur Wärmestrategie und zur Dekarbonisierung. Dazu gibt es übrigens auch schon ein Papier, wo das eigentlich alles schon formuliert ist, wurde auch schon von Energie Steiermark, der Energie Graz und der Holding unterzeichnet und es ist schon auf dem Weg, es wird vorbereitet, dass man das auch in den Gemeinderat bringt. Also, ganz klar. Zu Eeklo: Da muss man einfach vorsichtig sein. Es ist, glaube ich, auf der einen Seite ganz ein super Projekt, weil man da eben geschaut hat, dass man die Einwohner da beteiligt auch finanziell

und die damit einen wichtigen Beitrag leisten in der Energiewende. Man muss natürlich schon dazusagen, Eeklo, ein paar Daten habe ich da dazu, es sind 21.000 Einwohner, es sind sieben Prozent von Graz. Dort leben 708 Einwohner pro Quadratkilometer, bei uns sind es 2.282, und was vielleicht das Wichtigste ist, das liegt im Flachland und die profitieren ganz eklatant von Windrädern. Warum ich das sage? Es ist, glaube ich, auch ganz wichtig, dass man immer schaut, wo wir sind, und Graz hat eine ganz andere Ausgangssituation als z.B. Eeklo und das müssen wir einfach bei den ganzen Überlegungen miteinbeziehen. Da kommen wir schon zum dritten Punkt und da kommt jetzt das Tun. Innovation ist wahnsinnig wichtig. Ich komme übrigens auch aus der Startup-Szene und bin jemand, der voll in der Innovation dahintersteht. Aber das Tun bedeutet, wir wissen eigentlich, was zu tun ist. Wir brauchen Installation statt Innovation und die nächsten Jahre sollten wir uns damit beschäftigen, dass wir wirklich ganz wichtige Dinge tun. Da geht es zuerst um Energieverschwendung beenden, dann alternative Energieformen ausbauen und wir wissen, was das ist. Das ist Solar, das ist Wind, das sind alternative Formen der Heizung, wie z.B. Biomasse und, auch ganz ein wichtiger Punkt, der jetzt selten gesagt wird, wir brauchen saisonale Speicher, weil wir einfach im Winter viel weniger Energie zur Verfügung haben als im Sommer und das sind sehr große Herausforderungen. Damit, lieber Stefan, unbedingt, wir stimmen der Dringlichkeit zu, werden aber einen Abänderungsantrag einbringen und mehr oder weniger den ersten Punkt annehmen. Danke.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Lieber Stadtsenat, lieber Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen, Zuhörer, lieber Antragsteller. Ich maße es mir jetzt an, eine Expertise einzubringen, nachdem ich seit dem Jahr 1999 endlich die Energiewirtschaft mein Zuhause nennen darf und ich mich doch ein bisschen auskenne. Du hast viel gesagt, viel aus dem Startup-Bereich, das seine absolute Berechtigung hat. Es sind viele Ansätze gefallen, die im Kleinen gute Ansätze sind innovativ nett, allerdings jetzt sind wir in Graz. Und Graz ist ein bisschen größer, wie wir schon gehört haben und Graz hat ein bisschen eine andere

Vorgeschichte, eine Infrastruktur und einen Istzustand. Und von der Dringlichkeit brauchen wir, glaube ich, nicht reden. Es braucht eigentlich schon seit vorgestern Konzepte und Themen. Wir müssen jetzt allerdings von heute ausgehend die richtigen wählen, wie wir auch den Schritt in die Zukunft gehen und ein Datacenter in der Größe wie in Graz einer Kosten-Nutzen-Analyse wirtschaftlich standhalten wird, fällt mir jetzt auf die Schnelle keines ein. Moonshots Thinking ist ein großartiges Schlagwort, in der Energiebranche fällt es aber meistens als nice to have in der Innovationsabteilung, weil die Energiebranche und jetzt egal, ob man von Strom, Gas, Fernwärme oder was auch immer reden, andere Voraussetzungen hat als so manch neue moderne Branche, die auch mehr Zukunftsthemen leichter behandeln kann. Wir haben nämlich im Hintergrund eine Gesetzeslage und so, was manches Moonshot Thinking nicht berücksichtigt, ist, dass es am Ende des Tages eine Elektrizitätsnovelle gibt und andere diverse Gesetze. Backbone.one, auch ein nettes Beispiel. Ich kenne allerdings den echten Backbone der österreichischen Energieszene und da reden wir auch wieder von anderen Sachen. Lange Rede, kurzer Sinn: Dringlich ja, inhaltlich sollte man ein bisschen solider denken. Sollte man die Ausgangslage von Graz hernehmen, sollten wir realistische Ziele mit den gegebenen Grundlagen hernehmen, statt uns in innovativen Ideen verlieren, die uns am Ende des Tages vielleicht nicht so schnell voranbringen, vor allen Dingen nicht in dem Ausmaß voranbringen, wie wir wirklich die Ziele setzen sollten, damit uns die Energiewende zumindest in Graz gelingt.

Dankeschön.

GR Mag. Winter:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Die ÖVP bringt jetzt einen Antrag zur Energiewende in Graz ein. Man könnte den Satz auch ganz anders formulieren: Das politische Chamäleon ÖVP war zuerst schwarz, dann türkis und versucht jetzt, etwas grün zu sein. Das ist völlig unglaubwürdig und das glaubt ihnen wirklich kein Mensch. Kommen wir aber zum Inhalt dieses Antrages. Wir als FPÖ haben immer eine klare energiepolitische Linie verfolgt, nämlich die Energie-Autarkie in diesem Land. Und ein

Teil dieser Energieautarkie, da werden wir wahrscheinlich gemeinsam einig sein, ist ein Ausbau von erneuerbaren Energieträgern, sprich Sonne, Wind, aber auch Wasserkraft. Sie haben aber in Ihrem Antrag, Herr Kollege Stücklschweiger, zwei Forderungen gemeinsam, die so nicht gemeinsam zu konstruieren sind. Die eine ist nämlich eine krisenfeste Energieversorgung, und auch das muss in unserem gemeinsamen Interesse sein, und gleichzeitig fordern Sie aber auch diese Umsetzung der Dekarbonisierungsstrategie und das ist insofern nicht gemeinsam durchführbar, weil eine reine Versorgung mit erneuerbaren Energiequellen ist nicht energiesicher. Und solange wir gegenwärtig nicht die Speicherkapazitäten für große Energiemengen haben, ist eine reine Energieversorgung aus erneuerbaren Energien eben sehr, sehr anfällig. Was ist das Problem bei erneuerbaren Energien? Es gibt Zeiten, da ist ein starker Wind, Sonne und viel Wasser gegeben. Da hat man eine Überkapazität und in anderen Zeiten hat man genau das Gegenteil, nämlich de facto keine Sonne, de facto keinen Wind und sehr, sehr wenig Wasser und da hat man eine Unterversorgung. Das heißt, man braucht gleichzeitig gewisse grundlastfähige Energieträger, die vielfach auch fossil sind, um diese Spitzen nach oben und nach unten auszugleichen. Und nur wenn das gegeben ist, können wir auch eine krisenfeste Energieversorgung sicherstellen und das muss in unserem obersten Interesse sein. Für uns als FPÖ ist daher klar, die Krisenfestigkeit der Energieversorgung muss oberste Priorität haben. Wir brauchen einen stabilen und wir brauchen auch einen diversifizierten Mix aus verschiedenen Energieträgern. Und eines ist auch klar, wir werden diese Versorgungssicherheit, wir werden diese Energiesicherheit nicht für irgendwelche Klimamärchen einer Greta Thunberg opfern und das ist unser Standpunkt und den werden wir auch so einfordern.

GRⁱⁿ Herlicska:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und werte Zuhörerinnen und Zuhörer, die noch zu Hause dabei sind. Ich möchte mich zu diesem Antrag zur Energiewende in Graz von der ÖVP zur Dringlichkeit zu Wort

melden. Wie die ÖVP auch mittlerweile erkannt hat, ist die Energiewende unabdingbar. Anbetracht des von Menschen geschaffenen, von Gewinnorientierung angefeuerten Klimawandels, den wir jeden Tag beobachten können und natürlich noch einmal verschärft dargestellt durch die Abhängigkeit, die wir haben, von Kriegstreibern, die unsere umweltschädlichen Rohstoffe an uns verkaufen und von denen wir abhängig sind. Ich möchte mich noch einmal darauf beziehen, wie dringlich diese Energiewende ist. Die Energiewende ist so dringlich, dass wir uns besser vorgestern damit beschäftigen als heute. Und zwar es ist so dringlich, dass wir auch schon dankenswerterweise einstimmig in der letzten Gemeinderatssitzung den Klimaschutzplan beschlossen haben. Das ist eine tolle Sache und gibt uns die Möglichkeit, in Graz uns dieser Energiewende und der damit verbundenen Dekarbonisierung unseres Fernwärmebedarfs annehmen können. Und zwar ist es so dringlich, dass bereits im Umweltamt und in den zuständigen Stellen sich mit dieser Dekarbonisierungsstrategie auseinandergesetzt wird. Ich denke, mittlerweile waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Klubs und haben ihre Ideen, die gerade geprüft werden, dort vorgestellt, und auch im Umweltausschuss. Am Montag haben wir ein Update zu diesem Thema bekommen. Also kann ich nur sagen, ja, dieses Thema ist äußerst dringlich. Wir werden dieser Dringlichkeit als KPÖ zustimmen und ich hoffe, dass man es uns da auch gleichtut und wir weiterhin an einer Energiewende für Graz und dem Null-CO₂-Ziel 2040 uns wieder besser näher können. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich würde gerne gleich nahtlos anschließen der Kollegin Herlicska. Genau das ist es, dass wir in der letzten Situation den Klimaschutzplan Nr. 1 gemeinsam beschlossen haben. Das war ja sehr erfreulich, dass es einstimmig war und damit einhergehend ein ziemliches Vorhaben gemeinsam schultern wollen. Erstens einmal den

Klimaschutzplan 2, der mehr oder weniger alle Abteilungen der Stadt Graz, also das gesamte Haus Graz, dazu committen soll, Maßnahmen zu setzen, damit wir klimaneutral werden. Zum anderen die schon erwähnte Dekarbonisierungsstrategie, die in Vorbereitung ist und die ja auch ein sehr ambitioniertes Vorhaben ist. In diesem Fall, deswegen hat auch meine Fraktion nicht nur der Dringlichkeit aus dem gleichen Ansinnen zugestimmt, sondern auch dem ersten Punkt. Wir arbeiten eben schon an dieser Strategie. Mindestens so SMART, wie es da steht in Großbuchstaben, nämlich zeitgemäß angemessen, spezifisch, messbar, alles das ist auch im Vorhaben des Klimaschutzplanes 1 drinnen und wird auch im 2-er einfließen. Also, wir tun. Ich freue mich über die Unterstützung, wenn alle mittun, nämlich alle Abteilungen. Das betrifft ja auch über die Koalition hinausgehend alle Ressorts, Wirtschaft, Tourismus, die Unternehmen in der Stadt bis zu dem Einzelnen und der Einzelnen. Wo man bei der Stadt Eeklo wären, da ist wirklich die Vergleichbarkeit nicht gegeben. Das kann kein Vorbild für uns sein. Eine Stadt, wo ich einfach nichts miteinander vergleichen kann. Es gibt bei uns keinen Wind, die speisen ihre Energie in erster Linie aus Windenergie ein zum einen. Zum anderen diskutieren wir ja auch gerade alle Möglichkeiten, die es gibt in Bezug auf Dekarbonisierungsmöglichkeiten und Unabhängigkeit vom russischen Gas. Es war schon in der Zeitung, energetische Reststoffverwertung, und im Gegensatz zu Eeklo, die haben nämlich so etwas, aber ohne Abwärmenutzung. Das heißt, die heizen 70 % in die Luft wieder. Wir würden das aber gerne nutzen, sollten wir soweit kommen zu dem Beschluss, das wirklich umzusetzen. Also wir prüfen alles, was möglich ist und bleiben auf dem Weg, das machen wir auch mit den Klimaschutzplänen und da freue ich mich über Unterstützung. Zum dritten Punkt, was die Wirtschaft anbelangt, der erwähnte Kollege Riegler und ich sitzen in der Generalversammlung, ich glaube, nächste oder übernächste Woche des GreenTech Clusters. Das gibt es und nicht weniger meint der Werner Prutsch, den wir da zitiert haben in Bezug auf Installation statt Innovation. Wir müssen einmal die Dinge auf den Boden bringen und umsetzen und nicht immer wieder neue innovative Dinge denken, die eh ein GreenTech Cluster macht und die eigentlich in ständiger Verbindung mit der Stadt Graz sind, wo wir so versuchen, auch neue innovative Ideen aufzugreifen und mitreinzunehmen. Also im

Grunde haben wir das und es wäre jetzt tatsächlich doppelt gemoppelt, uns noch einmal an einer neuen Strategie zu committen, wenn wir das haben. Ich freue mich über jede Unterstützung. Wir sehen die Dringlichkeit alle gemeinsam, wie wir wollen unabhängig werden. Nicht nur vom russischen Gas, sondern natürlich auch die Klimawende bzw. Klimakrise schaffen gemeinsam. Deswegen danke für den Antrag, aber Verständnis dafür, dass nicht alles geteilt wird, was drinnen steht. Danke.

GR DI Topf:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte eine Lanze brechen für die Innovation, die diesem Antrag auch zugrunde liegt. Es sind durchaus tolle Ideen, die der Kollege Stücklschweiger hier uns nahegebracht hat. Ich habe viel gelernt dabei, muss ich jetzt ganz klar sagen. Es geht aber darum, dass ich, wenn ich den Antrag oder den Abänderungsantrag der Grünen vom Kollegen Ram, der noch vielleicht eingebracht wird, jedenfalls mir ist er zur Kenntnis gebracht worden. Dann ist es ja eigentlich der Punkt 1, der zur Gänze mehr oder weniger abgeschrieben wurde. Das SMART fehlt halt, mir hätte SMART gut gefallen und was mir aber fehlt, die Zeitkomponente. Es steht da nirgends drinnen, bis wann wir sozusagen ins Tun kommen. Der Kollege Ram schreibt, wenn das tatsächlich der Abänderungsantrag ist, den ich jetzt habe: Die Stadt Graz bekennt sich zur von der Arbeitsgruppe, ganz gleich wie der Kollege Stücklschweiger das gesagt hat, Wärmeversorgung 2030 erarbeiteten Dekarbonisierungsstrategie. Umweltstadträtin Judith Schwentner und Beteiligungsstadtrat, alles ist da, zusammen mit den zuständigen Stellen dem Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss mit Zielvorgaben, Umsetzungsplan und der Prüfung der Finanzierbarkeit zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Jetzt haben wir gesagt, wir müssen endlich ins Tun kommen. Es gibt ja einen Zeitplan, die Frau Vizebürgermeisterin hat ja den Zeitplan sozusagen umrissen, der ja im Stadtsenat besprochen wurde und der natürlich auch, auch das wurde von der Vorsitzenden richtig gesagt, auch im Umweltausschuss angesprochen wurde. Mir ist es wichtig zu diesem Punkt 1, dass wir auch eine zeitliche

Komponente drinnen haben. Das fehlt im Abänderungsantrag. Also mir ist es wichtig, dass ich ganz klar sage, ja, wir stimmen dem Abänderungsantrag natürlich auch zu, weil der ist ja deckungsgleich mit dem Punkt 1 vom Kollegen Stücklschweiger. Aber die zeitliche Komponente ist nicht drinnen. Also bitte schon dazu auch sagen, dass wir zumindest bis zum September mit den ersten Schritten von Umsetzungsstrategien durchaus beginnen müssen. Denn ist ja auch das richtig angesprochen worden, wenn wir an energetische Reststoffverwertung denken oder an Projekte, die also eine Vorlaufzeit, ist sage es einmal ein bisschen vorsichtig, von fünf bis zehn Jahren haben, was die Umsetzung und die Bewilligung und Genehmigung betrifft, dann müssen wir sofort damit anfangen. Das wollte ich nur noch einmal sagen. Die zeitliche Komponente bitte, lieber Kollege Ram, nimmst hinein, dann können wir den Abänderungsantrag, der nachher eigentlich wortgleich ist mit dem Punkt 1, durchaus zustimmen.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Sie werden wahrscheinlich den Abänderungsantrag noch einbringen, der wahrscheinlich der Schriftleitung... liegt der vor? Passt, ok.

GR DI **Ram:**

Tut mir leid, ich muss noch den Abänderungsantrag extra einbringen. Er liegt ja schon vor. Ganz kurz dazu. Natürlich arbeiten wir daran, dass das so schnell wie möglich passiert. Wir wollten jetzt den September jetzt da nicht mitreinnehmen, auch in Abstimmung mit den Umweltamt etc., weil es eben da noch einige Dinge gibt, die abzustimmen sind. Aber glauben Sie uns, von unserer Fraktion und allen, die da beteiligt sind, unser Ziel ist es, dass man das so schnell wie möglich über die Bühne bringt, weil es eben dringend und drängend ist. Eben. Ich bringe den

ein:

Die Stadt Graz bekennt sich zur von der Arbeitsgruppe Wärmeversorgung Graz 2020/2030 erarbeiteten Dekarbonisierungsstrategie. Umweltstadträtin Judith Schwentner und Beteiligungsstadtrat Manfred Eber werden beauftragt, zusammen mit den zuständigen Stellen dem Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss mit Zielvorgaben, Umsetzungsplan und der Prüfung der Finanzierbarkeit zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Danke.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Der dringliche Antrag möge wie folgt abgeändert werden:

Die Stadt Graz bekennt sich zur von der Arbeitsgruppe Wärmeversorgung Graz 2020/2030 erarbeiteten Dekarbonisierungsstrategie. Umweltstadträtin Judith Schwentner und Beteiligungsstadtrat Manfred Eber werden beauftragt, zusammen mit den zuständigen Stellen dem Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss mit Zielvorgaben, Umsetzungsplan und der Prüfung der Finanzierbarkeit zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

GR Stücklschweiger:

Vielen Dank für die Wortmeldungen. Ich fange beim Kollegen Winter an, weil es einfach nur für Kopfschütteln gesorgt hat, was Sie gesagt haben, Herr Kollege. Also vom Klimamärchen zu sprechen, kommen Sie einmal im 21. Jahrhundert an, würde ich vorschlagen. Das ist fast ein bisschen peinlich, so eine Wortmeldung von sich zu geben, und wenn Sie die ÖVP ein Chamäleon nennen, dann kann ich euch nur empfehlen, mal nachzuschauen, was Entwicklung bedeutet. Wir versuchen, uns fortzubewegen, wir versuchen, uns zu entwickeln und wir versuchen, uns den Zuständen und den Umständen gerecht gut in die Stadt Graz einzubringen. Lieber David, ich habe deinen Abänderungsantrag irgendwo. Als ich den aufgeschlagen habe, habe ich zuerst

gedacht, du hast einen Copy-and-Paste-Fehler gemacht, so viel fehlt. Dann ist er irgendwie deckungsgleich, aber irgendwie ist die Jahreszahl nicht drinnen. Da ist dann ein bisschen der Gedanke aufgekommen, das mit dem SMART ist nicht überall ganz angekommen und, Frau Schwentner, das ist nicht großgeschrieben, damit es besonders schön heraussticht, sondern das hat einen Grund. Ja, Sie haben das *terminiert* vergessen und das ist das Entscheidende. Das fehlt halt da drinnen, aber ok. Es geht lediglich darum, dass es schön wäre, den Leuten da draußen zu sagen, bis wann ihr das alles umgesetzt haben wollt. Aber ok. Lieber David, dann habe ich gedacht, das entzaubert den Einsatz, weil ich es wirklich nicht fassen können, das gerade du, der aus der Startup-Szene kommt, der als innovativer Geist in der grünen Fraktion mit sehr viel Vorschusslorbeeren überhäuft worden ist, auch von anderen Fraktionen, dass du wirklich hergehst und diesen dritten Punkt herausnimmst, das kann ich wirklich überhaupt nicht nachvollziehen. Das enttäuscht mich fast ein bisschen persönlich, muss ich sagen. Aber gut, persönliche Befindlichkeiten haben da herinnen nichts verloren. Ich möchte das aber ...

Unverständliche Zwischenrufe.

GR Stücklschweiger:

Ich möchte das auf jeden Fall festhalten, dass sich vor allem die Koalition allgemein, aber vor allem die Grünen gegen GreenTech Innovationen und gegen das Einbinden von Startups verwehrt. Das muss man so schon festhalten. Und was den Vergleich mit Eeklo betrifft, also ich höre immer nur, geht nicht, geht nicht, geht nicht, ist zu klein. Es geht auch rein um die Denkweise. Es geht lediglich darum, sich die guten Dinge abzuschauen. Entschuldige, wir wissen, dass wir in Graz keine Windradl aufstellen können. Das wissen wir schon lange. Das weiß ich auch, um das geht es überhaupt nicht. Es geht lediglich um den Ansatz und, wenn Sie sich das genau angeschaut haben, da ist es um die soziale Komponente gegangen und nicht um die Windräder. Aber gut,

ich halte fest, dass man sich Innovation verwehrt und dass wir lieber die Dinge umsetzen, die man hat und hoffe, bleibe trotzdem, ich bleibe voll der Hoffnung, dass sich das verändern wird. Danke auf jeden Fall, dass der Dringlichkeit, das wäre noch die größere Überraschung gewesen, zugestimmt worden ist.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

9.4 Bezirksdemokratie bewerten und aufwerten (KO GR Karl Dreisiebner, Grüne)

KO GR **Dreisiebner**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich greife das Wort Innovation auf. 2023 ist es 40 Jahre, dass in Graz die Bezirksräte als bei der Gemeinderatswahl noch zusätzlich gesondert durchgeführte Wahl in den zuerst 16, dann 17 Bezirken gewählt worden sind und quasi ein Bezirksparlament bilden. In diesen 40 Jahren hat natürlich diese Bezirksdemokratie vieles erreichen können. Viele Menschen vor allem erreichen können, und Bezirksrätin, Bezirksräte, Bezirksvorsteherinnen und -vorsteher von allen Fraktionen sind natürlich auch sehr nahe und gut erreichbare Ansprechpartner für die Menschen direkt vor Ort in den einzelnen Grätzeln. Ich selber konnte auch, durfte auch, von 2003 bis 2011 als Bezirksrat in meinem Bezirk Lend tätig sein und habe dadurch nicht nur einen gewissen theoretischen Zugang, sondern auch einen praktischen und ich sehe hier auch einige andere Leute, die selber Bezirksrätin, Bezirksrat oder auch Bezirksvorsteherin, Bezirksvorsteher waren und jetzt im Gemeinderat tätig sind. Der Bezirksrat, nehme ich an, wurde damals, ich war ja nicht dabei in diesen Jahren 1980 usw., wurde damals wahrscheinlich ein bisschen nach dem Vorbild der Wiener Bezirksratsdemokratie gegründet. Ist aber eigentlich durch das Faktum, dass man keine Umsetzungsmöglichkeit, sondern nur eine Beantragungsmöglichkeit an die Abteilungen, an die Stadtregierung usw. hat, ist da ein

bisschen etwas weggeblieben von dem, was in Wien passiert. In Wien kann ich versuchen, eine Straße umzugestalten, eine Verkehrslösung zu ändern. Ich kann auch auf die Planungsexpert:innen und Abteilungen zugreifen der Stadt Wien und ich kann in Kooperation bzw. auch mit eigenen Budgets da sehr viel bewegen. In Graz habe ich ein erstens sehr geringes Budget und zweitens nur die Möglichkeit, Bezirkswünsche, Wünsche von Menschen, Personengruppen aufzugreifen einerseits und andererseits gewisse Dinge finanziell zu unterstützen. Es sind meistens karitative, soziale, kulturelle Tätigkeiten, die da ein bisschen eine Bezuschussung erfahren. Dieses Nichtumsetzenkönnen führt vielleicht dazu, dass es doch eine große Anzahl an Aktivitäten gibt, an Anträgen, die im Grunde Petitionscharakter haben. So muss man es ganz ehrlich sagen. Denn diese Anträge werden dann in den Abteilungen bearbeitet. Oftmals gibt es dafür kein Budget, keine fachlichen Ressourcen, weil es nicht möglich ist, in den Abteilungen alles abzuarbeiten. Das geht in die hunderten Anträge über alle diese Bezirke oder Petitionen, wenn man es so benennen will und wir sollten und wollten, und jetzt komme ich auf einen wichtigen Punkt zurück, in der Klubobleutekonferenz 2020 und dann vor allem 2021, einige der damaligen Klubobleute sind jetzt noch Klubobleute und hier im Haus, andere sind neu, wir wollten und haben dazu schon Bezirksvertreter:innen von jeder Fraktion dabei gehabt. Wir haben juristische Beratung von der Präsidialabteilung gehabt. Wir wollten als Anlass dieser 40 Jahre in einem großen oder größeren Prozess, der eine große Beteiligung, vor allem für Bezirksrät:innen, aktive Bezirksrät:innen, aber auch die Menschen in den Bezirken und natürlich auch die Expert:innen aus den Fachabteilungen, natürlich auch wir als Gemeinderät:innen, mithineinnehmen soll in eine... Ich habe das Wort nicht hineingeschrieben, weil ich es nicht so quasi irgendwie festmachen wollte, in einer Art von Symposium oder Veranstaltungsreihe oder wie auch immer gesonderte Arbeitsgruppen. Aber auf jeden Fall von größerem Ausmaße, das heißt, von jeder Partei sollen mehrere Menschen auch von allen Ebenen dabei sein, Bürger:innen sollen dabei sein, externe Expert:innen vielleicht sogar aus Wien sollen dabei sein, in diesen Prozess hineinzustarten. Das war das Motiv damals, das haben wir auch in den Koalitionsvertrag übernommen. Die KPÖ, die SPÖ und die Grünen und wir haben

damals über diese drei Parteien hinaus auch mit der ÖVP und mit der FPÖ bzw. Neos eine entsprechende gute Stimmung in diese Richtung gehabt. Sollen Bezirke mehr tun dürfen? Was sollen sie mehr tun dürfen? Vielleicht sollen sie auch die Möglichkeit bekommen, um mit einem gewissen Budget einen Baum zu pflanzen, um mit einem gewissen Budget Spielgeräte auszutauschen und Ähnliches mehr. Ich will die Fantasie hier weder beengen noch zu weit fassen, das soll das Ergebnis des Prozesses sein. Weil das, was wir jetzt haben vor allem, und da redet bitte auch mit euren Kolleg:innen in den Bezirken, nicht nur große Zufriedenheit auslöst. Und in diesem Sinne und in der Hoffnung auf einen großen, lebendigen Demokratie aufwertenden Prozess stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Die für die Präsidialabteilung sowie für die Magistratsdirektion zuständige Frau Bürgermeisterin sowie die für Bürger:innenbeteiligung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner mögen mit den genannten Ämtern eine Vorgangsweise erarbeiten, um im Verlauf des Jahres 2023 mit der Stadt, mit der Bezirkspolitik, mit der Verwaltung, mit Expert:innen, mit der Bevölkerung Reformen, Verbesserungen, weitere sinnhafte Maßnahmen auf der genannten Ebene auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen. Dieses soll als Konzept dem Verfassungsausschuss bis Oktober 2022 als Vorschlag für ein Prozedere unterbreitet werden. Ich ersuche um rege Diskussion und um Annahme. Dankeschön

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Im nächsten Jahr ist es 40 Jahren her, dass zum ersten Mal die 17 Grazer Bezirksvertretungen gewählt wurden. Die Stadt schuf damit gewählte Vertretungen, die sich speziell mit den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen in ihrem Wohnumfeld und in ihrem Grätzl beschäftigen. Deren Wünsche und Anliegen sollten in den Bezirksratssitzungen diskutiert und unterstützt und in der Folge an

Stadtverwaltung und Stadtpolitik herangetragen werden. Darüber hinaus wurden die 17 Bezirksparlamente mit kleinen Budgets ausgestattet, um Unterstützungs- und Solidaritätsmaßnahmen im jeweiligen Bezirk zu ermöglichen.

Bei dieser Konzeption wurde jedoch außer Acht gelassen, dass es außer dem Mittel des Antrages im Bezirksrat wenig Möglichkeiten für Bezirksvorstehungen und Bezirksrät:innen gibt, Projekte, die als wichtig und vordringlich erachtet werden, bei den Ämtern und Abteilungen der Stadt einzubringen und deren Realisierung voranzutreiben. Faktum ist, dass auf Basis eines Bezirksratsbeschlusses keine Baumpflanzung, kein Austausch von Spielgerät auf einem öffentlichen Spielplatz oder keine noch so kleine Verkehrsmaßnahme vom Bezirksrat selbst veranlasst werden kann. Dazu benötigen unsere Bezirksvertreter:innen immer die Zustimmung der Fachämter und der Politik, sowie die von der Politik freizugebenden budgetären Mittel. Die Idee, direkt vor Ort, im Bezirk, im Grätzl Veränderungs- und Verbesserungswünsche aufzunehmen und diese dann auch unbürokratisch und auf kurzem Weg umzusetzen, geht nicht auf. So weit so schlecht.

Viele Bezirksrät:innen stellen innerhalb einer Periode eine große Zahl an Anträgen an die Stadtverwaltung und belasten diese - verstärkt um den Faktor 17 – mitunter recht stark, da ja jeder Antrag beantwortet werden soll. Die Ergebnisse im Sinne der Antragsteller:innen und somit vieler Menschen im Bezirk werden aber in den seltensten Fällen spürbar. Es fehlt oft am Budget, da in den Fachabteilungen und in der Holding dafür keine Mittel vorgesehen sind, es fehlt an der politischen Einigkeit mit der:dem politisch Zuständigen in der Stadtregierung und es fehlen manchmal auch die Ressourcen in den Abteilungen für die Umsetzung. Vieles läuft also nicht so, wie es sich die Erfinder:innen der Bezirksparlamente 1983 vielleicht vorgestellt hatten, jedenfalls aber manche aktive Bezirksrät:innen es gerne hätten.

Mutmaßlich beabsichtigten die Erfinder:innen der Grazer Bezirksdemokratie mit den 17 Bezirksparlamenten eine Light-Variante der Wiener Bezirksdemokratie. Nun wissen wir aber, dass auch Limonaden mit dem Produktlevel „Light“ versehen oft weder gesünder, bekömmlicher oder wohlschmeckender sind, auch demokratische Institutionen können

in solchen „Light-Varianten“ mitunter schal schmecken. So ist es auch mit der nun beinahe 40 Jahre geübten Bezirksdemokratie, kaum jemand ist wirklich zufrieden mit der derzeitigen Praxis. Die Erwartungen der Bürger:innen werden oft enttäuscht, jene der gewählten Bezirksmandatar:innen detto. Und neben der steigenden demokratiepolitischen Unzufriedenheit vieler Aktivbürger:innen, Bürger:inneninitiativen und der Bürger:innen, die sich in den vergangenen Jahren im Zuge von städtischen Beteiligungsprojekten eingebracht und engagiert haben, nimmt der Zweifel an den demokratischen Institutionen und oft auch ein regelrechter Demokratieverdruss bei immer mehr Grazer:innen zu.

40 Jahre vom Volk gewählte Bezirksratsgremien und die Bezirksrät:innen, die sich ehrenamtlich für ihren Bezirk einsetzen, haben sich eine Reform und Aufwertung der Bezirksdemokratie in Graz verdient. Dieses System ist schon länger nicht mehr am Puls der Zeit und steht eventuell in einer gewissen Konkurrenz zu Bürger:innenbeteiligungsformaten und dem wachsenden Engagement von motivierten Bürger:innen. Der große Wert unserer Demokratie ist uns allen sehr bewusst, die Schwächen und die Defizite gewachsener und vielleicht verwachsener Systeme und Institutionen im demokratischen Gefüge sollen und dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, das wäre kein guter Dienst an unserer demokratischen Verfassung. Daher ist es hoch an der Zeit, uns gemeinsam fundiert mit unseren Bezirksräten auseinanderzusetzen und Möglichkeiten für mehr Mitbestimmung und Mitgestaltung zu entwickeln.

In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Die für die Präsidialabteilung sowie für die Magistratsdirektion zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr sowie die für Bürger:innenbeteiligung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner mögen mit den genannten

Ämtern eine Vorgangsweise erarbeiten, um im Verlauf des Jahres 2023 – anlässlich 40 Jahre Volkswahl der Grazer Bezirksratsgremien – mit der Stadt- und Bezirkspolitik, mit der Verwaltung, mit Expert:innen und mit den Grazer:innen Reformen und Verbesserungen der Bezirksrät:innen zu diskutieren und auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen. Dem Verfassungsausschuss möge bis zum Oktober 2022 ein entsprechender Vorschlag für ein Prozedere unterbreitet werden.

GRⁱⁿ Hopper:

Vielen lieben Dank, geschätzte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Herrschaften im Livestream und insbesondere lieber Karl. Vielen lieben Dank für diesen Antrag, und ich kann von unserer Fraktion sagen, wir stehen zu 100 % hinter deiner Forderung, die Bezirksdemokratie aufzuwerten und einige der Aspekte, die du schon sehr ausführlich umschrieben hast, tatsächlich auch einmal zu regeln und zu schauen, was geht, was kann man mehr zumuten und was geht sich vielleicht auch nicht aus. Ich glaube, da muss man einen ehrlichen Diskurs führen. Wir sind 100 % dafür, dass das auch passiert. Zu 100 % sind wir auch deiner Meinung, und das hast du in deinem Forderungstext drinnen, dass die zuständigen beiden Stadträtinnen sich damit befassen sollen. Wieso man jetzt genau einen Antrag dazu braucht und das jetzt nicht, wenn du eh schon gesagt hast, dass das aus der Koalition heraus eh schon beschlossen ist und nicht einfach angegangen werden kann, verstehe ich zwar nicht ganz, aber soll so sein. Ich möchte aber schon gleichzeitig ein paar Sachen noch festhalten, die bei mir einfach ein gewisses Gefühl der Unglaubhaftigkeit auch auslösen und möchte ich auch ganz bewusst so formulieren, weil ich mir aufgrund einer paar Punkte einfach nicht immer ganz sicher bin, ob das jetzt ein Marketinggag ist, dass man das noch einmal groß thematisiert in der Gemeinderatssitzung und nicht einfach angeht oder ob es euch tatsächlich wichtig ist. Und ich möchte ein paar Punkte davon anführen: Und allererstens, und ich glaube, das ist der Allerwichtigste, wenn man sagt, ok, Bezirksdemokratie ist uns wichtig, die Bezirksräte sind uns wichtig und wir wollen das ganz ernst nehmen. Dann muss man aus unserer Sicht auch die Wahlergebnisse

von Bezirksratswahlen und die Mehrheiten, die sich daraus ergeben, ganz ernst nehmen und sollte hier nicht einfach drüberfahren, weil es gerade lustig ist. Wir haben Wahlen nicht, damit wir dann sagen können, ok passt, wir bauen da etwas um und wenn es Mehrheiten gibt, die auf Biegen und Brechen umzusetzen, ist ein Punkt, wo ich daran einfach zweifle, dass euch das wirklich ernst ist. Als zweiten Punkt, den ich auch mitreinnehmen möchte und das hatten wir heute schon einmal thematisiert. Wenn, und ich kann es nur von meiner Fraktion sagen, wenn es uns wichtig ist, dass unsere Mandatarinnen und Mandatare in den Bezirksgremien auch gut informiert in ihre Arbeit starten, insbesondere dann, wenn sie neu sind, dann sehen wir das schon auch in unserer Verantwortung. Das ist anscheinend bei euch anders, ihnen nahezulegen, dass sie, wenn sie zu Ausschüssen eingeladen sind, wo sie tatsächlich Mitspracherecht haben und Dinge erreichen können, auch tatsächlich hingehen. Auch das zeugt für mich davon, dass euch das nicht ganz echt ernst ist, wenn ihr diese Gespräche nicht auch mit euren Kolleginnen und Kollegen führt. Als dritten Punkt möchte ich einbringen, dass die Vorbereitung von Mandatarinnen und Mandataren, und das kommt in eine ähnliche Kategorie, anscheinend auch sehr unterschiedlich gesehen wird. Wir sind sehr, sehr stolz auf unsere Bezirksrätinnen und Bezirksräte, auch jene, die jetzt aufgrund der neuen Wahlergebnisse nicht mehr im Amt sind, weil diese sehr, sehr viel zusätzlich gemacht haben. Das kommt dann natürlich ein bisschen komisch, wenn man auf Biegen und Brechen dann auf Übergaben besteht, beispielsweise Schlüsselübergaben, wenn man an die Stephanienwarte denkt und sich dann aber ziemlich wundert, jetzt muss ich ein bisschen schneller werden, und dann ziemlich wundert, wenn man auf einmal dann auch irgendwo aufsperrern muss. Das ist etwas, was für unseren Bezirk, und da ist das Ehrenamt, glaube ich, in einem Antrag erwähnt, ganz, ganz relevant ist und da sollte man vielleicht auch den Leuten vorher sagen, dass man die Einwände von den eigenen Bezirksräten in Stücken auch missachtet. Das trägt auch halt auch dazu bei, dass die Ernsthaftigkeit nicht ganz so gegeben ist. Und die schlimmsten Punkte für mich, und deswegen sind sie zum Schluss, und ich darf ganz kurz noch erwähnen, dafür erspare ich mir meine Wortmeldung in der nächsten Debatte. Zum Inhalt ist, dass man sich anscheinend nicht einmal mehr die

Mühe macht, tatsächlich zu recherchieren, seit wann wir Bezirksräte haben, Karl. Wir feiern kein 40-jähriges Jubiläum. Unsere Bezirksräte sind nach der Wahl 1993 und jetzt – pardon my mess –, aber das sind, glaube ich, doch 30 Jahre und nicht 40 etabliert worden. Seitdem gibt es sie. Es gibt sogar Mandatäre bei uns in Graz, die seit 30 Jahren in diesen Gremien sitzen und dann kann mir kein Mensch erklären, dass uns Bezirksdemokratie so wichtig ist, wenn ich nicht einmal vorher geseit googeln kann. Und das ist etwas, was mich persönlich einfach ein bisschen anzipft und was für mich einfach zeigt, dass diese Wichtigkeit, von der du in deinem Antrag redest, anscheinend nicht ganz durchgeht durch alle Zeilen, zumindest in deinem Antrag, und ich nehme einmal an, auch deinem politischen Vorhaben. Der Punkt Nr. 7, und das ist mein letzter, ich verspreche es, ist, dass ich wirklich nicht verstehen kann, wenn man sagt, Bezirksdemokratie ist uns wichtig, du sprichst von der Koalition, die Bezirksdemokratie so wichtig ist. Wieso, wenn die zuständigen Stadtsenatsmitglieder Teil der Koalition sind, geht man nicht einfach her und sagt, passt, ich lade jetzt einfach ein, da braucht man kein Theater machen, da braucht man nicht hier noch einmal im Gemeinderat reden, da kann man einfach dazu einladen und die Leute hätten mehr davon, wenn man gleich in den Prozess reinkommt und das finde ich eigentlich extrem schade und ein bisschen eine Farce. Das möchte ich auch tatsächlich so hart sagen. Dennoch, und ich hoffe, das wird sich noch ändern, stehen auch bei euch Änderungen, sodass wir es auch wirklich glauben können, stehen wir zu 100 % hinter diesen Forderungen. Aufgrund der auch von dir beschriebenen Vorbereitungen sehen wir es aktuell nicht als dringlich, sondern der Ball liegt ganz klar bei der Frau Bürgermeisterin und bei der Frau Vizebürgermeisterin. Er ist nicht dringlich, dem Inhalt stimmen wir auch vollinhaltlich zu und ich danke für die Zeit.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich möchte nur anmerken, dass ich auch verspreche, spätestens bei der nächsten Gemeinderatssitzung nicht mehr so tolerant bezüglich der Redezeitüberschreitungen zu sein. Das möchte ich jetzt schon ankündigen. Vielleicht gelingt es freiwillig.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, bitte jetzt ein bisschen toleranter sein. Das Thema liegt mir wirklich sehr am Herzen. Vorweg hat die Kollegin Anna Hopper Recht mit dem Landesgesetz vom 11. Juni 1991, mit dem das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert wurde, wurden die §§ 13a ff in das Statut der Stadt Graz eingefügt und somit die statutare Grundlagen für die heute Bezirksvertretung geschaffen. Da habe ich meine Arbeit von der Universität ausgegraben und habe mich ein bisschen über diese Materie eben informiert. Das ist aber schon das Einzige, wo ich der Kollegin Hopper Recht geben muss. Weil ich bin jetzt kein Fan dieser Regierung, das muss ich wirklich sagen, aber ich werde jetzt in den nächsten 30 Sekunden fast schon der Pflichtverteidiger sein, weil seit ihr da wirklich da werkelt, zumindest auf Bezirksebene, sind Dinge anders geworden und sogar besser. Ich habe am Anfang dieses Jahres angekündigt über die „Woche“, dass wir ein paar Reformvorschläge zu den Bezirksräten zu dieser Institution haben. Und haben dann Anträge eingebracht. Und da haben wir u.a. gefordert, dass dieses Onlineportal, wo Bürger Anliegen einbringen können, endlich allen Bezirksratsfraktionen zugestellt werden und dann gilt „first come first serve“. Der Erste, der sozusagen im Bezirksrat aufsteht und sagt, das mache ich, kann mit den Bürgern in Kontakt treten. Das war in der letzten Periode nicht möglich. Die ÖVP hat den Standpunkt vertreten, wer Erster ist, wer Bezirkskaiser ist, und das sind wir in 16 Bezirken, der ist halt nun Erster und der kriegt das Anliegen und die anderen können brausen gehen. Das ist etwas, das wurde geändert, da ist es schon besser geworden. Und das Zweite ist, Wahlergebnisse respektieren. Egal, wie viel Prozent die einzelnen Fraktionen haben, wenn sie mehr als 50 % haben oder eine Mehrheit im Bezirksrat, dann wählen sie halt den zum Bezirksvorsteher, den sie halt glauben. Das ist halt so. Also, da verstehe ich die Empörung wirklich nicht. Die Dringlichkeit, die ist gegeben. Wir reden schon seit Ewigkeiten da über eine Reform. Ich war ja selbst von 2017 bis 2021 im Bezirksrat und ich habe wirklich sehr, sehr gelitten, muss ich sagen. Also, es war wirklich teilweise wirklich sehr, sehr mühsam, wenn man wirklich etwas arbeiten wollte. Wir gehen auch inhaltlich voll mit, möchten aber trotzdem diesen Abänderungsantrag einbringen. Du

hast es dann eh in deiner Wortmeldung gesagt, dass ihr alle einladen werdet. Ich habe das nur ein bisschen noch ergänzt, habe dann auch sozusagen den Reformkonvent reingebracht, weil das wirklich, wie du gesagt hast, Symposium, Reformkonvent, da brauchen wir eine richtige Bezeichnung. Das muss dann schon ordentlich auch sich wiederfinden. Wenn man generell kurz über die Situation spricht, dann sind diese Bezirksvertretungen in Graz wirklich sehr, sehr, sehr unzureichend ausgestattet, wenn man natürlich nach Wien schaut. Vorweg muss man dann auch sagen, man will jetzt nicht das Wiener Modell nach Graz holen, weil das hat natürlich auch enorme Kosten. Das sagt auch der Europarechtsprofessor von der Universität Salzburg, dass man in Wien völlig sozusagen die Relationen vergessen hat lassen und der Bezirksvorsteher dort natürlich übermäßig viel verdient, auch die Stellvertreter. In Graz ist die Situation ganz anders. Da kann der Bezirksvorsteher wirklich mit einer guten Abgeltung seiner Tätigkeit rechnen und alle anderen lässt man im Regen stehen und blöd sterben. Ich sage immer, wenn etwas komplett nicht bezahlt wird, nicht einmal irgendwie vergütet wird, dann wird es auch so wahrgenommen, dass es nichts wert ist und das ist sehr, sehr schade. Wenn wir uns anschauen die Bemühungen der letzten Jahre bezüglich Reformen, habe ich ausgegraben, da hat es immer wieder Initiativen gegeben: 2017 durch die SPÖ, dann ist das hin- und hergegangen, dann hat die ÖVP damals auch angekündigt, dass man da Initiativen setzen wird. Dann hat es Kritik auch von der ÖVP gegeben in Bezug auf Gösting. Nur 170 von 450 in allen Bezirken im Jahre 2017 gestellten Anträge wurden beantwortet. Weil das zeigt schon, welche Wertigkeit der Bezirksrat in den letzten Jahren hatte, wenn im Jahre 2017 170 von 450 überhaupt beantwortet wurden. Das ist schon eklatant wenig. Man muss dann auch dazusagen, dass es viele, viele Ideen gibt. Die kann man dann natürlich auch im Rahmen dieses Reformkonventes auch abschließend bearbeiten, aber es muss immer eines ganz, ganz klar sein, wenn man da hineingeht, dann muss das ein großer Wurf werden, weil sonst, und das sagt diese Arbeit aus dem Jahre 2019 sehr, sehr treffend, kann es für die Zukunft im Hinblick auf das bestehende Modell der Grazer Bezirksräte nur zwei Wege geben: Aufwertung der Kompetenzen oder Abschaffung. Weil das ganze System kostet uns jetzt schon enorm viel. Das sind 669.000 Euro, die im Jahr sozusagen investiert

werden, dann werden sie auch noch unvorteilhaft investiert, weil ein Großteil geht an die Bezirksvorsteher. Die Bezirksvorsteher-Stellvertreter, die teilweise gleich viel oder sogar mehr arbeiten, die fallen da unter den Rost und man soll den Politikern nicht immer die Gehälter zu neidig sein. Wenn jemand etwas tut, im Dienste der Gesellschaft da ein Amt annimmt auf Bezirksebene, dann soll er das auch gut abgegolten bekommen. Das wäre unsere Bitte und so werden wir auch in diese Verhandlungen dann reingehen, dass wir fordern werden, dass das eben der große Wurf werden muss oder die komplette Abschaffung dieses Systems am Ende da stehen muss. Das ist mir persönlich sehr, sehr wichtig. Ich würde mich freuen, wenn wir diesem, aus meiner Sicht, etwas präziseren Abänderungsantrag dann die breite Zustimmung geben könnte. Ich lese ihn auch gleich jetzt vor, dann muss ich nicht noch einmal rausgehen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den

Abänderungsantrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Die für die Präsidialabteilung sowie für die Magistratsdirektion zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr sowie die für Bürgerbeteiligung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag. Judith Schwentner mögen mit den genannten Ämtern eine Vorgangsweise erarbeiten, um anlässlich 40 Jahre Volkswahl der Grazer Bezirksratsgremien im Verlauf des Jahres 2023 mit der Stadt- und Bezirkspolitik (pro im Gemeinderat vertretener Partei mindestens ein Vertreter der Gemeinderatsebene und ein Vertreter der Bezirksratsebene sowie die Mitglieder des Stadtsenats), mit der Verwaltung, mit Experten und mit der Grazer Bevölkerung Reformen und Verbesserungen der Bezirksräte im Rahmen eines „Reformkonventes“ zu diskutieren, auszuarbeiten und auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen. Dem Verfassungsausschuss möge bis zum Oktober 2022 ein entsprechender Vorschlag für ein Prozedere unterbreitet werden.

Nichts Aufregendes, wirklich nur eine Präzisierung. Da hat sich auch ein Fehler eingeschlichen. Natürlich 30 Jahre Volkswahl. Aber alles in allem bin ich schon sehr motiviert und freue mich auf diesen Reformkonvent.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Eine Aufwertung der Bezirksdemokratie ist ein unterstützenswertes Anliegen. Der Freiheitliche Gemeinderatsklub hat schon früh in diesem Jahr Reformpläne angekündigt – siehe Berichterstattung vom 2. Jänner 2022 in der „Woche“: Reformpläne¹ – Die Grazer FPÖ will die Bezirksräte ganz neu aufstellen.

Der freiheitliche Gemeinderatsklub hat in dieser Gemeinderatsperiode bereits Anträge eingebracht, die auf eine Stärkung der „Bezirksdemokratie“ abzielen und seitens der zuständigen Stellen positiv beantwortet wurden. So haben wir dazu beigetragen, dass bereits ein großer Teil der vorherrschenden Informationsasymmetrie abgetragen wurde und nun über das Onlineportal einlangende Bürgeranliegen an ALLE im Bezirksrat vertretenen Fraktionen ausgeschickt werden (und nicht mehr nur an den jeweiligen Bezirksvorsteher).

Um dieser von der Koalition angestrebte Reform zu einem großen „Wurf“ zu verhelfen, ist es notwendig, alle im Stadtsenat, Gemeinderat und in den Bezirksräten vertretenen Fraktionen in die Ausarbeitung der Reform im Rahmen eines Reformkonventes – mit regelmäßigen Sitzungen und Abstimmungen (!) – einzubinden.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den

Abänderungsantrag,

¹ 2. Januar 2022, https://www.meinbezirk.at/graz/c-politik/die-grazer-fpoe-will-die-bezirksraete-ganz-neu-aufstellen_a5080804)

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Die für die Präsidialabteilung sowie für die Magistratsdirektion zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr sowie die für Bürgerbeteiligung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag. Judith Schwentner mögen mit den genannten Ämtern eine Vorgangsweise erarbeiten, um anlässlich 30 Jahre Volkswahl der Grazer Bezirksratsgremien im Verlauf des Jahres 2023 mit der Stadt- und Bezirkspolitik (pro im Gemeinderat vertretener Partei mindestens ein Vertreter der Gemeinderatsebene und ein Vertreter der Bezirksratsebene sowie die Mitglieder des Stadtsenats), mit der Verwaltung, mit Experten und mit der Grazer Bevölkerung Reformen und Verbesserungen der Bezirksräte im Rahmen eines „Reformkonventes“ zu diskutieren, auszuarbeiten und auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen. Dem Verfassungsausschuss möge bis zum Oktober 2022 ein entsprechender Vorschlag für ein Prozedere unterbreitet werden.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (19.04 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich kann auch gleich anfügen, dass ich sehr dafür bin, dass, was den Abänderungsantrag betrifft, dass immer alle Fraktionen bei so einem Prozess natürlich auch dabei sind. Ist ja logisch. Es geht ja jede Fraktion, wenn man auf der Bezirksratsebene ist. Danken möchte ich erstens einmal für alle jene, die gute Worte gefunden haben über die Arbeit, die ja bisher geleistet wurde. Die Bezirksmandatare sind wichtig. Egal, welcher Partei sie angehören. Weil sie vor Ort bei den Bewohner:innen im besten Fall sind und sich bemühen. Eine Erfahrung hat mir aber auch gezeigt, dass man natürlich aufpassen muss als Bezirksmandatar, dass das auch nicht überbordet, weil ich kann mich gut erinnern, wie ich für das Straßenamt und die Verkehrsplanung zuständig war, es waren jetzt, ein Drittel ist vielleicht überzogen, aber gefühlt ein Großteil der Bearbeitung mit Anfrageninitiativen, die nicht nur vom Gemeinderat, sondern auch zusätzlich von den Bezirken gekommen sind. Wenn man

sich das wirklich angeschaut hat, wo oft ein Griff zum Hörer gereicht hätte, um direkt die Abteilung anzurufen. Weil man beschäftigt damit auch die Abteilungen und Kollegen und Kolleginnen in den Ämtern in einem Ausmaß, wo ich mir denke, das sollte nicht so sein. Verzeihen Sie, dass ich das so sage, aber das ist schon etwas, was ich gesehen habe und bei aller Wertschätzung zur Demokratie. Vor allem möchte ich mich aber, weil es hier auch angesprochen ist und ich als zuständige Bürgermeisterin für die Magistratsdirektion und Präsidialabteilung zuständig sein darf, möchte ich mich an der Stelle auch bedanken für die letzten Monate vor allem aber bei der Präsidiale, die in vorbildlicher Weise die Abwicklung auch der Angelobung unserer Bezirksmandatäre mitten in der Covid-Zeit vorgenommen haben. Das war nicht selbstverständlich. Das war sehr schwer und ich hoffe, Sie haben gespürt, dass das mit einer Genauigkeit und trotzdem in einer großartigen Art und Weise abgewickelt worden ist. Dafür herzlichen Dank noch einmal. Vor allem aber möchte ich eines sagen, dass es manchmal gar keine Initiativen braucht, um zu erkennen, dass man Menschen nicht ausblenden soll, die aktiv sind, sondern ihnen Handlungsspielräume geben soll und deshalb haben wir auch gemeinsam, die Frau Mag. Ennemoser und die Präsidialabteilung und ich, uns überlegt, wie können wir einmal gleich und rasch, da sind wir bei dem Thema, was der Herr Klubobmann angesprochen hat, jetzt hört er nicht ganz zu, ist egal. Vielleicht haben Sie das bemerkt, dass einerseits die Bürgerinformation Graz der Kommunikationsabteilung für unsere Bezirksmandatäre, und das ist neu, zwei Seiten zur Verfügung stehen. Das wird auch gut angenommen. Kommen auch sehr, sehr viele positive Rückmeldungen, falls Sie das wissen wollen. Die Kommunikationsabteilung steht für Sie natürlich auch als Gemeinderäte als Informationsquelle immer offen. Das ist eine Verbesserung, und eine andere Verbesserung, die wir gleich in Angriff genommen haben, ist natürlich das Bezirksbudget in einer Verbesserung, in dem wir die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit dort leicht angehoben haben, damit die Bezirksmandatäre einerseits spezielle Veranstaltungen besser betreiben und andererseits auch gewisse Bezirksinformationen besser an die Bevölkerung geben können. Ansonsten freue ich mich, dass wir beide dann künftighin, hoffe ich, wenn es eine Mehrheit findet, gemeinsam mit den Abteilungen Überlegungen anstellen können. Großer Wurf ist

immer relativ. Ich finde, es sollten Verbesserungen sein. Abschaffen würde ich es auf jeden Fall nicht, Herr Klubobmann Pascuttini.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (19.11 Uhr).

KO GR Ehmann:

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Damen und Herren im Livestream. Ja, lieber Antragsteller, lieber Karl, sehr guter Antrag, ein sehr wichtiger Antrag. Ich kenne auch persönlich alle Höhen und Tiefen der Bezirksarbeit. Ich durfte auch viele Jahre lang als Bezirksrat, als Bezirksvorsteher-Stellvertreter und als Bezirksvorsteher tätig sein. Deswegen kenne ich mich da auch ein wenig aus und ich plädiere auch schon sehr lange für eine Aufwertung. Weil, wird keine Aufwertung passieren, dann muss man gewisse Systeme wirklich in Frage stellen. Also da bin ich ganz beim Kollegen Pascuttini. Ich muss es nicht gleich in die Abschaffung strapazieren, aber das gilt wirklich zu hinterfragen. Ich glaube, dass wir da sehr gefordert sind, hier wirklich eine Aufwertung zu erreichen, denn sehr viele Anliegen, Beschwerden, Wünsche usw. werden manchmal vielleicht sogar schützend vor Stadtsenatsmitgliedern als Klagemauer bezeichnet. Also der Bezirksrat, die wissen wirklich, wovon sie reden. Das kann ich wirklich an dieser Stelle sehr deutlich sagen und ich glaube, es gibt ja schon viele Unternehmungen in der Klubobleutekonferenz. Wir haben auch viele Papiere schon eingebracht, also nicht erst jetzt, seit die FPÖ das entdeckt hat, sondern auch schon viel früher, wo wir hier klar Vorschläge gemacht haben usw. Ich glaube, es ist wirklich an der Zeit, hier einzugreifen und hier in Richtung Entwicklung und Verbesserung etwas zu unternehmen. Nur ganz kurz noch zur Kollegin Hopper. Das hat mich ein bisschen verwundert dein Redebeitrag, weil das als Farce und als Marketingschmäh des Karls darzustellen, finde ich tatsächlich ein bisschen überzogen. Und wenn es von euch kommt, fast ein bisschen eine Chuzpe...

Zwischenruf GRⁱⁿ Hopper: Karl, der Koalition!

KO GR Ehmann:

... der Karl der Koalition. Also, das finde ich fast ein bisschen Chuzpe, weil was Marketingschmäh betrifft als ÖVP Graz, ich will das jetzt gar nicht weiter ausführen. Ich erinnere nur an eine Sitzung vor der Wahl, wo ihr euer eigenes Stadtsenatsmitglied befragt habt, ja lieber Kollege „Sowieso“, ja wie sieht denn jetzt dein Projekt aus? Ah, gut, dass du mich danach fragst. Jetzt habe ich Gelegenheit, das jetzt darzustellen unter den Bürgerinnen und Bürgern. Also, lassen wir das, das war ein lieber Versuch, ein netter. Aber, ich glaube, es ist ein ernsteres Thema und da sind wir alle gefordert und ich glaube, da werden wir uns alle gut einbringen, alle Klubs, gehe ich davon aus, um an der Entwicklung der Bezirksratsdemokratie zu arbeiten und deshalb werden wir der Dringlichkeit natürlich als auch dem Inhalt zustimmen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

GR Ammerer:

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Frau Bürgermeisterin, werte Frau Vizebürgermeisterin und Zuseher:innen im Livestream. Ich bin ja auch einer von diesen, die vom Bezirksrat in den Gemeinderat gekommen sind und der auch schon in Vorsitzposition dort war und mit dieser Thematik gut befasst war. Ich kann mich auch gut erinnern, ich war damals bei dieser Klubobleutekonferenz dabei in der letzten Gemeinderatsperiode, wo wir eben dieses Thema besprochen haben und wir dann nie mehr etwas davon gehört haben. Und da tue ich mir dann ein bisschen schwer, wenn Sie, Frau Kollegin Hopper, sagen, dass Ihnen die Bezirksdemokratie am Herzen liegt, weil in Ihrer letzten Koalition war das halt nicht zu sehen. Sie haben einmal die Budgets erhöht, was gut und wichtig war. Das räume ich gerne ein. Es war nötig, aber wir haben aus dieser Besprechung damals nie mehr etwas gemacht und ich bin sicher, dass

wir den Ball jetzt auch aufgreifen können. Er ist ja liegen gelassen worden und diesen Konvent oder dieses Symposium, was auch immer daraus werden soll, anstreben, denn die Bezirksdemokratie, da braucht es Reformen. Es ist für niemanden eine angenehme Situation das Anträge-Stellen, für den Bezirksrat frustrierend ist, weil Sie das als Arbeitsmaßnahme empfinden, wo wenig zurückkommt und für die Ämter ist es ebenso frustrierend, weil schlicht und ergreifend die Kompetenzen des Bezirkrats nicht klar sind und so kommt es dann auch, dass Anträge weit über das Ziel hinausschießen. Und nachdem Sie ja auch über eine Kollegin von uns in einem Bezirksrat geätzt haben, dann erlaube ich mir das auch. Und dass Bezirksräte in Andritz z.B. ein Stadion per Bezirkratsbeschluss fordern wollen, das liegt halt daran, dass die Kompetenzen des Bezirkrats unklar sind und hier braucht es Reformen. Wie weit man die erweitern kann, das muss man in einem Prozess erarbeiten mit Expertinnen und Experten. Weil wir haben schon damals gemerkt, einfache Lösungen gibt es nicht. Man kann nicht einfach sagen, ja, wir räumen jetzt dem Bezirksvorsteher Parteistellung bei Bauverfahren ein, das geht halt nicht. Das ist ein juristisches Unding. Es wird eine sensiblere Lösung brauchen. Die Lösung kann auch nicht nur daraus bestehen, dass man Budgets erhöhen. Das hängt zum einen mit unserem sehr straffen Budget zusammen, das wir jetzt verantworten müssen. Aber auch damit, dass der Hund gar nicht dort begraben liegt in der Bezirksdemokratie. Es ist in meinen Augen viel daran gelegen, dass wir hier die Kompetenzen nachschärfen, nachbessern und dass man die Aufgabenbereiche des Bezirkrates, der Bezirksräte klarer definiert. Damit komme ich auch schon zu Schluss. Ich freue mich sehr darüber, dass wir diesen Antrag jetzt heute abstimmen und beschließen werden. Ich freue mich sehr auf den Konvent, auf die Veranstaltung, die stattfinden wird und freue mich umso mehr darauf, dort Ergebnisse dann zu sehen, weil es ist auch mir ein Herzensanliegen und es ist schon lange an der Zeit. Danke.

KO GR Dreisiebner:

Ich bedanke mich für die sich abzeichnende breite Unterstützung. Insbesondere herzlichen Dank an den Kollegen Pascuttini, der wirklich ein paar Punkte sehr gut getroffen hat. Wahrscheinlich auch deswegen ähnlich wie Tristan Ammerer, weil er vor kurzem, vor wenigen Monaten, vor knapp einem Jahr selber noch in der Situation eines Bezirksrates war und das Stichwort, dass hunderte Anträge pro Jahr aus den 17 Bezirken kommen, ist ein wichtiges, aber nicht das einzige Momentum. Trotzdem, ich denke jetzt daran, dass wir uns als Gemeinderat ja auch auf eine gewisse Zeit bzw. Vorgangsweise beschränken, was die Dringlichkeitsanträge betrifft, was die Redebeiträge betrifft und vieles anderes mehr. Es gab da früher auch ein paar Ausreißer, um es einmal so sagen zu dürfen, ohne näher in die Tiefe zu gehen. Ich will aber trotzdem zum Abänderungsantrag vom Kollegen Klubobmann Pascuttini eingehen. Auf der einen Seite wird hier von einem Reformkonvent gesprochen. Also das verbinde ich doch mit einer relativ großen und auch mehrmals zusammenkommenden prozesshaften Gruppierung oder Prozess mit vielen Menschen und auf der anderen Seite eine Vertreterin pro Fraktion aus den Bezirken, eine Vertreterin pro Fraktion aus dem Gemeinderat. Das passt für mich nicht ganz zusammen. Ich wollte das nicht schon so weit vordefinieren, damit da eben noch auf die Ideen der Beamt:innen eingehen und damit man da einen entsprechenden guten Prozess findet. Toll wäre, den Herrn oder die Dame, der diese wissenschaftliche Arbeit über die Bezirksarbeit gemacht hat oder die, zu diesem Konvent, oder wie auch immer das dann heißt, Symposium, Prozess einzuladen. Deswegen meine ich, das sollten wir der Präsidialabteilung etc. überlassen, dem Bürgerbeteiligungsreferat überlassen, was da gescheite Möglichkeiten sind und mit welchen Unterlagen, mit welchen Vorarbeiten und mit welchem Prozess wir da genau hineingehen. Warum, Anna Hopper, warum das nicht nur Bürgermeisterin Kahr und Vizebürgermeisterin machen, weil es steht ja eh im Koalitionsvertrag, es ist keine Dreiparteienangelegenheit. Es ist eine für alle Parteien, für alle Menschen wichtige Angelegenheit. Deswegen wollten wir das hier diskutiert haben und hier auch auf den Weg schicken. Jede Fraktion, ob größer, kleiner, sonst etwas möge sich bitte eingeladen fühlen, konstruktiv mitzuarbeiten. Und

das bringt mich schon zu einem ganz wichtigen Punkt. Die Einzige, die hier parteipolitisch agiert hat, teilweise mit Häme agiert hat, warst du, liebe Anna Hopper, und das ist aus welchen Gründen auch immer, muss das so sein für dich? Aber es führt uns da in der Sache nicht weiter. Ich gestehe zu, ich habe offensichtlich einen Zahlensturz eingebaut. Ich habe nämlich nicht gegoogelt, vielleicht ist das auch das Schicksal, weil man schon relativ lange an der Sache dran ist. Aber diese Art und Weise, wie hier teilweise, wir gehen schlecht um mit unseren Bezirksvertreter:innen, weil die eine andere Meinung haben, das ist ja damit gar nicht gesagt. Aber sei es wie es sei, soll so sein. Ich hoffe, die ÖVP bringt sich konstruktiv ein und was Wahlergebnisse und Mehrheiten in Parlamenten betrifft, ersuche ich auch ein wenig zu googeln, liebe Anna Hopper. Das heißt nämlich nicht, Stärkster zu sein. Aber mehr gegen sich als für sich vereinen zu können, damit kann man keine Vorstehung gewinnen. Damit kann man kein anderes Parlament gewinnen. So viele dazu. Zum Michi Ehmman sage ich nur aufgrund dessen, was er hier wirklich schön aufgespielt hat „And the oscars goes to“. Dankeschön.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Neos) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (19.23 Uhr).

**9.5 Petition an das Land Steiermark zur 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Elementarpädagogik
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ Zeynep Aygan-Romaner, Grüne)**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, alle Damen und Herren hier im Raum und auch im Livestream. Wir haben

schon einiges zu den Herausforderungen und zum Handlungsbedarf in der Elementarpädagogik debattiert und auch beschlossen in diesem Gremium. Mit diesem dringlichen Antrag möchte ich gemeinsam mit meiner Kollegin, Frau Sabine Reininghaus von den Neos, einen Blick auf eine der möglichen Stellschrauben in der Elementarpädagogik richten, nämlich auf die Kompetenzverteilung und die Finanzierungsbeziehungen zwischen Bund, Länder und Gemeinden und wie diese geregelt sind. Grob gesagt, erfolgt die Finanzierung der Leistungen zur Kinderbetreuung durch öffentliche Mittel. Die zentrale Rolle dabei obliegt den Gemeinden. Die Basisfinanzierung der einzelnen Einrichtungen ist Sache der Träger, diese wird mit Kofinanzierungen von Bund und Ländern und auch durch Elternbeiträge ergänzt. Ganz grob die ganze Geschichte: Die Bundeszuschüsse an das Land werden von den sogenannten 15a-Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern geregelt und von den Ländern an die Träger der Einrichtungen weitergegeben. Diese 15a-Vereinbarungen enthalten die Kriterien, deren Einhaltung die Voraussetzung für die Auszahlung von Geldern aus dem Bundesbudget ist. Die letzte 15a-Vereinbarung wurde 2018 getroffen und läuft mit August 2022 aus und wird derzeit, gerade aktuell, neu verhandelt. Wir wissen, der Handlungsbedarf ist groß und hier eröffnet sich eine weitere Chance, den Anforderungen in der Elementarpädagogik gerecht zu werden und statt einer bloßen Fortsetzung der bestehenden Bund-Länder-Vereinbarungen eine neue aufzusetzen. Die Chance ist, jetzt eine neue 15a-Vereinbarung aufzustellen. Inhaltlich an die Herausforderung der Elementarpädagogik angepasst und den Barcelona-Zielen und den VIF-Kriterien entsprechend. Was können wir da einbringen? Das Berufsbild muss attraktiver werden, um dem Personalengpass, über den wir schon öfter und ausgiebig geredet haben, entgegenzuwirken. Die wichtigsten Faktoren: der Personalschlüssel, die Gruppengrößen, die Vorbereitungszeiten. Familie und Beruf müssen vereinbar sein. Hier besteht Nachbesserungsbedarf bei der Betreuung der unter Dreijährigen. Einen Ausbau des Versorgungsgrades für Plätze ab dem 1. Geburtstag ist notwendig. Bei den Öffnungszeiten und weniger Schließtagen muss man ansetzen und es braucht ein flächendeckendes, inklusives Angebot, um jedem einzelnen Kind auch die beste Bildung zu gewährleisten. Die Arbeitsbedingungen für die Pädagog:innen müssen

besser werden, um eben den Beruf zu attraktiveren und dem Personalmangel entgegenzuwirken, weil Bildungsarbeit ist Bezirksarbeit. Gute Pädagogik braucht Zeit für individuelle Beziehung und Betreuung. Kleinere Gruppen, bessere Berücksichtigung von Vor- und Nachbereitungszeiten, der Ausbau der Digitalisierung, nicht zuletzt eine bessere Entlohnung geben einen gerechten Rahmen für diese Bildungsarbeit und sind Investitionen in die Qualität der Kinderbildung und –betreuung und damit in die Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Diese umrissenen Aspekte müssen in die Verhandlungen über die neue 15a-Vereinbarung zur Elementarpädagogik einfließen, damit die Einrichtungen für Kinder und für Pädagoginnen Orte der wohlthuenden Begegnung, der chancenreichen Entwicklung und des gemeinsamen Wachstums sowie der Bildung mit den höchsten Qualitätsstandards werden, denn jedes einzelne Kind hat das Recht auf die bestmögliche Bildung.

Daher stellen wir seitens der Grünen-ALG und den NEOS folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat ersucht das Land Steiermark am Petitionswege, bei den Verhandlungen mit dem Bund zur Verlängerung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Elementarpädagogik folgende Aspekte und Qualitätskriterien zu berücksichtigen und voranzutreiben:

- eine Verbesserung der Qualitätsstandards insbesondere hinsichtlich Gruppengröße und Räumlichkeiten anzustreben,
- Verbesserung des Angebots hinsichtlich Öffnungszeiten und Schließtage, insbesondere bei Kinderkrippen,
- einen stufenweisen Ausbau des Versorgungsgrades für Kindergartenplätze ab dem ersten Geburtstag anzustreben,
- eine flächendeckende Bereitstellung eines inklusiven Angebots von der Kinderkrippe an,
- eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Pädagog:innen und Unterstützungspersonal und

- Sicherstellung von Mitteln für eine Verbesserung der digitalen Infrastruktur in den Einrichtungen zur Bewältigung der administrativen Aufgaben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In den elementarpädagogischen Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen werden die Grundlagen für die Zukunftschancen unserer Kinder gelegt. Diese Einrichtungen sind nicht nur ein ergänzendes Betreuungsangebot, sondern sind vor allem Bildungsinstitutionen, die mit höchster elementarpädagogischer Sorgfalt die Entwicklungschancen für Kinder mitgestalten.

Das Kinderbildungs- und -betreuungswesen liegt in der Kompetenz der Länder. Die Länder regeln die Rahmenbedingungen für elementare Bildungseinrichtungen und finanzieren diese entsprechend. Dazu schließen Bund und Länder eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG ab, die die Kriterien beinhaltet, deren Einhaltung Voraussetzung für die Auszahlung von Geldern aus dem Bundesbudget ist. Derzeit wird eine neue 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zum Ausbau der elementar-pädagogischen Angebote verhandelt. Da die bestehende Vereinbarung im Sommer 2022 ausläuft, ist der Handlungsbedarf groß. Gleichzeitig eröffnet sich die Chance, die Elementarpädagogik sowie den Anforderungen, die an sie gestellt werden, gerecht zu werden. Die neue 15a-Vereinbarung darf daher keine bloße Verlängerung der bestehenden Bund-Länder-Vereinbarung werden, sondern muss diese inhaltlich neu und modern, entsprechend den Barcelona-Zielen und VIF-Kriterien (Vereinbarkeits-Indikator für Familie und Beruf) aufstellen.

Die Bundesregierung hat bereits zugesagt, dass es künftig deutlich mehr Geld vom Bund für die Elementarpädagogik geben wird. Im Gegenzug müssen sich Länder und Gemeinden dazu verpflichten, ein gewisses Angebot bereitzustellen und bestimmte Qualitätsstandards einzuhalten. Dazu sollten ein besserer Personalschlüssel und ein flächendeckendes, flexibles Angebot ebenso wie die Verbesserung der

Arbeitsbedingungen der Pädagog:innen und der stufenweise Ausbau des Versorgungsgrades für Kindergartenplätze ab dem 1. Lebensjahr gehören. Um das Berufsbild der Elementarpädagogik wieder zu attraktiveren, gilt es, beim Personalschlüssel, den Gruppengrößen und den Vorbereitungszeiten anzusetzen. Die Unterschiede zwischen den Bundesländergesetzen sind hier mitunter enorm. Jedes Kind in Österreich soll jedoch die gleichen Bildungs- und Entwicklungschancen haben. Für jedes Kind soll die beste Betreuung zur Verfügung stehen, ganz egal in welchem Bundesland die Eltern wohnen. Um dies sicherzustellen, sind bundesweit einheitliche Qualitätsstandards hinsichtlich Gruppengröße und Räumlichkeiten erforderlich. In den Gruppen der Jüngsten ist ein Betreuungsschlüssel von fünf Kinder pro Pädagog:in anzustreben und bei der Altersgruppe der 3- bis 6-Jährigen acht Kinder pro Pädagog:in. Um für Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, muss die öffentliche Hand eine mit einer Vollbeschäftigung der Eltern zu vereinbarende Kinderbetreuung anbieten. Insbesondere bei den unter 3-jährigen Kindern gibt es Nachholbedarf bei längeren Öffnungszeiten und weniger Schließtagen. Außerdem braucht es dringend einen Ausbau des Versorgungsgrades für Kindergartenplätze ab dem 1. Lebensjahr. Weiters notwendig ist die flächendeckende Bereitstellung eines inklusiven Angebots in der Elementarpädagogik, um allen Kindern den gleichen Zugang zu Bildung zu gewähren.

Schließlich müssen auch die Arbeitsbedingungen in mehreren Dimensionen für die Pädagog:innen verbessert werden, damit die Einrichtungen einerseits ihr bildungspolitisches Potential entfalten können und andererseits die Pädagog:innen die Wertschätzung und den entsprechenden Rahmen für ihre Arbeit erhalten. Bildungsarbeit ist immer auch Beziehungsarbeit. Wo es eine gute Beziehung zwischen Pädagog:in und Kind gibt, erbringt Bildung die besten Erfolge. Gute Pädagogik braucht Zeit für individuelle Beziehung und Betreuung. Zu den notwendigen Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen zählen kleinere Gruppen, bessere Berücksichtigung der erforderlichen Vor- und Nachbereitungszeit, damit einhergehend ein Ausbauen der Digitalisierung und nicht zuletzt eine höhere Entlohnung.

All diese Aspekte sollen in die Verhandlungen über die neue 15a-Vereinbarung zur Elementarpädagogik einfließen, damit die Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen für Kinder und für Pädagog:innen Orte der wohltuenden Begegnung, der chancenreichen Entwicklung und des gemeinsamen Wachsens sowie der Bildung mit höchsten Qualitätsstandards werden.

Daher stelle wir seitens der Grünen-ALG, der SPÖ und der NEOS, unterstützt von der KPÖ, folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat ersucht das Land Steiermark am Petitionswege, bei den Verhandlungen mit dem Bund zur Verlängerung der Vereinbarung gem. 15a B-VG über die Elementarpädagogik folgende Aspekte und Qualitätskriterien zu berücksichtigen und voranzutreiben:

- Verbesserung der Qualitätsstandards insbesondere hinsichtlich Gruppengröße und Räumlichkeiten*
- Verbesserung des Angebots hinsichtlich Öffnungszeiten und Schließtage, insbesondere bei Kinderkrippen*
- Stufenweiser Ausbau des Versorgungsgrades für Kindergartenplätze ab dem ersten Lebensjahr*
- flächendeckende Bereitstellung eines inklusiven Angebots von der Kinderkrippe an*
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Pädagog:innen und Unterstützungspersonal*
- Sicherstellung von Mitteln für eine Verbesserung der digitalen Infrastruktur in den Einrichtungen zur Bewältigung der administrativen Aufgaben.*

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Lieber Gemeinderat, lieber Antragstellerin. Ein Formalakt, dass wir nicht oben stehen, inhaltlich können wir nur absolut dem Antrag zustimmen. Ich möchte mich auch bedanken für die Initiative. Ich werde inhaltlich, glaube ich, gar nicht mehr so viel ausholen, ich möchte einfach nur einmal zusammenfassen, was Elementarpädagogik und die Verbesserung der Bedingungen auch bedeutet. Da geht es primär darum, dass die Pädagoginnen und Pädagogen bessere Arbeitsbedingungen haben. Aber was für Auswirkungen hat das? Dass die Elementarbildung, also der erste Schritt in der Bildungslaufbahn unserer Kinder, besser wird. Dass sie einen besseren Einstieg haben, der Anfang von allem. Und wer weiß, was es bedeutet, wenn ein Kind erste Erfahrungen mit dem Bildungsbereich gemacht hat, der kann sich vorstellen, wie das den Bildungsweg beeinflusst. Was bedeutet das noch? Es bedeutet, wenn Kinder gut versorgt sind, wenn sie flächendeckend zu brauchbaren Zeiten versorgt sind, heißt das, dass halt viel mehr Frauen wieder arbeiten gehen können. Und ja, es ist halt nach wie vor leider noch, dass hauptsächlich Frauen daheim bleiben. Was bedeutet es, wenn mehr Frauen arbeiten gehen? Da kommen wir ein Stück weiter weg, wenn man an Altersarmut denken bei Frauen. Was bedeutet das noch? Was bedeutet das für die Wirtschaft? Je mehr Frauen am Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, desto mehr Fachkräfte haben wir und desto weniger Fachkräftemangel. Also ein kleiner Antrag, mag man vielleicht denken, es geht ja nur um eine Vereinbarung, es sind große Auswirkungen dahinter, deswegen können wir der Dringlichkeit und dem Inhalt vollumfänglich zustimmen und noch einmal danke, ein guter Schritt.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ **Naghibi:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Bürgermeister-Stellvertreterin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Bürger und Bürgerinnen, die via Livestream zuhören. Das Elementarpädagogische Personal hat in der Praxis größtenteils aufgrund der

großen Versäumnisse der bildungspolitischen Verantwortlichen längst seinen Verantwortungsbereich überschreiten müssen, um die Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtung noch am Laufen zu halten und vor allem, um die Familien so unterstützen zu können, wie es ihrer pädagogischen Gesinnung entspricht. Viele der Missstände, warum so viele Beschäftigte in diesem Bildungssektor ausgebrannt wurden, drohen auszubrennen oder vorher den Beruf zu verlassen, liegen genau daran. Sie waren praktisch gezwungen, gesellschaftspolitische Verantwortung zu übernehmen, weil bildungspolitische Verantwortliche eher sehr verstärkt verstanden haben, Verantwortung abzugeben. Daher ist es auch aus dieser Sicht äußerst begrüßenswert, dass sich das elementarpädagogische Personal immer stärker davon emanzipiert. Die Message lautet: Wir wollen professionell arbeiten und gesund bleiben und ihr seid dafür verantwortlich, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Auf politischer Ebene teilen sich in der Elementarpädagogik die politischen Kompetenzen bzw. Aufgabenbereiche sowohl in der Zuständigkeit als auch in der Finanzierungsverantwortung auf Bund, Länder und Gemeinden auf. Der Aufgabenbereich der Gemeinden ist in erster Linie die Umsetzung eines flächendeckenden Ausbaues von Kinderbetreuungsangeboten. Eine Kompetenz, die durchaus unserer kommunalen Verantwortung entspricht. Um das im benötigten Ausmaß entsprechender angestrebter Barcelona-Richtlinien sowie der Vereinbarkeitsindikator für Familien und Berufskriterien bewerkstelligen zu können, sind die Gemeinden auf finanzielle Förderung von Land und Bund angewiesen. Bei der letzten 15a-Vereinbarung über die Elementarpädagogik wurden Schwerpunkte als Zielsetzung formuliert, von denen viele immer noch sozial- und wirtschaftspolitische Baustellen darstellen und keineswegs gänzlich erarbeitet sind. Gründe dafür waren vor allem, weil Land und Bund punktuell Elementarpädagogik, Budget und gesetzliche Richtlinien zu den Rahmenbedingungen gegen die Wand gefahren haben. Eine Wand, die notwendige Entwicklungen blockiert und unter der Kinder, Familien und das elementarpädagogische Personal immer noch leiden. Mittlerweile fordern zusätzliche Anforderungen und Herausforderungen das pädagogische Personal heraus. Daher ist es notwendig und wäre es das einzig Verantwortungsbewusste, das Ausmaß der neuen 15a-Vereinbarung diesen

Anforderungen, denen es gerecht werden soll, auch anzupassen. Die Initiative für elementare Bildung, der Steiermärkische Berufsverband für Elementarpädagogik und „Kinder brauchen Profis“ haben ein Papier an die Medien, Netzwerkpartner:innen, Bildungssprecher:innen aller politischen Parteien und Gewerkschaften geschickt. Die politisch Verantwortlichen in der Stadt Graz, also ÖVP, Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner, und im Land Steiermark ÖVP-Landesrätin Juliane Bogner-Strauß haben die Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung und Attraktivierung der Berufe in elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen auch erhalten. Kernaussage in der Einleitung dazu ist, dass es seitens der Steiermärkischen Landesregierung ein Bekenntnis braucht, in die Elementarpädagogik zu investieren und daher bis Herbst 2022 qualitätssichernde und personalfördernde Maßnahmen zu setzen. Die Elementarpädagogischen Initiativen, Vereine und Steiermärkischer Berufsverband präsentieren dabei erneut Maßnahmen, die auf wissenschaftlich fundiertem Know-how und ihren Erfahrungen basieren. Und es ist notwendig, genau dort anzusetzen. Um für Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, hat die öffentliche Hand eine mit der Vollzeitbeschäftigung der Eltern zu vereinbarende Kinderbetreuung anzubieten. Zurzeit lehnen sowohl die österreichischen Städte als auch der Österreichische Gemeindebund einen solchen Rechtsanspruch ab, also, dass man ab dem ersten Lebensjahr des Kindes einen Platz bekommen sollte in einer Bildungs- und Einrichtungsstätte. Und warum? Weil in sehr vielen Gemeinden Bürgermeister und Bürgermeisterinnen vor großen organisatorischen, juristischen und finanziellen Hausforderungen stehen und diese nur mit der Hilfe von Bund und Land bewerkstelligen können und vor allem vorbeugen sollten können. Es muss daher ein gemeinsames politisches Ziel von Stadt, Land und Bund sein, durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen mehr Menschen für so einen Beruf halten zu können. Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in Bezug auf die verantwortungsvolle Rolle der Städte und Gemeinden in der elementar-pädagogischen Bildungspolitik soll bewirken, dass öffentliche Aufgaben möglichst bürger:innennah geregelt werden sollen können und Probleme auf der untersten politischen Ebene gelöst werden. Das ist aber nur möglich, wenn die, auf die wir bauen, ihre Verantwortung übernehmen, und das ist

das Land Steiermark und Bund und das passiert zurzeit nicht, nicht annähernd. Also um wieder auf dieses Prinzip zurückzukehren, so sieht dieses vor, dass, wenn die Kräfte der untergeordneten Einheiten nicht ausreichen, eine Funktion wahrzunehmen, höhere staatliche Einheiten helfend eingreifen müssen und können. Die Steiermärkische Landesregierung muss sich also vermehrt dafür einsetzen, ein Budget zu erwirken, womit sich die Elementarpädagogik in der Steiermark und damit auch in Graz zur Gänze saniert lässt. Denn alleine schaffen wir es nicht. Die Budgetierung von Land und Bund war ein Punkt der Elementarpädagogik seit vielen Jahren unzureichend bemessen. Aber nun gibt es die Möglichkeit, etwas daran zu ändern und das Land sollte wirklich von uns dementsprechend auch unter Druck gesetzt werden, diese Verantwortung zu übernehmen, damit wir nämlich unseren Job professionell übernehmen können und ausführen können. Ja, und in diesem Sinne unterstützt die KPÖ natürlich diese Petition und ich danke meiner Kollegin und den anderen, die dabei geholfen haben, das auf die Füße zu bringen und danke auch für Ihre Aufmerksamkeit.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich habe das an alle zukünftigen Redner und Rednerinnen gesagt, weil alle ein bisschen müde sind, die Sitzung schon lange dauert und wenn wir uns daran halten, dann sind wir schneller fertig und können allen die gleiche Aufmerksamkeit widmen. Danke.

GR Brandstätter:

Gleich vorab. Ich verspreche, ich werde mich kürzer halten als meine Vorrednerin. Werte Stadtregierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, sehr geehrte Frau Antragstellerin. Ich darf mit einem Danke beginnen, nämlich für die gute Zusammenarbeit zu diesem Thema, dass es in den letzten Tagen, aber auch noch heute war es in ganz kleinen fachlichen Punkten möglich, uns noch auszutauschen. Vielleicht noch kleine Änderungen vorzunehmen, damit wir da über alle Fraktionen oder über einen Großteil der Fraktionen auch Einigkeit bei diesem

Thema haben, weil es ein wichtiges Thema ist. Bildung ist der Schlüssel zur Welt und gerade die elementarpädagogischen Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen legen oft den Grundstein für ein erfülltes Leben und für echte Chancengerechtigkeit. Was mir in den Wortmeldungen noch gefehlt hat, ist, dass, glaube ich, wir auch nicht vergessen dürfen, dass selbstverständlich auch die Familie ein Ort der Bildung ist und zwar immer der erste Ort der Bildung und wie auch immer, und das glaube ich, kann man so sagen, die Chancen für die Familien offen halten sollen. Für Mütter und Väter, die daheim bleiben wollen genauso wie für Mütter und Väter, die vor allem beruflich tätig sein wollen und die Chance haben wollen, ihre Kinder in diversen Betreuungseinrichtungen auch weiterbilden lassen zu können. Bereits in der Sitzung im März konnten wir gemeinsam wichtige Maßnahmen beschließen, die vor allem im Wirkungsbereich der Stadt Graz gelegen sind, wo wir viele Verbesserungen in einem Grundsatzbeschluss bereits erwirken konnten. Ich möchte nur zwei Beispiele nennen, z.B. wird es in Zukunft so sein, dass die Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuer 200 Euro pro Monat mehr bezahlt bekommen. Zumindest haben wir uns im Gemeinderat darauf geeinigt; nach den neuesten Statements des Finanzstadtrates hoffe ich, dass wir das dann auch einhalten können. Es wäre wirklich wichtig für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir haben uns außerdem darauf geeinigt, dass es eine Erhöhung des Beschäftigungsausmaßes geben soll und dass gerade die Überschneidungszeit gerade in der Mittagszeit, wo die Belastungen enorm hoch ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, entlastet werden sollen. Es waren nur ein paar wenige Punkte und trotzdem ist mir wichtig, auch zu skizzieren, was da eigentlich im Ausschuss passiert ist. Wir haben nicht nur einen Sonderausschuss gemacht, sondern wir haben sogar noch zwei Ausschüsse machen müssen, weil wir zwar einige Forderungen an das Land Steiermark gehabt haben in, die einem ganz breiten Prozess vor allem mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entstanden sind, bereits vorliegen hatten. Leider war es, man hat das Gefühl gehabt, vor allem auf Grund der Uneinigkeit in der Koalition damals nicht möglich, fast gar nicht möglich, dieses Stück zu beschließen, auch nicht möglich, diese Forderungen an das Land zu stellen und ich möchte trotzdem

mit etwas Positivem schließen. Naja, vorher waren es drei Minuten. Ich werde mich jetzt beeilen. Umso mehr freut es mich aber, dass es den Koalitionsparteien gelungen ist, dass sie ihre Uneinigkeit in diesen Fragen nicht über die Interessen der Pädagoginnen und Pädagogen gestellt haben und da jetzt zu einer gemeinsamen Haltung gefunden haben. Die findet sich jetzt in diesem Antrag wieder. Da gibt es, das muss man fairerweise sagen, viele positive Punkte, die jetzt auch noch dazugekommen sind. Das freut mich sehr und da wir einen Großteil dieser Punkte ohnehin schon gerne vor einem Monat beschlossen hätten, darf ich heute sagen, dass wir diesem Antrag selbstverständlich zustimmen und mich bei Ihnen bedanken. Danke

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, werte Antragstellerin. Ich mache es ganz kurz. Wir werden dem Antrag sehr gerne zustimmen. Das ist ein ganz wichtiges Thema und dass es in der Elementarbildung noch viel Handlungsbedarf ergibt, haben sich in den letzten Diskussionen der letzten zwei Monaten haben wir ja gesehen. Vor allem beim Grundsatzbeschluss eben zur Qualitätssicherung. Wir bitten aber um eine punktuelle Abstimmung, denn dem Punkt Ausbau der Betreuungsplätze für Einjährige können wir nicht zustimmen. Das lässt sich mit freiheitlicher Familienpolitik absolut nicht vereinbaren. Alleine beim Gedanken, dass einjährige Kinder abgegeben werden, die nicht verstehen, dass die Mutter wiederkommt, stellt es mir die Haare auf. Da vertreten wir die Meinung, dass die Kinder wenigsten zwei, besser drei Jahre bei der Familie zu Hause bleiben dürfen. Aber ein absolutes Ja zu den anderen Punkten und deshalb bitte um punktuelle Abstimmung.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Entschuldigung. Ich wollte mich nur vergewissern, wie wir jetzt das abstimmen, nachdem die Punkte nicht nummeriert waren. Wir stimmen da den Punkt 3 extra ab. Danke für die Nachschulung. Bitte um das Schlusswort.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Vielen Dank für die so breite Zustimmung. Vielleicht noch ein paar Punkte. Vorhin hat Herr Stücklschweiger gemeint, wir sollen Bundsache Bundsache lassen und uns nicht einmischen, so ungefähr. Ich finde, man sollte, man darf und man muss sogar seine Stimme als Gemeinde auch an das Land richten und seine Anforderungen auch einreichen. Das machen wir in diesem Falle, dass wir unsere Stimme erheben und sagen, wir möchten gerne, dass das Land sich mehr einbringt in dieser Sache. Was jetzt Sie eingebracht haben, Frau Schleicher, mit dem ersten Geburtstag. Ich habe selber drei Kinder und ich habe zwei davon kurz nach ihrem ersten Geburtstag in die Kinderkrippe gegeben und das war einfach unglaublich gut für sie. Das heißt nicht, dass ich jetzt eine Rabenmutter bin, dass ich sie abgegeben habe, dass sie jeden Tag nach mir geweint haben. Ganz im Gegenteil. Sie haben sich jeden Tag unglaublich gefreut, andere Kinder zu sehen, andere Bezugspersonen aufzubauen. Das war nicht so, dass sie dann quasi den Trennungsschmerz gehabt haben, sondern dass war für sie eine Ausweitung ihrer Bezugsperson. Nur zu diesem Punkt. Ich habe das jetzt so verstanden, dass wir das getrennt abstimmen. Stimmt, den dritten Punkt. Aber abschließend vielen Dank für die breite Zustimmung. Ich finde auch, dass es ganz, ganz, ganz wichtig ist, dass wir geeint auftreten nach außen. In Graz, im Gemeinderat können wir verschiedene Fraktionen sein. Nach außen müssen wir in vielen Themen geeint auftreten. Vielen Dank und dankesehr.

Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 1, 2, 4, 5, 6) wurde einstimmig angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Punkte 3) wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

9.6 Kennzeichen- und Versicherungspflicht für Fahrräder (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, FPÖ)

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat. Zum nächsten Tagesordnungspunkt unseres dringlichen Antrages zur Kennzeichen- und Versicherungspflicht für Fahrräder und da darf ich gleich vorweg ein bisschen eine Sachlichkeit einfordern. Ich habe gemerkt, das Thema polarisiert sehr. Da ist in den letzten Tagen schon versucht worden, Stimmung gegen diesen Antrag zu machen. Wir wollen natürlich, dass das Stimmungsbild in der Bevölkerung ein eindeutiges ist. Das zeigen auch diverse Abstimmungen. Eine überwiegende Mehrheit möchte diese Kennzeichenpflicht und eine überwiegende Mehrheit möchte auch diese Versicherungspflicht, und warum sollte man das Thema nicht so polarisiert betrachten? Im Endeffekt richtet sich dies nicht gegen Verkehrsteilnehmer, also gegen die Radfahrer und für z.B. die Autofahrer. Das ist ein Thema, das auch etwas den Radfahrern nützt. Wir haben zum einen die Situation, dass, wenn man mit dem Rad unterwegs ist und einen Unfall baut, man doch die Gelegenheit hat, recht einfach zu flüchten. Und das war für uns auch der Anstoß. Eine Dame war bei uns im Büro, die hatte einen Unfall in der Schmiedgasse gehabt, ist dann dort auch zu Sturz gekommen. War selbst mit dem Fahrrad unterwegs und ist von einem anderen Fahrradfahrer eben abgeschossen worden, könnte man sagen. Der andere Radfahrer hat zuerst erste Hilfe geleistet, hat dann aber Angst bekommen, wahrscheinlich, weil er keine Versicherung hatte, hatte sich das alles durchgedacht, während er da geholfen hat und ist dann, nachdem ein Arzt zu Hilfe gekommen ist, einfach abgehauen. Der ist aufgestanden, auf das Rad gegangen und ab die Post. Der war dann weg. Der ist auch nicht mehr heranziehbar für irgendwelche Forderungen. Die Dame hat danach noch Schmerzen, ist noch immer sozusagen in ärztlicher Behandlung etc. Sie hätte Möglichkeiten, sich an ihrem Schädiger zu regressieren. Die hat sie aber nicht, weil der ist unauffindbar und jetzt ist das die Situation. Wenn jemand Fahrerflucht begeht auf einem Fahrrad, dann sollte er auch, das ist mein Rechtsverständnis, belangt werden, wenn er da etwas gemacht hat und diese Gelegenheit gibt es im Moment nicht. Die andere Komponente

in unserem Antrag ist diese Versicherungspflicht. Pflicht klingt immer etwas hart, aber das schützt ja die Radfahrer. Weil stellen Sie sich vor, es wird da sicher einige Radfahrer geben hier im Gemeinderat, Ihnen passiert das und Sie haben keine Versicherung, die dann mögliche Schäden, die beim anderen entstanden sind, abdeckt. Dann ist das wirklich ein Problem. Und ich habe mir das angeschaut auf den diversen Webseiten der Versicherungen. Da gibt es unterschiedliche Zahlen, wie viele Menschen in Österreich eine Haftpflichtversicherung haben, die das dann abdecken würde und wie viele sie nicht haben. Die Zahlen sind da irgendwo bei 60, 70 % Versicherungsabdeckung. Die restlichen haben sie nicht und das ist etwas, wo ich sage, da besteht ein absoluter Handlungsbedarf. Zusammenfassend darf ich sagen, bei diesem Antrag geht es eigentlich um mehr Verkehrssicherheit und das im Speziellen für die Radfahrer, die aktuell auch durch diese Regierung sehr, sehr viele Rechte erhalten. Ist auch in einem gewissen Bereich sehr, sehr gut, dass man die Rechte stärkt; nur wenn die Rechte gestärkt werden, erwachsen daraus oft auch Pflichten und diese Pflichten eben wollen wir verschärfen. Da wollen wir auch sagen, gut, ok, um einen geregelten Straßenverkehr auch in Zukunft sicherstellen zu können, braucht es einfach Kennzeichen für Fahrradfahrer und auch eine Versicherungspflicht. Ich bitte, diesem Antrag zuzustimmen, den sachlich zu sehen. Es ist ein Verkehrsthema, da muss man jetzt nicht emotional reagieren und ich glaube, wenn da jeder das in einer ruhigen Minute durchdenkt, wird er zum Schluss kommen, das ist eigentlich eine sehr, sehr vernünftige Forderung, die auch zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr führen wird. Dankeschön für die Zustimmung.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In Österreich besteht bei vielen Fahrzeugen eine Kennzeichnungspflicht, um im Schadensfall oder bei anderen Vergehen eine leichte Identifizierung zu ermöglichen. Eine Kennzeichnungspflicht für Radfahrer besteht in Österreich derzeit nicht.

Da in Graz immer mehr Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, steigt auch das Unfall-Konfliktpotential von Radfahrern mit anderen Verkehrsteilnehmern. Moderne Fahrräder – insbesondere E-Bikes – erreichen aktuell Geschwindigkeiten, die bei einem Zusammenstoß auch zu schweren bzw. tödlichen Verletzungen führen können.

Leider ist Fahrerflucht nach Unfällen im Straßenverkehr nach wie vor ein großes und häufig auftretendes Problem. Während von Auto- bis zu Mopedfahrern auf Grund der verpflichtenden Kennzeichnungspflicht alle problemlos identifizierbar sind, können Radfahrer nach Unfällen sehr oft unerkannt flüchten. Verletzte bzw. im Eigentum geschädigte Unfallopfer bleiben alleine auf den Folgeschäden sitzen.

Es braucht daher eine Kennzeichnungspflicht sowie eine verpflichtende Haftpflichtversicherung für alle Radfahrer, um auch mögliche aus Unfällen resultierende Kosten abzudecken. Im Schadensfall soll es auch die Möglichkeit geben, den Verursacher identifizierbar zu machen. Durch die Kennzeichnungspflicht wäre auch eine erhöhte Verkehrsdisziplin erreichbar und Vergehen wären seitens der Exekutive leichter zu ahnden.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bundesgesetzgeber wird am Petitionswege aufgefordert, zum Zwecke der Steigerung der Sicherheit des Radverkehrs ein Maßnahmenpaket zu schnüren und umzusetzen, das eine Einführung einer Kennzeichnungs- und Haftpflichtversicherungspflicht für alle Fahrräder, Lastenräder und E-Bikes umfasst.

GR Mag. Dr. **Kozina:**

Lieber Herr Pascuttini, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dieses Thema mit den Fahrradkennzeichen kommt immer. Der Hintergrund ist eigentlich ein sehr schöner, wie du gesagt hast, diese Zunahme des Radverkehrs, natürlich auch mit den E-Bikes und anderen Fahrzeugen, die zusehends kommen. Das ist eben durchaus auch erwünscht. Aber bringt natürlich auch wieder gewisse Herausforderungen für unsere Stadt. Es ist nur so, dass wir viele andere Fahrzeuge in der Stadt haben, die mehr Platz brauchen, die mehr Gefahren erzeugen und die auch mehr Schäden verursachen als die Radfahrer. Trotzdem, wie gesagt, gibt es da Herausforderungen. Wir sehen die aber nicht im Kontext von fehlenden Kennzeichen, sondern einfach, dass zu wenig Platz da ist. Die Schmiedgasse ist ein gutes Beispiel. Da führt seit Jahren quasi diese Hauptradroute durch und wir werden jetzt schauen eben im Zuge dieser Innenstadt West, dieses Konzepts bzw. mit der Neutorgasse da eine attraktive Alternative zu schaffen, dass Radfahrer und Fußgänger nicht immer sich den Raum teilen müssen. Weil dort entstehen genau die Probleme überall dort, wo wir gemischte Geh- und Radwege haben, weil eben zu wenig Platz da vorhanden ist. Es gibt auch kein Land, wenn man ein bisschen recherchiert, es gibt kein Land, wo Fahrräder Kennzeichen haben. Der Aufwand dafür ist sehr, sehr groß, sowohl administrativ als auch finanziell. Es schafft Hürden dann auch im Zugang und auch was die Versicherung betrifft. Die Schweiz hat das offenbar einmal probiert, hat das dann aber 2012 wieder eingestellt, weil de facto alle sind vielleicht gelegentlich Radfahrer, also das wird dann schnell sehr kompliziert. Ich kann sagen, wir streben dafür jedenfalls keine Kennzeichenpflicht an. Wir streben keine Versicherungspflicht an. Wir wollen auch nicht diese Law-&-Order-Politik. Wir werden daher dem Antrag weder in Dringlichkeit noch dem Inhaltlichen zustimmen. Danke.

GR **Lenartitsch:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Gemeinderätinnen, liebe Gemeinderäte, liebe Zuseher, ein paar folgen uns noch, lieber Antragsteller. Das mit der

Kennzeichnungspflicht für Fahrräder finde ich ein bisschen schwierig bzw. eine herausfordernde Situation. Es gibt Personen oder sagen wir einmal Familien, die vielleicht mehrere Fahrräder haben als jeder eines, wäre jedes so quasi irgendwie administrativ erfassbar. Wenn ich jetzt an Kinder denke, wo die Fahrräder ständig zum Tauschen sind, weil sie einfach vom Größenverhältnis nicht mehr passen, wäre wahrscheinlich eine Ab- und Anmeldung auch immer notwendig, was sicher, wenn es eine Versicherung abdecken soll extra, sicher auch kostenpflichtig sein wird. Was für mich da ein bisschen auch nicht ganz passt, ist einfach, wenn ich jetzt dann auch ein Fahrrad tausche so quasi in der Nachbarschaft oder wir haben da im Hause so quasi mehrere Fahrräder, die man nutzen kann. Wer ist dafür verantwortlich? Also, wenn ich meinen PKW jemandem verborge, weiß ich es schon, ist der belangbar. Beim Fahrradfahren oft Leute mit einem Fahrrad, wo ich sage, das liegt schon in deren Verantwortung bzw. würde dann auch eine technische Überprüfung eines Fahrrades ständig und immer gemacht werden müssen wie die § 57-Überprüfung bei einem PKW? Wie, nur wenn es registriert ist, heißt es noch lange nicht, dass es der Straßenverkehrsordnung entspricht. Dann gibt es ja Familien, die mehrere Fahrräder vielleicht oder eine Person mehrere Fahrräder hat, habe ich dann ein Wechselkennzeichen? Ich unterstütze das, wenn ich sage, alle Fahrzeuge, die über 25 km unterwegs sind, aber jedes Fahrrad oder Elektrofahrrad ist ja bis dorthin eigentlich geregelt oder zumindest abgeregelt, außer man macht das irgendwie, keine Ahnung wie das gehen sollte, aber in der Technik ist anscheinend alles möglich, dass sein Fahrrad schneller geht als 25. Also da verwehre ich mich auch, dass sie schneller gehen bzw. aber gegen eine Kennzeichnungspflicht. Wenn man jetzt sagt, gut, wir kennzeichnen ein Fahrrad und wir sind vielleicht alle mit dem Fahrrad unterwegs und dann ist die Stadt verstopft, weil alle mit dem Fahrrad unterwegs sind und kommen wir drauf, wir sollten alle zu Fuß gehen, ist es dann auch wahrscheinlich vielleicht die nächste Forderung, dass alle Fußgänger irgendwo eine Nummer oben haben, um einfach, wenn man sagt, der ist mir hineingelaufen, vielleicht den dann irgendwie zu belangen, wenn ich irgendeinen Schaden habe? Aus diesem Grund können wir leider nicht der Dringlichkeit und auch nicht dem Inhalt zustimmen. Danke.

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Frau Vorsitzende, Herr Kollege Lenartitsch, ganz konnte ich Ihnen jetzt nicht folgen, weil Sie haben ja einige Probleme zwar aufgeworfen richtigerweise, aber die dann auch selbst beantwortet. Weil, wie es auch mit dem PKW ist, wenn Sie den herborgen und fährt halt in das Radar oder macht einen Unfall, natürlich wird dann in der ersten Konsequenz wird man Sie einmal kontaktieren. Aber dann haben Sie die Möglichkeit zu sagen, an dem und dem Tag habe ich es weitergeborgt. Das wäre dann beim Rad auch der Fall. Und auch die andere Situation, die Sie aufgezeigt haben und ein bisschen in das Absurde gezogen haben, wenn dann die Fußgänger sich sozusagen gegenseitig niederrempeeln, dann haben Sie eh die Möglichkeit, dass Sie dann schnell nachlaufen und den auch anhalten. Dieses Recht gewährt Ihnen ja die Strafprozessordnung, dass Sie da bis zum Einlangen der Polizei den auch festhalten. Das geht halt nicht, wenn der andere am Rad unterwegs ist. Also wenn Sie zu Fuß unterwegs sind und der fährt Sie mit dem Rad an, da kommen Sie wahrscheinlich nicht nach. Außer Sie sind sehr schnell oder der Radfahrer sehr langsam. Also das ist die Situation, die sich natürlich dann durch ein Kennzeichen lösen würde und auch durch die Versicherung lösen würde. Ich bin bei Ihnen bei einem Punkt hinsichtlich der Kosten. Da müsste man sich natürlich dann auch überlegen, ob man das auch bezuschusst. Da könnte man durchaus auch in der Stadt ein tolles Modell auch anregen. Wenn jemand sozusagen diese Kennzeichnung macht, wenn man die Versicherung dann auch bezahlt, dass da die Stadt etwas fördert, da sind wir für alle Vorschläge offen. Aber aus unserer Sicht, weil halt Radfahrer eine steigende Gruppe der Verkehrsteilnehmer sind, sind die beiden Punkte unabdingbar, wenn es um die Sicherheit im Straßenverkehr geht. Deshalb bitte ich nochmals, kurz in sich zugehen und da sowohl bei Dringlichkeit als auch beim inhaltlichen Teil mitzugehen. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

**9.7 Teilverzicht auf die Gebührenerhebung für Wasser, Kanal und Müll
(GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, FPÖ)**

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, liebe Zuseher im Livestream. In diesem Antrag fordern wir, dass die Stadt Graz auf Gebühren verzichtet, obwohl wir heute schon gehört haben, dass der Verzicht auf Einnahmen natürlich schlecht für die Stadt ist. Das ist eh logisch. Aber wir befinden uns wirklich in einer Ausnahmesituation und ich befürchte, dass wir uns erst am Anfang dieser Ausnahmesituation befinden und wir müssen wirklich aufpassen, dass wir nicht in eine soziale Krise schlittern. Zuerst haben wir eben die Corona-Krise gehabt, die die Leute wahnsinnig unter Druck gesetzt hat und jetzt ist es diese Teuerungswelle. Die Menschen stehen in allen Lebensbereichen unter enormem Druck. Die Verbraucherpreise sind um 6,8 % gestiegen. Die Inflationsrate ist so hoch wie zuletzt in den 1980ern. Also wir befinden uns wirklich in einer Ausnahme-situation. Die hohen Treibstoffpreise schädigen und schwächen die Wirtschaft, das gefährdet Arbeitsplätze. Die hohen Energiekosten, das Heizen, egal, womit man heizt, ist enorm teuer geworden. Sogar die Pellets sind massiv gestiegen, der Strom, das Wohnen und ganz bedenklich sind die Lebensmittelpreise. Butter ist um 21 % gestiegen, Mehl um 20 %, Milch um 12 %. Also, das macht den Alltag für sehr viele wirklich schon schwierig zu bestreiten. Was kommt jetzt von unserer tollen Bundesregierung, was ist da zu erwarten? Die Bundesregierung, die ihre Ideologie über das Wohl der Bevölkerung stellt, ich nenne nur das Beispiel Autofahren. Das Auto ist einfach für viele und es ist nach wie vor so unbedingt notwendig, sei es beruflich, sei es familiär, die Leute brauchen es einfach. Es ist unabdingbar. Das Autofahren ist aber beispiellos teuer geworden. Im Gegensatz zum Bahnfahren, das wurde billiger, aber natürlich nur, weil es massiv gestützt wird aus dem Steuertopf. Und jetzt in dieser Ausnahmesituation verzichtet die Bundesregierung nicht einmal auf die CO₂-Steuer, die im Sommer kommen wird. Also auf Biegen und Brechen wird einfach die grüne Ideologie durchgesetzt. Egal, ob sich das die Leute leisten können und in Zukunft noch leisten können werden und das halten wir sozial gesehen für sehr gefährlich. Nutznießer der

Teuerungen ist die Bundesregierung, die mit Milliarden Mehreinkommen rechnen kann, Milliarden, durch die Umsatzsteuer und die Mineralölsteuer. Und die angedachten Maßnahmen, die es seitens der Bundesregierung gibt, sind einfach viel zu gering und entlasten die Menschen zu wenig. Andere Länder, Nachbarländer zeigen vor, wie die Menschen tatsächlich entlastet werden könnten eben durch Preisdeckelungen oder durch den Verzicht auf Steuern, Umsatzsteuer oder Mineralölsteuer. Aber da ist bei uns eben nichts zu erwarten. Wir wünschen uns eben eine finanzielle Entlastung für die Grazer, die sofort spürbar ist und von der Stadt rasch umgesetzt werden kann. Als rasche und direkte Hilfe könnte die Stadt für einen gewissen Zeitraum auf einen großen Teil der Wasser-, Kanal- und Müllgebühren für alle Haushalte verzichten. Damit ergeht natürlich die Forderung einher einer Prüfung der zuständigen Stellen, welche Möglichkeiten bestehen, an den enormen Einnahmen des Bundes zu partizipieren. Das heißt, über Finanzverhandlungen den Einnahmeausfall zu kompensieren und vielleicht auch darüber hinaus noch mehr Geld für Graz zu lukrieren. Der Antragstext liegt Ihnen vor. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Viele Bürger sehen sich durch die Corona-Maßnahmen und die aktuelle Teuerungswelle in nahezu jedem Bereich des Lebens einem enormen Druck ausgesetzt. Die Teuerung betrifft leider alle Lebensbereiche.

Die hohen Preise für Treibstoff, Energie und damit auch für das Wohnen und vor allem für Lebensmittel machen allen zu schaffen. Im März 2022 stiegen die Verbraucherpreise in Österreich um 6,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Damit erreichte die Inflationsrate im Februar 2022 mit + 6,8 % den höchsten Wert seit 1981.

Was heißt das genau für die Bevölkerung?

Butter wurde um 21 % teurer, Mehl um 20 % und Milch um 12 %. Den Alltag finanziell zu bestreiten wird für viele Familien daher immer schwieriger.

Ich finde es erschreckend, herzlos und fast diktatorisch, dass hier Ideologie über das Wohl der Bevölkerung gestellt wird. Das Autofahren, das für viele Menschen beruflich aber auch familiär einfach unabdingbar ist, ist ebenso beispiellos teurer geworden, während das Bahnfahren aber durch die hohen Subventionen für das Klimaticket billiger wurde.

Die Bundesregierung zeigt immer wieder, dass sie nicht gewillt ist, den Österreichern zu helfen, obwohl der Staat durch die Teuerungen Milliarden an Mehreinnahmen alleine durch Umsatzsteuer und Mineralölsteuer einnimmt und einnehmen wird.

Die angedachten Maßnahmen der Bundesregierung sind absolut nicht ausreichend, für das Bilden von Arbeitskreisen fehlt die Zeit. Andere Länder zeigen mit einer Preisdeckelung oder einem Aussetzen von Steuern, wie die Menschen sofort spürbar entlastet werden können.

Wir wollen der Grazer Bevölkerung sofort und unmittelbar finanzielle Entlastung zukommen lassen. Als rasche und direkte Hilfe kann die Stadt Graz zum Beispiel in einem bestimmten Zeitraum auf Wasser-, Kanal- und Müllgebühren für alle Haushalte verzichten.

Dieser Verzicht wäre sofort für jeden Haushalt spürbar und wäre ein Paradebeispiel für direkte und soziale Politik wie sie von allen Parteien immer wieder angekündigt wird. Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob eine Reduktion der Wasser- Kanal- und Müllgebühren in der Höhe von 35 % laut Motivenbericht möglich ist. Des Weiteren werden die zuständigen Stellen aufgefordert zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, an den zu erwarteten Mehreinnahmen des Bundes, über Finanzverhandlungen einen Einnahmenausfall zu kompensieren.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzte Stadtsenatsregierung, Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin, liebe Astrid, in aller Kürze: Wir sind gegen eine Verkürzung, wie du Sie vorschlägst. Aus dem simplen Grund, weil wir der Meinung sind, dass auf der einen Seite ein Verzicht auf Gebühren, die die Stadt einheben darf, nicht zielführend ist, insbesondere dann, wenn sie aus unserer Sicht unausgegoren ist dahingehend, dass das nicht valorisiert ist und auch nicht sozial gestaffelt. Deshalb werden wir dem Antrag nicht zustimmen.

StR Eber:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herrn. Danke für den Antrag. Die Kollegin Astrid Schleicher hat in ihrem Antrag, in ihrem Motivenbericht vor allem natürlich vieles Richtige gesagt. Insbesondere, dass man genau hinschauen muss, dass durch diese Inflation, die im Moment in einer derart hohen Höhe sich bewegt, dass man da natürlich schauen muss, wie kann man die Menschen entlasten. Weil es sind längst nicht mehr „nur“ die SozialCard-Inhaber:innen, die da stark betroffen sind, sondern es sind längst die Berufstätigen, die Kleinstunternehmer, die von dieser Teuerungswelle betroffen sind. Und selbstverständlich muss man da entgegensteuern und von daher hat es mich, und das möchte ich nur anmerken, auch etwas überrascht,

dass die FPÖ dann seinerzeit vor zwei, drei Monaten auch dagegen war, dass man die städtischen Mieten nicht erhöht. Aber das nur nebenbei. Was nun den Antrag selbst anbelangt, wir haben heute schon ein bisschen davon gehört. Wir sind in einer budgetären Lage, wo wir wirklich jeden Euro sozusagen zweimal umdrehen müssen und eine Senkung der Kosten für Müll, Wasser und Kanal würde bedeuten, dass wir ungefähr 50 Mio. Euro weniger an Einnahmen hätten. Wo ich allerdings anknüpfen möchte, das ist, du hast das in deinem Antrag auch explizit erwähnt, das sind die Verhandlungen, die selbstverständlich wir mit dem Bund auch führen werden müssen, nämlich, dass wir mehr und deutlicher vom Finanzausgleich in Zukunft profitieren müssen. Da haben wir allerdings natürlich das Problem, dass wir wenig Verbündete haben, weil natürlich oft einmal andere Städte, andere Gemeinden mehr auf sich schauen als auf gemeinsame Interessen, die wir natürlich da auch vertreten. Zum Abschluss vielleicht noch ganz kurz noch, was den Bund auch anbelangt. Also, ich bin ja auch der Meinung, dass man durchaus einfordern müsste vom Bund, dass er bei Lebensmitteln, insbesondere Grundnahrungsmitteln, für diese außerordentliche Situation, in der wir uns befinden, beispielsweise die Umsatzsteuer erlässt, zumindest einmal für einen gewissen Zeitraum. Danke.

StR Dr. Riegler:

Es hat immer schon zu den besonders unglücklichen Entwicklungen gehört in der Kommunalpolitik, wenn man glaubt, auf kommunaler Ebene Probleme lösen zu müssen, die irgendwie weltweit induziert sind. Und wir haben eine eindeutige Bundesverfassung mit einem eindeutigen Bundesfinanzausgleich und der sieht vor, dass eben die großen Themen der Bund zu lösen hat. Ich darf Ihnen daher heute kundtun, dass der Bund, Sie können das gerne nachlesen, ich kann Ihnen das gerne kopieren, allein in den letzten Monaten beschlossen hat 50-prozentige Erhöhung des Pendlerpauschales und Vervierfachung des Pendler-Euros. 100 Euro als einmaliger negativsteuerfähiger Betrag über 400 Mio. Euro; 150 Mio. Euro heuer für Preissenkungen im öffentlichen Verkehr, Ausgleich von steigenden Energiekosten im

öffentlichen Verkehr usw. usf. Ich möchte Ihnen das nur sagen. Es gibt von Bundesseite momentan sehr, sehr viele Vorkehrungen, die eindeutig darauf gerichtet sind, den Menschen bedarfsgerecht, nämlich die, die es wirklich brauchen, zu helfen, statt mit der Gießkanne jetzt irgendwelche Abgabensenkungen auf kommunaler Ebene zu fordern. Also ich möchte Sie wirklich daran erinnern, dass wir zunächst einmal eine Bundesregierung haben, die einen Teuerungsausgleich bereits beschlossen hat. Da sind ja dankenswerterweise übrigens die Kollegen von den Grünen da noch mit im Boot. Die Frau Gewessler ist ja selbst momentan auf der Suche nach billigen Gaslösungen und ich denke mir daher, dass wir zunächst einmal abwarten sollten, was der Bund und was die Länder da beitragen können, um eben den Teuerungsausgleich herbeizuführen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Danke für die Wortmeldungen. Das ist mir schon klar, dass der Bund schon etwas gemacht hat. Aber es ist einfach nicht genug und es kommt bei den Menschen nicht schnell an. Wenn ich an diese 150 Euro denke, Heizkostenzuschuss, ich kenne niemanden, der den schon erhalten hat, geschweige denn, ob derjenige dann weiß, ob er ihn einlösen darf oder nicht. Es schaffen auch Nachbarländer wirklich, die Leute zu entlasten, wie erwähnt, mit Preisdeckelungen oder Steuerverzicht. Ich weiß nicht, warum das für die Österreichische Bundesregierung wieder so ein Problem darstellt. Danke, Herr Finanzstadtrat, für die halbpositive Wortmeldung. Schade ist natürlich, dass wir da keine Entlastung für die Grazer bekommen, die wirklich ad hoc und rasch eben zu spüren ist. Aber ich werde Sie beim Wort nehmen, dass Sie sich da im Bund einbringen und bin schon gespannt, wie viel Geld Sie für die Stadt Graz und die Grazer lukrieren werden.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

**9.8 Leerstandsabgabe
(GRⁱⁿ Anna Robosch, SPÖ)**

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werde ich auch versuchen, sogar die Vorstellung meines Antrages sehr kurz zu halten. Ich glaube auch, dass wir alle in diesem Gemeinderat schon sehr oft über dieses Thema gesprochen haben und deswegen kann ich mir sehr viele Dinge einfach sparen, die wir ohnehin alle wissen. Dennoch wissen wir, dass Politik das Bohren harter Bretter ist, und was am Dienstag im Landtag beschlossen wurde, ist sehr, sehr lang. Jahren von Forderungen von der Sozialdemokratie vorhergegangen und auch jahrelangen Verhandlungen. Im Landtag ist eine Leerstandsabgabe und Zweitwohnsitzabgabe beschlossen worden, die es Gemeinden ermöglicht, diese auch einzuziehen. Das ist eine Kannbestimmung und keine Mussbestimmung und es ermöglicht uns zum ersten Mal, ein Instrument zur Mobilisierung von leistbarem Wohnraum in die Realität umzusetzen. Wir wissen, dass vor allem in Graz die Goldgräberstimmung und auch diese quasi Euphorie der Anleger:innen sehr groß war. Die Immobilienbranche selbst hat mit großen Renditen und mit dem Geheimtipp Graz geworben und jahrelanges Blockieren auch von politischer Seite, überhaupt den Leerstand in Graz zu erheben, hat das nicht möglich gemacht, dass wir eigentlich auch fixe Zahlen haben, die uns zeigen, wie viele Wohnungen ganz klar in Graz auch leer stehen gelassen werden. Was wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wissen, ist, dass es tausende Wohnungen auch in Graz sind und das zuständige Amt bereitet auch gerade jetzt eine Leerstandserhebung in einigen Teilen in Graz vor. Also bald werden wir auch genaue Daten dazu haben. Durch den Beschluss im Landtag, wie schon gesagt, ist zum ersten Mal ein Instrument überhaupt vorhanden für uns, auch quasi diesem bewussten Leerstand, der die Mietpreise künstlich hoch hält und der auch quasi die Wertsteigerung für einige wenige sicherstellt, wirklich auch entgegenzutreten. Wir wissen auch, dass schon lange bevor auch eine Teuerung, die wir jetzt gerade in vielen Bereichen erleben, dass die Teuerung vor allem bei den

Mieten schon sehr, sehr, sehr lange besteht und in dem Antrag sehen Sie auch eine Grafik, dass seit 2015 auch die Mieten einer der größten Treiber der Inflation waren. Was Ballungszentren und touristische Gebiete in der Steiermark gemein haben, ist, dass dort auch sehr viel mit Zweitwohnsitzen oder bewusstem Leerstand quasi gearbeitet wird und dadurch Wohnraum nicht vorrangig zum Wohnen da ist, sondern zum Spekulieren. Dieser Spekulation möchten wir in Graz quasi entgegen und wir möchten ein klares Signal an die Grazer Bevölkerung schicken, dass diese Goldgräberstimmung nun zu Ende ist und dass wir wieder Immobilienspekulation quasi entgegentreten wollen und den Wohnraum als Menschenrecht und als Wohnraum zum Wohnen sehen wollen. Die daraus entstehenden Einnahmen sind auch quasi ein Benefit für die Stadt Graz, denn wir wissen alle, dass wir auch als Stadt Graz sehr wohl die Infrastruktur für Leerstand oder für neu entstehende Wohnungen zur Verfügung stellen, die dann am Ende des Tages aber leerstehen und deswegen wir auch sehr viele Kosten haben, die einfach sich nicht rechnen. Deswegen darf ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag

stellen:

Der Gemeinderat der Stadt begrüßt grundsätzlich die Möglichkeit der Einführung einer Leerstandsabgabe, bekennt sich zur alsbaldigen Prüfung der Umsetzung des vom Steiermärkischen Landtag beschlossenen Gesetzes für eine Leerstands- und Zweitwohnsitzabgabe durch die zuständigen Stellen der Stadt Graz und spricht sich für eine ehestmögliche Realisierung einer Leerstandsabgabe für das Gemeindegebiet der Landeshauptstadt Graz aus. Dankeschön.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

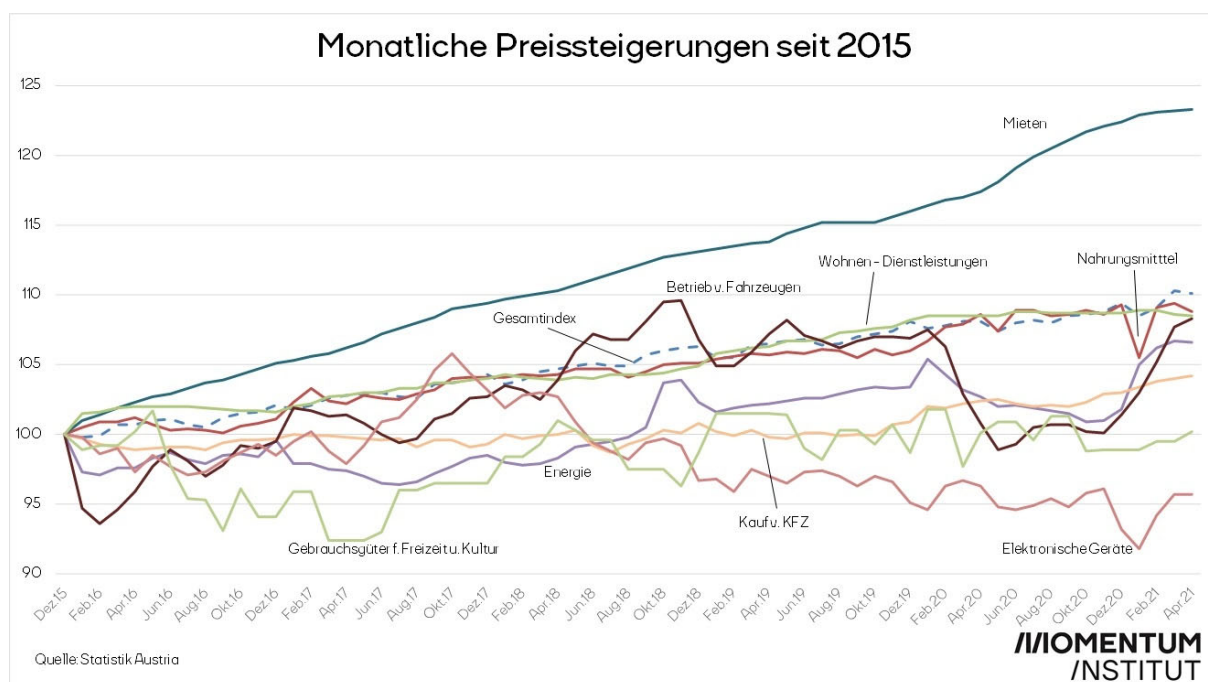
Am Dienstag ist im Steiermärkischen Landtag ein Meilenstein für die Mobilisierung von leistbarem Wohnraum beschlossen worden. Das neue Raumordnungsgesetz erlaubt es Städten und Gemeinden künftig, eine Leerstandsabgabe einzuheben. Städte und

Gemeinden können dann für Wohnungen, die länger als ein halbes Jahr nicht genutzt werden, eine Abgabe einfordern. In Graz kennen wir das Problem des absichtlichen Leerstands durch die immer ausuferndere Immobilienspekulation schon lange und seit vielen Jahren drängen wir auf diese Lösung.

Die Baupolitik der vergangenen Jahre hatte die Gewinne der Immobilienbranche mehr im Sinn als Wohnraum für alle zu sichern. Nicht umsonst ist Graz in vielen Zeitungen bereits als „El Dorado“ für Anleger:innen bezeichnet worden. Die Immo-Branche macht daraus auch kein Geheimnis. Graz gilt als „Geheimtipp“ für rasche und hohe Renditen.

Durch jahrelanges Blockieren gab es lange Zeit nur Schätzungen, wie viele Wohnungen den Menschen, die in Graz auf Wohnungssuche sind, bewusst vorenthalten werden. Was wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sagen können ist, dass es sich vor allem in Ballungszentren wie Graz dabei um mehrere tausend Wohnungen handelt. Das zuständige Amt arbeitet gerade an einer Leerstandserhebung und die Daten werden uns schon bald zur Verfügung stehen.

Durch den Beschluss im Landtag haben wir nun endlich ein Instrument, um aktiv gegen den Leerstand vorzugehen. Denn obwohl die bisherige Baupolitik einem Beton-Bauwahn gleicht, steigen die Wohnpreise ständig. Außerdem lässt man den neu entstandenen Wohnraum viel zu oft leer stehen, um von Wertsteigerungen zu profitieren. Dabei verschlingt das Wohnen immer mehr vom Einkommen. Die Preissteigerungen im Bereich der Mieten waren in den letzten Jahren der große Treiber der Inflation in Österreich. Dies betrifft vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen, die einen großen Teil davon für Wohnen und Lebensmittel ausgeben. Auch Baugrund wird für die Bevölkerung immer weniger leistbar.



Was Ballungszentren und touristische Gebiete gemein haben ist, dass Wohnraum hier nicht mehr vorrangig dem Grundbedürfnis „Wohnen“ dient, sondern viel mehr ein sicheres Geschäft mit hohen Renditen und umso mehr Spekulation bedeutet. Die nun mögliche Leerstandsabgabe soll daher so rasch wie möglich eingeführt werden, um ein klares Signal an die Grazer Bevölkerung zu senden: die Zeiten der Goldgräberstimmung für Immobilienspekulant:innen in Graz sind vorbei, ab sofort stehen wieder die Interessen der Grazer:innen, wie das Menschenrecht auf Wohnen, im Mittelpunkt!

Darüber hinaus kann die Stadt mit den Einnahmen auch die Kosten für bestehende Infrastruktur finanzieren und in den städtischen Wohnbau investieren, um die Grazer:innen so zusätzlich zu entlasten.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt grundsätzlich die Möglichkeit der Einführung einer Leerstandsabgabe, bekennt sich zur alsbaldigen Prüfung der Umsetzung des vom

Steiermärkischen Landtages beschlossenen Gesetzes für eine Leerstands- und Zweitwohnsitzabgabe durch die zuständigen Stellen der Stadt Graz und spricht sich für eine ehestmögliche Realisierung einer Leerstandsabgabe für das Gemeindegebiet der Landeshauptstadt Graz aus.

GR Dr. **Hackenberger:**

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer, liebe Anna. Herzlichen Dank. Das ist ein großartiger dringlicher Antrag, großartig aus mehreren Gesichtspunkten. Zum einen kam er sozusagen schneller, als die Polizei erlaubt. Ich habe versucht, in der Rechtsdatenbank des Bundes dieses Gesetz abzurufen und das ist noch nicht einmal veröffentlicht worden. Ich kann auch nicht nachvollziehen, wann es in Kraft treten wird, aber das ist jetzt im Augenblick sicherlich nicht allzu wichtig. Das ist der eine Aspekt. Der zweite Aspekt ist, dass es ein Antrag ist, der die Stadt Graz in die Lage versetzt, vollkommen aus Eigenem diese Abgabe umzusetzen, d.h. wir müssen an niemanden appellieren, wir müssen gar nichts machen, außer eine Verordnung zu produzieren, in der drinnen steht, wie viel Euro pro Quadratmeter und Jahr wir an Leerstandsabgabe erheben. Das kann man differenzieren je nach Gegend und durchschnittlichen Wohnungspreisen und die Obergrenze sind 10 Euro pro Quadratmeter, also für eine 100 Quadratmeter Wohnung 1.000 Euro im Jahr. Ob das ausreicht, sei dahingestellt, aber bemerkenswert ist das Instrumentarium, das uns das Land hier zur Verfügung stellt. Bisher war ja eines der Hauptargumente gegen diese Leerstandsabgabe, dass es wohl sehr teuer werden würde, um das überhaupt zu erheben und dass das aufwendig ist und dass man wahrscheinlich ein Vermeidungsverhalten provoziert, das man nicht abstellen kann. Was hat das Land gemacht in seinem Gesetz? Es ermöglicht den Kommunen, eine umfangreiche Datensammlung anzulegen und die Daten miteinander zu verknüpfen, sodass die Vorstellung, dass man halt 100 Beamtinnen und Beamte losschickt, die durch die Wohnanlagen gehen und überall anklopfen oder anläuten, um zu erfahren, ob da eine nicht bewohnte Wohnung vorhanden ist, der Vergangenheit angehört. Die

Kommunen, also die Stadt Graz, in unserem Fall kann speichern, abfragen und verknüpfen Daten wie Namen, Geburtsdatum, Geschlecht, Firmenbuch, UID-Nummer, Vereinsregister, Kontonummern sogar, Adressen, Telefonnummern, E-Mails und Verbräuche von Energie, also Strom und Gas. Das heißt, was wir als Erstes brauchen werden, um das effektiv umzusetzen, wird auch ein vernünftiges IT-Programm sein, das diese Daten dort, wo es nötig ist absaugt und miteinander verknüpft. Dann haben wir ein Instrument, wo wir mit einem nicht allzu großen Aufwand diesen Missstand dauerhaft abhelfen können werden, sofern die Höhe der Abgabe überhaupt eine Änderung des Verhaltens erzwingt. Was schon zu berücksichtigen ist, dass das Konzept, Wohnungen zu kaufen und nicht zu vermieten, um sozusagen unbenutzte Wohnungen zu einem nachher besseren Preis wegen der allgemeinen Preissteigerung anbieten zu können, dass dieses Konzept nicht dazu führen wird, meiner Meinung nach, dass man es umgeht, indem man Wohnungen dann teilweise bewohnt und dann teilweise nicht, weil das Konzept beinhaltet genau den Umstand, dass es eine nagelneue Wohnung ist, die man zu einem besseren Preis weiterverkaufen kann. Wir werden also sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt dieses Antrages sehr gerne zustimmen. Vielen Dank.

GR Alic:

Ich werde mich kurzfassen, liebe Anna, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ja, ich sage es gleich, also als Erstes wir stimmen sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zu. Ich wäre nur vorsichtig mit Superlativen, wobei Meilenstein genau genommen eh keine Superlative ist, er ist nur beeindruckend, wenn man zu Fuß unterwegs ist und liest: 300 Meilen nach Triest. Aber sonst wäre ich insofern vorsichtig, weil es hat eine große Symbolwirkung. Das stimmt, wir wollen nicht, dass spekuliert wird in unserer Stadt mit Wohnraum. Ganz und gar nicht. Das wollen wir nicht. Ob es als Instrument gleich tauglich ist, das weiß ich nicht, für das bin ich zu wenig Jurist, um das beurteilen zu können. Ich bin auch nicht Beamter, der mit den Erhebungen betraut ist, dass ich jetzt beurteilen könnte, wie groß der Aufwand ist.

Persönlich halte ich die Strafe für relativ gering und dadurch wenig abschreckend für jemanden, der mit Immobilien spekuliert. Ich glaube auch, dass es schwer nachweisbar sein wird insgesamt, ob jemand, weiß ich nicht, seine Wohnung nicht vermietet, weil er sie für seine Kinder aufbehält oder ob er damit spekuliert. Das weiß ich nicht. Ich glaube auch, dass Ausnahmeregelungen zu schwammig formuliert sein könnten und ja, es hätte vielleicht eine längere Begutachtungsfrist gut getan. Dennoch werden wir dem zustimmen. Ich glaube nur, dass es das Problem nicht lösen wird insgesamt. Es ist einfach ein Steinchen zu dem Ganzen, das wir natürlich auch brauchen als Instrument, das stimmt und auch benutzen werden. Deswegen die Zustimmung in beiderlei Hinsicht. Die beste Lösung, um leistbaren Wohnraum zu schaffen, ist es, Gemeindewohnungen zu schaffen unter Mietzinsobergrenze und noch ganz viele andere Dinge, für die man vielleicht noch oft heraußen stehen werden. Aber dennoch Zustimmung. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Neos) angenommen.

GR Dr. Piffl-Percevic:

Die Zeit ist fortgeschritten. Die guten Vorsätze steigen dramatisch. Von wegen Kürze, Frau Vorsitzende. Liebe Anna, du bist mit schmückenden Beiwörtern großartig. Ich stehe nicht an, das irgendwie zu relativieren. Du hast von einer „Goldgräberstimmung ist zu Ende“ gesprochen. Davon haben die Leute noch lange nichts. Denn Max Weber zitierst du: „Ein schnelles, langsames ...“ Heißt das Zitat: „Ein starkes, langsames Bohren harter Bretter mit Leidenschaft“, das ist dir nicht abzusprechen, „und Augenmaß“. Also das ist ein ehrgeiziges Vorhaben. Das ist sehr treffend für das Ganze. Ich zitiere jemanden, ich sage dann gleich wen, damit ich nicht mit fremden Zitaten und Plagiaten: „Also, wie viele Objekte davon betroffen sind und mit welchen Einnahmen da zu rechnen ist, können wir aber eben noch nicht sagen. Wichtig ist auch festzustellen, dass wir damit grundsätzlich das Problem von bezahlbarem Wohnraum nicht lösen werden.“ Wer hat das gesagt in den Medien? Elke Kahr. Also ja, sie stellt es

nicht in Abrede, wird bestätigt. Es ist ein ganz ehrgeiziges Vorhaben. Im Übrigen, Kollege Hackenberger, ich habe den Text in den Händen, unser Klub hat mir das besorgt. Ich nehme an, dass das die Letztversion ist. Am 22. Oktober soll das Gesetz in Kraft treten und die Verordnungen können dann auch noch danach erlassen werden. Spätestens auch rückwirkend mit diesem Inkrafttreten. Das wird ganz schwierig. Allein die Liste der Ausnahmen in § 9: 10 Punkte. Dann die Einbringung, die Bemessung, jeder hat das selbst sich zu bemessen. Also ich sage, es ist die, ich möchte keinen Teufel an die Wand malen, aber Staatsanwaltschaften könnten damit zu beschäftigen sein. Wir haben keine Erfahrungswerte. Dann gibt es die Stimmen, Bürgermeister aus Ramsau, zwar nicht unser Problem, dass das viel zu niedrig ist 1.000 Euro pro Jahr bei 100 Quadratmetern in bester Lage. Also in Wirklichkeit viel geringer im Schnitt. Die Zahl, die du nennst, 38, könnte sein, mit den Ausnahmen rechne ich bestenfalls einem Drittel, dann die Größe. Es werden 3 bis 5 Mio. Euro pro Jahr flächendeckend zu erzielen sein. Die Verwaltungskosten noch gar nicht abgezogen. Also, und da soll man schneller als die Polizei erlaubt, das ist ja nicht gut. Wir haben morgen unseren Planungsausschuss, unseren fortgesetzten. Ich erwarte mir, wir haben gerade jetzt die zweite Tagesordnung für morgen, wieder eine ganz andere Tagesordnung als noch vor ein paar Tagen. Also ich weiß nicht, was da im Gange ist. Ganz anders, bitte. Ich kann es dir zeigen, Frau Stadträtin. Gerade jetzt erst gelesen überraschend. So, wir sind aber gefasst, dass wir auch das Projekt Leerstandsabgabe, das du auch anführst und auch die Elke Kahr in ihrer Äußerung, das der Herr Bürgermeister Nagl in Auftrag gegeben hat, dass wir über den Stand morgen informiert werden. Vielleicht die dringenden Sachen, wenn sie so sind, sollten wir morgen auch schon zumindest behandeln. Wir sind gesprächsbereit, aber wir sind noch lange nicht überzeugt, dass das ein sinnvoller Weg ist, um leistbaren Wohnraum sicherzustellen. Aus diesem Sinne wird es dich nicht überraschen, wie wir abstimmen.

GR Günter **Wagner**:

Hoher Gemeinderat, werte Antragstellerin. Ja, von einem Meilenstein ist im Antragstext zu lesen, einem großen Wurf, habe ich auch schon gehört. Aber ich glaube, das ist kein großer Wurf, sondern eher einmal ein großer Eingriff in das Eigentum. Nicht jeder, der eine Immobilie besitzt, ist gleich ein Spekulant und 10 Euro pro Quadratmeter pro Jahr, also bei 100 Quadratmeter die 1.000 Euro, das ist sicher von der Höhe her einmal sicher zu niedrig angesetzt. Zumindest für den, den du mit dem Antrag treffen willst. Es gibt aber immer andere. Es gibt Menschen, die hart sparen, dass sie sich eine Ferienimmobilie anschaffen, die sie kaufen und kaum bewohnen. Es gibt aber auch Menschen, die dann das Glück haben, eine Immobilie zu erben. Die vielleicht nicht im Zustand ist, diese gleich zu vermieten, das Geld für Investitionen nicht haben oder die für ein paar Jahre behalten wollen, weil es einen Eigenbedarf in den nächsten paar Jahren gibt. Für die ist es sehr wohl ein sehr großer Eingriff und ein hoher Betrag. Für die Immobilienspekulanten, von denen du sprichst, ist das maximal ein großer Lacher, weil die 1.000 Euro, die sind in der Wertsteigerung in dem Jahr bei einer Immobilie von 100 Quadratmetern um ein Zifaches höher als die 1.000 Euro, die er da an zusätzlichen Abgaben zahlen muss. Und ich glaube, wir irren auch, wenn wir glauben, dass das dann Wohnraum lukriert und nicht im Endeffekt beim Verbraucher landet. Die werden das ja weiterhin miteinrechnen, aufschlagen und auch beim Weiterverkaufen aufschlagen. Also der da investiert, der wird sicher nicht seinen Gewinn schmälern, sondern wird das einfach zum Schluss obendrauf rechnen, so wie man das auch aus anderen Situationen auch schon kennt. Wie gesagt, dem Problem wird man damit nicht Herr werden und deshalb, so wie in der jetzigen Situation, nein zu weiteren Steuern und Abgaben, die keinen klaren Lenkungseffekt haben. Aber ich bin beim Kollegen Alic, der sagt, ja, weiterhin sozialen Wohnbau forcieren, mehr soziale Wohnungen bauen und somit schauen, dass die Mietpreise nach unten gehen. Danke.

KO GR Dreisiebner:

Es passt eigentlich ganz gut, dass Kollege Wagner jetzt auch noch am Redner:innenpult war, Peter Piffl-Percevic. Kollege Wagner, was mir als Erstes auffällt ist, dass jene Fraktionen, die immer schon Gründe gegen im Sinne von Petitionen an den Landesgesetzgeber, Bundesgesetzgeber usw. gegen Leerstandsabgaben aufgetreten sind, und damit meine ich die Freiheitliche Partei und die Volkspartei, jetzt auch gute oder zumindest vorgeschoben viele Gründe finden wollen. In all dieser Kürze, schneller als die Polizei erlaubt, danke Gerhard Hackenberger, um das, was beschlossen worden ist, auch quasi wieder schlechztureden. Wir sind uns alle einig, die einen Fraktionen hätten sich höhere Beiträge gewünscht, die anderen hätten sich weniger Ausnahmen gewünscht. Es gibt eine Landesregierung, es gibt einen Landtag, der hat uns ein Gesetz vorgelegt, vorgelegt. Das kann man jetzt bitte so oder so interpretieren und auch nehmen, wie man will. Es ist ein Baustein, vielleicht ein kleiner Baustein und vielleicht ist es auch ein erster Schritt, um in weiteren Schritten auch die Höhe bzw. die Anzahl der Ausnahmen anders zu definieren. Um was es besonders geht, aus unserer Sicht besonders geht: Wir bauen in dieser Stadt an vielen Ecken und Enden und das ist auch notwendig, weil die Stadt Graz wächst. Das ist auch notwendig, dass privates Investment in dieser Stadt baut. Wir können das nicht alles über Genossenschaft und Gemeindewohnbau abdecken. Aber wir stellen überall Infrastruktur her, wir asphaltieren überall Straßen, bauen Gehsteige, bauen Radwege, gestalten öffentliche Räume, schicken öffentlichen Verkehr hin usw. usf. Was unter der Erde ist, das brauche ich jetzt auch nicht mehr aufzählen und das, um dann unter Umständen gar nicht bewohnte Wohnungen zu versorgen. Wir haben die Kosten und hier käme zumindest etwas zurück. Und bitte, keine Sorge um jene Theaterwohnungen, um jene Zweitwohnsitze, die zweimal im Jahr in der Stadt oder im Ort X oder Y sich aufhalten. Wer sechs Monate durchgehend keinen Leerstand hat, das heißt, ein paar Mal im Jahr im Theater ist, ein paar Mal im Jahr, ich sage, in Schladming ist, Gamlitz ist, hat nicht zu befürchten, unter den Leerstands begriff zu fallen oder hier in dieser Gemengelage stehenden Begriff zu fallen. Also, nehmen wir doch das als Chance. Ich hoffe, dass es uns im Aufwand nicht so viel kostet, dass wir es besser nicht einführen, dass wäre

wichtig und ansonsten arbeiten wir an der Verbesserung dieses Gesetzes. Aber ich bin froh, dass es da ist. Dankeschön.

GR Gostentschnigg:

Ja, ich sage das vielleicht nicht ganz so oft, aber die Kollegen von der ÖVP und der FPÖ haben in einigen Punkten diesmal sogar Recht. Es ist nämlich tatsächlich so, dass die Höhe dieser Abgabe derart gering bemessen ist, der vielfach genannte Lenkungseffekt sehr wahrscheinlich in der Praxis tatsächlich ausbleiben wird. Die Frage ist halt, machen wir es trotzdem oder nicht, und in der Frage unterscheiden wir uns. Ich nehme an nämlich tatsächlich, wir sollten das Werkzeug, das uns da das Land Steiermark in die Hand gelegt hat mit allen Fehlern, das es leider hat, trotzdem anwenden. Insofern gehe ich mit der SPÖ mit und wir werden natürlich aus dem Grunde auch zustimmen. Allerdings sollten wir den Menschen da draußen nicht mehr versprechen, als wir tatsächlich halten können. Wenn man sagt, dass das ein Meilenstein ist, wenn man von einem großen Wurf spricht, verspricht man, glaube ich, den Menschen tatsächlich ein bisschen zu viel und das ist auch nicht allzu gescheit. Dass es natürlich viel mehr kommunalen Wohnbau braucht, dass der Bund auch gefordert ist, eine tatsächliche Mietpreisdeckelung bundesweit einzuziehen und dass der Bund auch gefordert wäre, diese Leerstandsabgabe in einer Höhe zu machen, die tatsächlich jene trifft, die es treffen soll und so trifft, dass es tatsächlich den Lenkungseffekt hat, den es braucht, ist auch klar. Trotzdem stimme ich dem Antrag natürlich gerne zu, weil es zumindest ein kleiner Schritt ist. Man darf den Leuten das aber auch nicht jetzt als den gigantischen Wurf verkaufen, der es leider nicht ist. Trotzdem ist es ein kleiner Schritt, den wir gerne mittragen. Aber ja, vielleicht die Einordnung. Wir sollten trotzdem noch ein bisschen überdenken, nicht, dass man falsche Hoffnungen weckt. Ich glaube, wir haben trotzdem auch mit dieser Leerstandsabgabe, wenn es sie hier in Graz dann geben sollte, noch einen weiten Weg vor uns, dass das Wohnen für die Leute trotzdem wieder leistbar wird. Danke.

GR Mag. **Pointner:**

Werte Kolleginnen und Kollegen. Wir stimmen in einer Linie ab wie im Land. Wir stimmen gegen die Leerstandsabgabe aus dem Grund, weil sie unausgegoren ist und sehr viele Fragen aufwirft, auch verfassungsrechtliche. Ich bin ein bisschen verwirrt, wie es hier so ist, weil die KPÖ hat im Land dagegen gestimmt und jetzt hier dafür und die ÖVP hat im Land dafür gestimmt und hier weiß ich es nicht, weil beim Stadtrat Riegler habt ihr mich überrascht. Also, wir fahren eine klare Linie. Für uns ist das zu unausgegoren das Ganze und in der Wirkung zu unsicher. Daher dagegen, leider, Anna, tut uns leid.

GRⁱⁿ **Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Danke für die Wortmeldungen und die breite Zustimmung. Danke, Herr Kollege Hackenberger, für das Wort großartig und schneller als die Polizei erlaubt. Ja, zur Ergänzung, ja, es wird im Juni kundgemacht und im Oktober tritt das Gesetz in Kraft. Kollege Alic, ich glaube trotzdem, dass es ein Meilenstein ist. Man muss sich trotzdem fragen, wo ist dieser Meilenstein und wie weit ist der Weg noch? Natürlich, da gebe ich natürlich allen auch Recht, und der gemeinsame Weg zum leistbaren Wohnen wird sicher viele, viele andere Instrumente auch noch brauchen, aber trotzdem die Einführung dieses Instrumentes ist ein sehr, sehr wichtiger Schritt, unserer Meinung nach. Über die Höhe haben wir auch schon sehr viel gehört. Ja, die Höhe ist ganz bewusst so angesetzt, weil wir auch genau wissen, dass es möglicherweise vor dem Verfassungsgerichtshof debattiert und ausverhandelt wird und wir möchten die Höhe so ansetzen, dass sie dort auch hält. Alle Expertinnen und Experten sagen, dass sie das in diesem Fall tun wird und dass es dadurch nicht zu einem Eingriff in das Eigentum gewertet wird. Zu den Ausnahmeregelungen und zum Verhalten der ÖVP bin ich schon sehr überrascht, ehrlicherweise. Wir haben das lange mit der ÖVP Steiermark ausverhandelt und die ÖVP Graz will es jetzt nicht umsetzen. Ja, ok. Das habt ihr vielleicht intern zu thematisieren, wir sind aber der Meinung, dass das ein wichtiger erster Schritt ist, ein

wichtiger erster Meilenstein in die richtige Richtung und trotzdem es noch ganz viele andere Dinge brauchen wird. Trotzdem ist es auch ein Signal auf alle Fälle in die Richtung Immobilienbranche und das sollten wir trotzdem auch sehr klar sagen, dass diese Immobilienspekulation von uns, von Grazer Seite her, nicht gewollt ist und dass wir Instrumente, die uns zur Verfügung stehen, nutzen werden, um diese Immobilienspekulation einzudämmen.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Neos) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (20.38 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Gleichzeitig darf ich auch die Kollegin Gemeinderätin Herlicska für den Rest der Sitzung entschuldigen. Sie hat familiäre Verpflichtungen.

9.9 Zielgruppensteuerung als Lehrlingsoffensive: Integrative Berufsausbildung, verlängerte Lehre oder eine Teilqualifizierungslehre als Schwerpunkt (GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger:

Dankeschön, liebe Frau Bürgermeisterin, lieber Gemeinderat und liebe verbleibende Zuhörer:innen. Langer Tag, deswegen möchte ich eigentlich zum Thema zurückkommen, wegen dem wir alle da sind, und zwar wegen Menschen, wegen den Geschichten von Menschen und Bedürfnissen. Konkret geht es bei mir heute um zwei Menschen. Einerseits geht es um einen jungen Mann, der steht stellvertretend für viele junge Männer. Wir nennen ihn jetzt Markus, 16 Jahre alt. Markus hat die Sonderschule absolviert und hat dann später ein freiwilliges zehntes polytechnisches

Schuljahr angehängt. Irgendwann stand er natürlich vor der Frage nach dem Schuljahr: Wie soll es jetzt weitergehen, wie geht mein Bildungsweg weiter, wie kann ich einen Beruf erlernen? Er war handwerklich recht begabt, motiviert. Er hätte einen passenden Lehrbetrieb gehabt, der auch eine Lehrstelle angeboten hätte. Allerdings war es dann ein Problem mit einer regulären Lehrstelle. Das war egal, welche Potentiale er hat, welche Möglichkeiten er hat, eine reguläre Lehrstelle war ihm nicht offen. Die zweite Geschichte handelt dann von der Saskia, die auch natürlich stellvertretend für viele junge Damen steht. Saskia hat eine Schullaufbahn gehabt, die in der Volksschule recht unspektakulär war, geradlinig und irgendwann in der Hauptschule ist man draufgekommen, dass sie eine Lernschwäche hat, nicht nur eine, sondern drei: Mathe, Deutsch, Englisch. Supergau. Wir brauchen nichts reden, für den regulären Lernstellenmarkt war das ein No-Go-Kriterium. Es war für sie schwer, mit diesen Lernschwächen eine Lehrstelle zu finden. Egal, wie leidenschaftlich und wie begabt sie sich für den Beruf der Floristin hätte geeignet. Das sind jetzt zwei von vielen Beispielen. Beispiele für Ressourcen am Arbeitsmarkt, die jetzt recht spärlich nur genutzt werden. Mit Jänner 2020 sind insgesamt 1.085 Lehrstellen in Graz sofort oder nicht sofort verfügbar. Viele davon werden unbesetzt bleiben, weil eben nicht alle Potentiale abgeschöpft werden. Von Fachkräftemangel, glaube ich, brauche ich nichts erzählen. Dass Lehrlingsmangel oft der Ausgangspunkt ist für Fachkräftemangel und dadurch wiederum für die Wirtschaftsbetreibenden Einbußen entstehen, brauche ich auch nicht zu sagen. Aber was schon umgekehrt der Schluss ist, und den möchte ich noch einmal extra erwähnen, dass regionale Lehrlingsausbildung und dass das Nutzen aller regionalen Ressourcen auch regionale Fachkräfte fördert und dadurch die regionale Wirtschaft fördert. Darum bitte ich heute um Zustimmung zu meinem Antrag und möchte mich in einem ersten Schritt bedanken.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Mit Jänner 2022 sind 1.085 Lehrstellen sofort bzw. nicht sofort verfügbar. Viele davon werden wohl unbesetzt bleiben. Was der resultierende Fachkräftemangel bewirkt,

muss an dieser Stelle nicht weiteres ausgeführt werden. Fakt ist: Lehrlingsmangel führt zu Fachkräftemangel. Fachkräftemangel führt zu Einbußen für die Wirtschaftsbetriebe. Umkehrschluss: Regionale Lehrlingsausbildung führt zu regionalen Fachkräften. Regionale Fachkräfte stärken regionale Wirtschaftsbetriebe.

Wieso also nicht über den Tellerrand blicken, und Potentiale nutzen, die vielleicht im ersten Augenblick nicht auffallen? Potentiale die oftmals nicht mal eine Chance bekommen, sich zu beweisen. Potentiale die auf Grund von fehlenden Informationen oft nicht in Betracht gezogen werden. Die Rede ist hierbei von jungen Menschen, die innerhalb der Ausschreibung für eine reguläre Lehrstelle nicht zum Zug kommen. Hierfür gibt es aber Möglichkeiten. Integrative Berufsausbildung, verlängerte Lehre oder auch eine Teilqualifizierungslehre. Es stehen den potentiellen Anwärt:innen viele Möglichkeiten zur Verfügung. Vor allem stehen diese Möglichkeiten den Wirtschaftsbetrieben zur Verfügung. Möglichkeiten, die bis dato nur sehr spärlich genutzt wurden.

Es gibt beides: das Angebot und den Bedarf. Diese zusammenzuführen, kann und soll unsere Aufgabe sein. Denn Lehrlinge werden händeringend gesucht. Geben wir denen eine Chance, die bisher eher weniger Chancen hatten.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Abteilungen in der Stadt Graz werden im Sinne des Motivenberichtes beauftragt, gemeinsam mit dem Ausschuss für Bildung, Sport, Jugend und Familie, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, dem Arbeitsmarktservice, der KOST sowie weiterer relevanter Stakeholder im Rahmen der derzeitigen Fördermöglichkeiten zu evaluieren, wie viele Arbeitsplätze bei den Grazer Wirtschaftsbetrieben für eine integrative Berufsausbildung, verlängerte Lehre oder auch eine Teilqualifizierungslehre adaptierbar wären. Ein Leitfaden für diesen Bereich der Lehrlingsausbildung soll den

Wirtschaftsbetrieben zur Verfügung gestellt werden. Bis September ist dem Gemeinderat ein dementsprechender Bericht vorzulegen.

StR Mag. **Krotzer:**

Bevor es ganz still bleibt, eine ganz kurze Wortmeldung. Danke für den Antrag. Der ist natürlich sehr wichtig. Es ist sehr wichtig und bedeutsam, dass junge Menschen in unserer Stadt entsprechend auch Ausbildungsmöglichkeiten finden, einen Lehrplatz finden und dass das auch entsprechend begleitet wird. Ich habe erst gestern eine dreistündige Radtour unternommen mit dem Gerd Kronheim, dem Leiter von arbeit plus Steiermark, wo ja auch eine Vielzahl von Beschäftigungsprojekten dabei sind, die insbesondere auch junge Menschen helfen, die nach der Schulausbildung sich schwer tun, einen Arbeitsplatz bzw. eine Lehrstelle zu finden. Wir waren u.a. bei IndraWorks, ein Projekt von Mafalda, wo junge Frauen bzw. Mädchen unterstützt und begleitet werden, eine ganz, ganz wichtige Einrichtung. Wir sind beim BFI, Standort Süd, gewesen, auch das eine ganz, ganz wichtige Einrichtung und wir waren natürlich nicht nur Radfahren und irgendwie dort reden, sind dann natürlich auch, um zu schauen, was braucht es, wie können wir hier auch seitens der Stadt weiter unterstützen und das Ganze natürlich auch im Zusammenhang überall dort, wo die Stadt auch entsprechend selbst gestaltend wirken kann. Die Stadt bildet oder das Haus Graz insgesamt bildet derzeit 142 Lehrlinge aus, einige, die eben auch dann aus der überbetrieblichen Lehrausbildung kommen. Das sozusagen zu forcieren, das wieder in Erinnerung zu rufen, ist natürlich auch ein ganz ein wesentlicher Punkt. Es gibt hier auch den, glaube ich, zweifach einstimmig angenommenen Grundsatzbeschluss mit dem Titel „Graz bildet aus“ und ich glaube sozusagen, all diese Elemente braucht es, um dafür zu sorgen, dazu beizutragen, dass junge Menschen in unserer Stadt dann entsprechende Ausbildungen haben, dann die entsprechende Möglichkeit haben, einen guten Job zu finden und insofern danke für die Initiative. Als KPÖ stimmen wir selbstverständlich der Dringlichkeit wie auch dem Inhalt zu.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Frau Gemeinderätin Wutte muss ich ebenfalls entschuldigen für die Gemeinderatssitzung. Aus den gleichen Gründen wie Kollegin Herlicska.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Schönen guten Abend. Liebe Frau Kollegin, sehr gerne unterstützen wir deinen Antrag. Allerdings inhaltlich können wir aus folgendem Grund nicht mitgehen. Von zahlreichen Unternehmen weiß ich, wie schwierig es ist, wenn man sich für Jugendliche mit Beeinträchtigung stark machen möchte, weil einfach die Gesetze und die Verordnungen dahingehend dem Unternehmer das Leben schwer machten. Das heißt, der Ansatz, den du da verfolgst, müsste dann auch dort passieren, damit man einfach dem Unternehmer dahingehend auch eine Unterstützung anbieten kann. Weil derzeit ist es nicht lustig, wenn man sich eben für diese Jugendlichen einsetzt. Weiters, wie du in deinem Antragstext forderst, weiß ich nicht so ganz genau, ob das da richtig in diesem Referat positioniert ist, ob da nicht die Frau Bürgermeisterin und der Herr Stadtrat Krotzer auch mit ins Boot werden müssen. Und auch möchte ich die Informationen in aller Kürze dalassen, dass die WKO gemeinsam mit der Arbeiterkammer und mit dem ÖGB eine Form der Ausbildung für Jugendliche mit Bedürfnissen bereits entwickelt hat, das auch dort und da in Unternehmen platziert hat und auch durch Pflegeassistenz, weil manche Jugendliche brauchen auch eine Berufsausbildungsassistenz. So nennt sich das ganz genau. Sie brauchen da auch eine Begleitung dahingehend, und auch das stellt das AMS zur Verfügung, wenn es benötigt wird. Weiters versucht das AMS, eben Jugendliche zu vermitteln in Betrieben, wie gesagt, eine Liste liegt dort auf und das wird auch weiterhin für die Unternehmer auch gefördert, was die finanziellen Mittel betrifft und der Ansatz ist einmal grundsätzlich da. Aber, wie gesagt, aus der Wirtschaft weiß ich, dass es da viele Hürden gibt und das fängt bei manchen auch mit den sanitären Einrichtungen dahingehend an. Aber, wie

gesagt, die Dringlichkeit haben wir gerne unterstützt, inhaltlich kann ich jetzt mit dieser Linie nicht mitgehen. Dankeschön.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Vielen Dank im Übrigen an die Kollegen, die immer das Mikrofon reinigen, weil es doch schon recht lange dauert.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger:

Vielen lieben Dank auch an die Kollegin Gmeinbauer. Die Dringlichkeit ist erkannt, inhaltlich glaube ich, liegen wir nicht weit auseinander. Was ich auf jeden Fall erwähnen möchte, es ist mir durchaus bekannt deine Themen, auch die Fördermöglichkeiten des AMS und ich habe auch lange und ausführlich mit der KOST über die ganze Thematik geredet und ich glaube, du hast in deiner Wortmeldung eh schon so einen Gedankengang eingebracht, der mir auch am Herzen liegt. Ja, es gibt hin und wieder Hürden für Wirtschaftstreibende, aber man vergisst, dass es nicht immer die große Hürde sein muss. Es muss nicht immer die Person sein, die vielleicht einen Rollstuhlplatz braucht, die eine Assistenz braucht, eine Arbeitsassistenz. Nein, es können eben Markus und Saskia, die einfach in ihrer Entwicklung hin und wieder ein bisschen länger gebraucht haben, die aber auf dem regulären Arbeitsmarkt als reguläre Arbeitskraft über eine Teilqualifizierung, über eine verlängerte Lehre, über diverse Ausbildungsmodelle, die das AMS sehr gut fördert, ihren Platz finden. Und ja, ernsthaftes Potential als Fachkraft für die Wirtschaftsbetriebe sein können. Und deswegen stelle ich auch diesen Antrag, dass da wieder ein Bewusstsein da ist, und was die Stadt Graz in dem Bereich macht und welche Initiativen IndraWorks und Co bieten, absolut richtig, nur unsere Wirtschaftsbetriebe sollen vielleicht auch einmal kurz darüber nachdenken, ohne große Angst vor irgendwelchen Veränderungen zu haben, ob man nicht im Kleinen der einen, dem anderen eine Chance geben kann. Weil hin und wieder ist es nur eine verlängerte Lehrzeit. Ein halbes Jahr mehr und ich habe

die Fachkraft, die mir im Unternehmen bleibt, die mir als Wirtschaftsbetrieb weiterhilft. Bevor ich jetzt zum ganz formalen Akt des Antragstextes komme, möchte ich nur einmal ganz kurz zurückkommen, weil Markus und Saskia gibt es wirklich. Das sind jetzt keine fiktiven Personen, die ich jetzt erfunden habe, sondern die haben ein Existieren, nicht existiert, Gott sei Dank leben die noch. Markus hat z.B. mit einem Jungcoach eine verlängerte Lehre gemacht, genauso eine. Und dann hat er in Teilqualifikationsbereichen in einem landwirtschaftlichen Betrieb seine Berufung gefunden und für diesen Teilbereich ist er hauptverantwortlich, ohne Assistenz, ohne Unterstützung. Und die Saskia, die wirklich ein bisschen einen erschwerten Start gehabt hat aufgrund ihrer Lernschwäche, die hat einen Lehrbetrieb gefunden, der sich getraut hat und gesagt hat, wir probieren es und Dank der der diversen Unterstützungsvarianten ist sie jetzt in einer regulären Lehre. Sie hat die erste Berufsschulklasse positiv absolviert und vom Lehrbetrieb wird zurückgemeldet, dass sie nicht nur Talent hat, sondern eine Leidenschaft mitbringt für den Beruf der Floristin, das Ihresgleichen sucht. Also zwei Menschen, zwei Geschichten, die uns vielleicht die Augen öffnen sollten, dass wir viel mehr Jugendlichen eine Chance geben sollen und deswegen stelle ich auch den

Antrag,

dass die zuständigen Abteilungen gemäß des Textes des dringlichen Antrages in Zusammenarbeit mit den diversen Stakeholdern Fördermöglichkeiten evaluieren sowie die Arbeitsplatzmöglichkeiten bei Grazer Wirtschaftstreibenden sich anschauen und schauen, was im Bereich der integrativen Berufsausbildung, der verlängerten Lehre oder auch einer Teilqualifikation adaptierbar wäre, inklusive Leitfaden, damit es die Wirtschaftstreibenden auch leichter haben, und bis zum September-Gemeinderat einen Bericht dahingehend vorzulegen. Danke

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

**9.10 "Vivaldi" – ein Sozialprojekt zur musikalischen Frühförderung für Streichinstrumente
(GR Mag. Philipp Pointner, Neos)**

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierung, sehr Frau Bürgermeisterin. Eigentlich ein sehr ähnlicher Antrag zu dem vorher. Vivaldi war ein Meister der Violine, aber er war auch ein Meister der Caritas. Er hat nämlich Waisenkinder unterrichtet. Waisenkinder, Mädchen in Venedig, und zwar an der Violine und an anderen Streichinstrumenten. Und er hat gewusst, wie schwer das ist, ein Streichinstrument zu lernen, wie früh man anfangen muss. Ich habe Geige gelernt viele Jahre; dass ich nicht genug geübt habe, deshalb stehe ich hier als Redner und Antragsteller und nicht als Geiger. Das eine ist, was ich jetzt mache, hoffentlich erfreulicher als das andere, was ich Ihnen zumuten würde. Aber da geht es genau darum. Das muss man sehr früh anfangen und man soll alle abholen, weil musikalisches Talent hat mit Herkunft und Geldbörserl und sonst etwas überhaupt nichts zu tun. Da kann man die überraschendsten Entdeckungen machen. Je früher man mit einem Streichinstrument anfängt, umso besser. Und deshalb geht es hier um die instrumentale Frühförderung, aber auch um die soziale Komponente. Und das Projekt hat ein best Practice, das Vivaldi Projekt gibt es in Düsseldorf. Und das ist auch schon begutachtet worden von den Professoren der Kunstuniversität Graz und vom Konservatorium im Rahmen eines Erasmusprojektes. Das passiert dort, dort bekommen Kinder aus sozial benachteiligten Familien und von überall her kostenlosen Geigenunterricht in Unterrichtsräumen der örtlichen Jugendzentren. Das wird dort seit 2010 durchgeführt von Student:innen der Hochschule und die erlangen wiederum durch das Projekt Unterrichtspraxis. Eine absolute Win-win-Situation. Es ist nämlich auch nicht so leicht, dann im gehobenen Studium des Streichinstruments, wenn man pädagogisch tätig werden will, braucht man Unterrichtspraxis, man braucht wieder kleine Kinder. Beide profitieren von beiden. Wie Sie vielleicht wissen, der Lehrer profitiert immer genauso viel wie der Schüler vom Unterricht, wenn alle das ernst nehmen. So hat es der Antonio Vivaldi auch gemacht. Er hat unterrichtet und er war

auch im Orchester Meister der Concerti und hat mit den jugendlichen Mädchen, Waisen dort gespielt. Ich glaube, ich habe jetzt genug gesagt, warum nur Streicher? Weil besonders im Streicherbereich auch ein eklatanter Nachwuchsmangel herrscht. Es ist viel leichter, ein Blasinstrument zu erlernen, man kann auch später anfangen. Ein Streichinstrument ist motorisch sehr schwer zu erlernen. Es hat auch ein bisschen etwas Sportliches. Man muss sehr früh anfangen, die Motorik zu trainieren, damit man auch als begabter Mensch später überhaupt eine Chance hat, das professionell auszuüben. Also ein tricky and long Way wie beim Spitzensportler. Und je früher wir da anfangen, diese Kinder abzuholen, umso mehr profitieren am Schluss sogar die Wiener Philharmoniker davon oder auch die Grazer Philharmoniker. Es ist alles vorbereitet von den Stellen. Der Unterricht wird Einzel- und Gruppenunterricht umfassen. Es ist für die Schüler:innen kostenlos. Geplant ist, dass die Instrumente und Material vom Konservatorium zur Verfügung gestellt werden und von der Stadt braucht das Projekt eigentlich nur niederschwellig die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten und daher komme ich auch schon zu meinem

dringlichen Antrag,

der natürlich dringlich ist, weil nach Covid und Winter warten wir keinen Tag, dass wir es im Herbst schon auf Schiene stellen. Es könnte mit Herbst beginnen, wenn wir ihnen die Möglichkeit geben. Also, lassen wir kein Kind zurück. Selbsterklärend der Antrag: Die zuständigen Stellen der Stadt mögen prüfen, ob und in welcher Form eine Zusammenarbeit mit dem Grazer Vivaldi-Projekt-Team erfolgen kann und die zuständigen Stellen mögen prüfen, ob geeignete Räumlichkeiten, beispielsweise Jugendzentren oder auch Volksschulen, für das Projekt zur Verfügung gestellt werden können. Ich bitte herzlich um Annahme.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Antonio Vivaldis Lebensgeschichte und Musik begeistert - damals wie heute. Vivaldi war aber nicht nur ein begnadeter Komponist und Violinist des Barocks, sondern auch Geigenlehrer an einem venezianischen Waisenhaus für Mädchen, dem Ospedale della Pietà. Dort ermutigte er Waisenkinder, ein Instrument zu lernen oder im Chor zu singen. Die Musik hat ihr Selbstbewusstsein gestärkt und ihr Leben verändert. Die vier Leitmotive aus Vivaldis Lebensgeschichte wirken bis heute nach: Musik verbindet, Musik begeistert, Musik verändert und Musik ermutigt.

Gerade für Kinder aus bildungsfernen Gesellschaftsschichten ist es keine Selbstverständlichkeit, ein Musikinstrument zu erlernen. Jedoch sollte eine instrumentale Frühförderung gerade wegen der essenziellen pädagogischen und integrativen Bedeutung von Musik unabhängig vom familiären Hintergrund zugänglich sein. Sie ist im besten Fall auch Einstieg zu einer professionellen musikalischen Ausbildung und hebt, je niederschwelliger man sie ansetzt, Talente in allen Gesellschaftsschichten.

Musikalische Bildung ist aber auch von unschätzbarem Wert für die Persönlichkeitsentwicklung gerade junger Menschen, weil durch das aktive Üben und Musizieren Erfolge für den Einzelnen und in der Kommunikation mit anderen sichtbar werden. Diese Erfolge motivieren zu weiterem Engagement in jeglicher Richtung und wirken sich positiv auf das Selbstwertgefühl aus. Wie können nun Kinder – gerade aus bildungsfernen Schichten – mit Musik in Kontakt kommen bzw. Zugang zur frühen instrumentalen Förderung erhalten?

Eine Initiative, die Kinder aus benachteiligten sozialen Schichten an die Musik heranführen möchte, ist das erfolgreich durchgeführte Frühförderungsprojekt "Vivaldi". Die steirische Initiative knüpft hier an ein Projekt an, das die Geigenprofessorin Ida Bieler an der Robert-Schumann-Hochschule Düsseldorf entwickelt hat. Kinder aus sozial benachteiligten Familien erhalten kostenlosen Geigenunterricht in Unterrichtsräumen

der örtlichen Jugendzentren. Durchgeführt wurde das Musikprojekt seit 2010 von StudentInnen der Hochschule, die ihrerseits durch das Projekt Unterrichtspraxis erlangten. So dachte vor über 300 Jahren auch Antonio Vivaldi, der am Ospedale della Pietà als Geigenlehrer, aber schon bald über die Grenzen Venedigs hinaus als „Maestro de' concerti“ verehrt wurde und selbstlos Kinder und Jugendliche musikalisch förderte.

Das Grazer Projektteam besteht aus KollegInnen des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums und der Universität für Musik und darstellende Kunst Graz. Das nachhaltige Ziel dieses ursprünglich EU-geförderten Projekts ist es, kostenlosen Musikunterricht von Streichinstrumenten in ganz Graz zu etablieren. Das Projektteam von Kunstuni und Konservatorium rund um Direktor Lanner benötigt nur noch die Unterstützung der Stadt Graz, um die notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt zu bekommen. Studierende der Universität für Musik und darstellende Kunst in Graz sollen durch das Projekt die Möglichkeit bekommen, die im Rahmen ihres Studiums notwendige Unterrichtspraxis zu sammeln. Daher entstehen keine zusätzlichen Personalkosten. Die dafür notwendigen curricularen Voraussetzungen werden von J.J. Fux-Konservatorium und Kunstuniversität Graz geschaffen. Dabei sollen vor allem jene Instrumente in den Fokus gestellt werden, wo ein eklatanter Nachwuchsmangel herrscht. Dies sind insbesondere Streichinstrumente wie Geige, Bratsche, Cello und Kontrabass.

Der Unterricht umfasst Einzel- und Gruppenunterricht und ist für die Schüler:innen kostenlos. Geplant ist, dass Instrumente und Notenmaterial vom Johann-Joseph-Fux-Konservatorium gestellt werden. Der Unterricht ist auf die Dauer von zwei Jahren angelegt und ist der Arbeit der Musikschulen vorgelagert. Kinder, die sich für ein Instrument begeistern und eine spezifische Begabung erkennen lassen, werden an das J.J. Fux-Konservatorium weitergeleitet. Von "Vivaldi" werden somit insbesondere Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern profitieren, die bisher keinen bzw. nur sehr schwierig Zugang zur klassischen Musikkultur bekommen. Nach Angaben des Landes Steiermark

befindet sich das EU-geförderte Projekt in der Phase 5, wo es nun darum gehen soll, ein Pilotprojekt in Graz zu starten.¹

Im Sinne der großen Musiknation Österreich stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den

dringlichen Antrag,

- 1. die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und in welcher Form eine Zusammenarbeit mit dem Grazer Vivaldi-Projektteam erfolgen kann.*
- 2. die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob geeignete Räumlichkeiten (beispielsweise in Jugendzentren) für das Projekt zur Verfügung gestellt werden können.*

Über das Ergebnis der Prüfung ist der Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung zu informieren.

GRⁱⁿ Potzinger:

Hohe Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, wertees Publikum, werter Antragsteller. Danke für diesen Antrag. Selbstverständlich ist für uns als Volkspartei die musikalische Frühförderung mit dem inklusiven Ansatz, dass das Geldbörse der Eltern nicht ausschlaggebend sein darf für die musikalische Förderung der Kinder, wichtig. Deswegen sage ich gleich, wir werden dem Antrag der Dringlichkeit und dem Antrag selbstverständlich zustimmen. Allerdings ist der Weg, der hier gewählt wurde, eigentlich nicht der richtige. Ich bin ja sicher, dass der Herr Direktor Lanner des Konservatoriums und der Rektor der Musikuniversität die richtigen Wege kennen, nämlich, dass man einen Antrag stellt beim Kulturamt, ebenfalls

¹ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/12750083/153540797/>

persönlich Kontakt aufnimmt mit dem Jugendstadtrat, dem Kulturstadtrat, das ist immer gut und wichtig, aber es muss ein Antrag gestellt werden, ein Förderantrag, der dann geprüft wird nach objektiven Kriterien. Selbstverständlich wollen wir die Jugend fördern, deswegen ist es sehr bedauerlich, dass heute die Jugendstrategie abgesetzt wurde vom Gemeinderat. Wir wären da sonst schon einen Schritt weiter. Ein Danke möchte ich sagen der Frau Bürgermeisterin für den schönen Empfang vorige Woche für das norwegische Jugendstreicherorchester in Partnerschaft mit dem Statteger Jugendorchester, wo auch eine Enkelin von mir spielt. Also ich habe sieben Streicherinnen und Streicher in der Familie. Ich weiß, was es bedeutet, ein Streichinstrument zu lernen. Deshalb gut, dass du noch dazugesagt hast, auch in den Volksschulen zu schauen, weil ob die Jugendzentren von den Räumlichkeiten wirklich geeignet sind, dass man in aller Ruhe ein Streichinstrument lernt, das ist etwas anderes. Fehlen tut mir auch noch drinnen das Element, natürlich müssen auch Instrumente bereitgestellt werden, Notenmaterial. Ich nehme an, dass das in dem Projekt vorgesehen ist, dass jedenfalls auch hier dieser Beitrag geleistet wird, organisiert über den Direktor Lanner, der hier ja der Projektleiter ist. Wie gesagt, der Weg wäre nicht über einen dringlichen Antrag im Gemeinderat, sondern über ein Ansuchen um Förderung im Kulturamt bzw. Kontaktaufnahme mit dem Jugendamt. Aber das Ziel ist ein großartiges. Es gibt nicht nur das Vivaldi-Projekt. Wir haben in Graz zu Gast gehabt das tolle Brasilianische Jugendorchester, wo Kinder aus den Slums herausgeholt werden und Streichinstrumente lernen, gemeinsam musizieren. Ein wichtiges Thema, und ich hoffe sehr, dass das Projekt gelingt. Wenn man die richtigen Wege geht, geht es auf jeden Fall schnell und gut. Viva la musica.

GR Sikora:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung, lieber Antragsteller, lieber Philipp. Zum Abschluss ein erfrischender, aber trotzdem wichtiger Antrag. Ich spreche da aus Erfahrung. Es ist mittlerweile 45 Jahre ungefähr her, dass ich selbst in der Lage war, wie ich noch Musik studiert habe, das Vergnügen

gehabt zu haben, zusätzlich zu meinem Studium Musikunterricht geben zu dürfen. Bei uns war es damals so, dass es in erster Linie Blasmusikinstrumente waren und das in Zusammenarbeit mit Blasmusikvereinen. So wie heute der Philipp richtig ausgeführt hat, Streicher gesucht werden, so war es damals so, dass bei den Kapellen der Nachwuchs im Blasmusiksektor gefehlt hat und es hat damals auch eine soziale Komponente gehabt, weil es sich die Eltern damals noch weniger als heute die Unterrichtseinheiten und Instrumente haben leisten können. Umso wichtiger finde ich, dass auch das, wie du es richtig ausgeführt hast, auch bei den Streichinstrumenten das Angebot am Markt sein soll und gefördert werden soll. Damals war es so, dass wir in die Schulen gegangen sind und dort Werbung gemacht haben und auch der Musikunterricht hat dann in den Schulen stattgefunden, das in Zusammenarbeit mit den Blasmusikkapellen. Also da vielleicht auch an unseren Bildungsstadtrat, der vielleicht hinweist, dass er die Idee aufnimmt und auch das über die Grazer Pflichtschulen vielleicht mitfördert dieses Projekt. Für uns total ein tolles und wichtiges Projekt. Was es zurzeit nur gibt in den Schulen, das wirst du kennen, das Projekt Mozart. Das ist allerdings nur eine spielerisch theoretische Aufbereitung und Hinführung zum Musikunterricht oder generell zu Musik. Ist auch sehr wichtig, aber in dem Fall sprichst du wirklich die Streichinstrumente an. Das Einzige vielleicht, was ich vielleicht ein bisschen schwer sehe mit dem Kontrabass, der wird ein bisschen schwer zum Herumschleppen sein. Auf alle Fälle werden wir der Dringlichkeit als auch dem Antrag selbstverständlich die Zustimmung erteilen und nochmals danke für deinen tollen Antrag.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ Aygan-Romaner:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleg:innen, lieber Philipp. Du bringst uns heute zum Plaudern über dieses Thema Musik. Wo fange ich an? Wie wichtig ist Musik? Was macht Musik? Musik hilft dabei, dass die Gehirnentwicklung schneller voranschreitet bei Kindern. Musik ist eine Sprache, eine Sprache, die universell verständlich ist. Das erinnert mich daran, dass ich einmal bei einer Jam-Session dabei war, wo 30 oder 40

Nationen zusammengekommen sind und sich über die Musik verständigt haben, ohne ein Wort voneinander verstehen zu müssen. Die Streicher sind wieder ein anderes Thema, also ich kann mich da wirklich sehr lange und breit darüber auslassen, das will ich nicht, weil wir immer kurz bleiben wollen. Aber ich weiß, wovon du redest, wenn du sagst, ein Streichinstrument zu lernen, ist wirklich sehr schwierig, weil ich habe zwei Kinder, die Streichinstrumente, die Geige lernen und gelernt haben. Da braucht es viel Geduld auch von Elternseite und von Lehrerseite und Kinderseite und ich weiß, z.B. die Projektleiterin von diesem Vivaldi-Projekt, Frau Daniela Hölbling, die war letzte Woche am Samstag mit ihrem Ministreichorchester beim Streicherfest im Konservatorium, Johann-Joseph-Fux-Konservatorium. Sie kann das ganz wunderbar mit den Kleinen, mit den Zwergis, die Streichinstrumente einzulernen. Ich finde, mit ihr gibt es eine sehr gute Projektleiterin. Ich nehme an, das ist die Projektleiterin. Ich glaube, sie bringt das auf einen sehr, sehr guten Punkt und zu einem guten Ergebnis. Ich finde das als einen sehr schönen Antrag. Vielen Dank, wie einen Blumenstrauß am Ende. Dankesehr, wir können da mitgehen.

GR Mag. **Pointner:**

Mir bleibt nur ein Dankeschön. Ich glaube, dass da wirklich etwas Gutes auf den Weg kommt. Es ist wirklich alles vorbereitet. Schade, dass ich da nicht gut aufpassen konnte, Kollege von der KPÖ, das tut mir sehr leid, diese Unhöflichkeit, aber ich habe mich da ein bisschen geärgert, dass da immer alles formalisiert werden muss. Ich weiß es nicht, woher dieser Wunsch kommt, immer belehrt werden zu müssen, auch in ureigensten Bereichen. Aber wenn dadurch irgendetwas Genüge getan wird, sehr gerne. Ich möchte mich für alle bedanken, die da guten Herzens mitgehen und wirklich für unsere musikalische Jugend etwas tun, weil wir nennen uns ja Musiknation. Danke

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Das ist ein schönes Zeichen zum Schluss, am Ende unserer öffentlichen Tagesordnung. Wir sind jetzt am Ende und darf mich im Namen der gesamten Stadtregierung und des Gemeinderates bei Ihnen, liebe Zuseher:innen, recht herzlich bedanken, wenn Sie noch geblieben sind und wir kommen nun zum nicht öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung. Ich darf mich bei allen Kolleg:innen verabschieden.